

Das Parlament

Berlin, 26. September 2022

www.das-parlament.de

72. Jahrgang | Nr. 39 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Ein anderes Russland

Alexej Nawalny Nach der Verkündung des russischen Präsidenten über eine „Teilmobilisierung“ von Reservisten im Krieg gegen die Ukraine meldete sich der bekannteste Putin-Gegner aus der Haft. Der Kremlchef wolle so viele Menschen wie möglich in das Blutvergießen mit hineinziehen: „Um seine eigene Macht zu verlängern, zerfleischt er das Nachbarland, tötet dort Menschen. Und jetzt wirft er noch eine riesige Zahl russischer Bürger in den Fleischwolf“. Nawalny überlebte 2020 einen lebensgefährlichen Giftanschlag in Russland, 2021 wurde er wegen angeblicher Verstöße gegen Bewährungsauflagen zu mehrjähriger Lagerhaft verurteilt. Seine 2011 gegründete „Stiftung für Korruptionsbekämpfung“ deckt Bestechlichkeit und Veruntreuung in Russlands Machtelite auf, sie wurde 2021 verboten. *ah*



ZAHLE DER WOCHE

300.000

Reservisten sollen laut russischem Verteidigungsministerium von der „Teilmobilisierung“ erfasst sein. Im Präsidenten-Erlass wird diese Zahl allerdings nicht genannt - die Information ist „für den Dienstgebrauch“.

ZITAT DER WOCHE

»Ein Krieg, den Sie nicht gewinnen werden.«

Annalena Baerbock, Außenministerin, vergangenen Woche im UN-Sicherheitsrat über die russische Aggression gegen die Ukraine

IN DIESER WOCHE

INNENPOLITIK
Gesundheit Den Kassen droht ein Defizit von 17 Milliarden Euro **Seite 4**

WIRTSCHAFT UND FINANZEN
Inflation Die Koalition will Bürgerinnen und Bürger weiter entlasten **Seite 6**

EUROPA UND DIE WELT
Anhörung Erstes Expertengespräch im Afghanistan-Ausschuss **Seite 10**

KEHRSEITE
Lesung Ex-Bundestagspräsidentin Rita Süsmuth fordert Parität **Seite 12**

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG
64546 Mörfelden-Walldorf



4 194560 401004

Der Energiekosten-Schock

PREISEXPLOSION Der Bundestag debattiert über Wege aus der Strom- und Gas-Krise

Selten wohl hat eine Sitzungswoche des Bundestags so sehr unter dem Eindruck eines Themas gestanden wie die jüngste. Das Thema waren die hohen Energiekosten mit ihren dramatischen, teil existenzgefährdenden Folgen für Verbraucherinnen und Unternehmen – und das politische Ringen um Lösungen. Kaum eine Plenardebatte in der nicht darüber gestritten wurde, wie sich die Kosten für Strom und Gas senken ließen. In einer Aktuellen Stunde auf Verlangen der Ampel-Fraktionen am vergangenen Donnerstag – Titel: „Energiekrise wirksam bekämpfen und Deutschland sturmfest machen“ – zeichnete Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) ein düsteres Bild der Lage in Deutschland. Er sprach von einer „schweren Energiekrise“, einem „Schock“, der das Land hart treffe. Und er fügte an, es gelte jetzt, „die Unternehmen und die Menschen so zu entlasten, dass die ökonomische, die volkswirtschaftliche Substanz in diesem Land erhalten, bewahrt und geschützt werden kann“. Seine Worte zur Erklärung, wie die Regierung sich das vorstellt, klangen über weite Strecken vertraut – enthielten aber einen kleinen Sprengsatz.

Hilfe für Unternehmen Habeck nannte erstens die Erweiterung und den Aufbau einer neuen Infrastruktur; zweitens die Erweiterung der Energiekapazitäten – neben den Erneuerbaren auch Kohle und Atom; drittens Entlastungen auch im Energiebereich, also Abschaffung der EEG-Umlage, Senkung der Mehrwertsteuer auf Gas – und viertens die Stützung der Unternehmen. Das, was Habeck dazu ausführte, ließ einige hellhörig werden. In der Denn im Zuge seiner Ankündigung eines neuen Programms für die Wirtschaft inklusive künftiger Hilfen für Unternehmen aus Industrie und Mittelstand fielen die folgenden Sätze: „Wir haben zur Landesverteidigung ein 100 Milliarden Euro schweres Sondervermögen aufgelegt – mit der gleichen Entschlossenheit dürfen wir jetzt zur Verteidigung der volkswirtschaftlichen Substanz dieses Landes ebenfalls nicht zögern, die finanziellen Möglichkeiten zu mobilisieren, die notwendig sind.“ Hat Habeck sich damit gegen den Koalitionspartner FDP gestellt und einer Aussetzung der Schuldenbremse das Wort geredet? Hat er ein weiteres Sondervermögen wie bei der Bundeswehr ins Spiel gebracht? Mancher wollte das so verstanden haben. Es wäre jedenfalls im Sinne Reiner Haseloffs gewesen. Denn der CDU-Politiker



Der mit Hochdruck verfolgte Bau von Flüssiggasterminalen an Deutschlands Küsten soll helfen, das Gasangebot auszuweiten und den Preis zu drücken.

© picture-alliance/dpa/Sina Schuldt

und Ministerpräsident Sachsen-Anhalts forderte dringend ein schlüssiges Gesamtkonzept zur Bewältigung der Krise und forderte im gleichen Atemzug die Schuldenbremse auszusetzen, um auf die Herausforderungen reagieren zu können. „Wir brauchen die klare Feststellung der Notlage“, die das Aussetzen ermöglicht, sagte Haseloff. In der Union wird man das nicht überall gern gehört haben. Die CDU/CSU-Fraktion legte am Freitag im Bundestag einen eigenen Antrag in Sachen Energiepolitik vor (20/3486). Bei der Antragsvorstellung erklärte Mario Czaja (CDU), viele Firmen stünden vor der Insolvenz, hätten Angst um ihre Mitarbeiter, ihre Familien, ihr Lebenswerk – und die Regierung reagiere nicht. Die Unionsvorschlüge lägen alle seit Wochen auf dem Tisch: Das Angebot an Energie müsse erhöht werden, Kohle, Atom, Biogas – alles, was zur Verfügung stehe, sollte auch genutzt werden, um die Energiepreise zu senken; Verbraucherinnen und Verbraucher sollten durch ei-

nen Energiepreisdeckel entlastet werden; und es brauche eine „anständige Unterstützung von Unternehmen“. Mehr als 3.200 hätten einen Antrag auf Hilfe gestellt, nur 24 davon seien positiv beschieden worden. Das sei „lächerlich“.

Steffen Kotré (AfD) warf der Bundesregierung in der Aktuellen Stunde vor, das Land „im Sturzflug in die Energiekrise“ zu ziehen und Handwerk in Existenznöte zu bringen, „wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr“.

Verstaatlichung FDP-Fraktionschef Christian Dürr sagte, ja, die Situation sei schwierig. Das bedeute für ihn aber vor allem, „dass man nicht zu allem nein sagen kann“. Das zielte auf die Verstaatlichung von Uniper, dem größten Gasimporteure in Deutschland. Die habe nicht im Koalitionsvertrag gestanden, sei auch von den Kabinettsmitgliedern nie gewollt gewesen, aber eine Notwendigkeit, um die Gasversorgung sicherzustellen.

Weil, wie der Ostbeauftragte der Bundesregierung, Carsten Schneider (SPD) meinte, Russlands Präsident Wladimir Putin perspektivisch nicht davor zurückschrecken werde, auch die Öllieferungen nach Deutschland einzustellen, sei es auch ein richtiger Schritt der Bundesregierung gewesen, die Raffinerie in Schwedt unter die Treuhänderschaft der Bundesnetzagentur zu stellen, um weiterhin Öl in Ostdeutschland raffinieren zu können. Linksfraktions-Vertreterin Gesine Lötzscher erinnerte daran, dass der Begriff „Treuhänder“ in Ostdeutschland ungeliebte Erinnerungen wecke und formulierte eine Reihe von Forderungen, zu denen eine Übergewinnsteuer für Energie- und Rüstungskonzerne und ein Gas- und Strompreisdeckel zählen. Zudem gehöre die kritische Infrastruktur in öffentliche Hand – nicht nur in der Krise, sondern dauerhaft. Grünen-Fraktionschefin Katharina Dröge nannte einen „nationalen Kraftakt“, was mit Blick auf die Energieversorgung zuletzt passiert sei: Was diese Regierung in den letzten Monaten geschafft habe, „das war eine beeindruckende politische Leistung, das waren Entscheidungen, die dieses Land in dieser Form noch nie erlebt hat.“ *Michael Schmidt*

»Wenn die Notlage nicht erklärt wird, haben wir keine Chance, aktiv zu sein.«

Reiner Haseloff (CDU)

Deutschlands größter Gashändler wird verstaatlicht

ENERGIESICHERHEIT Einstieg des Bundes bei Uniper befeuert erneut die Debatte über die umstrittene Gasumlage

Wenn es so kommt, wie von Robert Habeck (Grüne) angedacht, dann wird der größte deutsche Gasimporteur bald dem deutschen Staat gehören. Weil Russland kein Gas mehr liefert, will der Bund als Mehrheitsaktionär bei Uniper einsteigen, um ihn vor der Insolvenz zu bewahren. Geplant sei, das Kapital bei dem angeschlagenen Unternehmen um acht Milliarden Euro zu erhöhen. Zudem sollen die Anteile des finnischen Mutterkonzerns Fortum, der wiederum rund zur Hälfte dem finnischen Staat gehört, für rund 500 Millionen Euro erworben werden, erklärte der Bundeswirtschaftsminister am vergangenen Mittwoch. Weitere acht Milliarden sind notwendig, um Darlehen und Garantien des bisherigen Hauptaktionärs abzulösen. Nach dieser Operation würde der Bund knapp 99 Prozent der Anteile an dem Düsseldorfer Energiekonzern halten, der nach eigenen Angaben in diesem Jahr schon zwölf Milliarden Euro Verlust gemacht hat. Zweck der Verstaatlichung sei es, die Energieversorgung in Deutschland zu sichern: Uniper beliefert mehr als 100 Stadtwerke und große Unternehmen und steht für 40 Prozent der deutschen Gasver-



Die Zentrale des Gasimporteurs Uniper in Düsseldorf

© picture-alliance/dpa/Ulrich Baumgarten

sorgung. Womöglich ist Uniper aber nur der Präzedenzfall und weitere milliardenschwere Rettungsaktionen werden folgen. Denn auch die beiden neben Uniper wichtigsten Gashändler, VNG aus Leipzig und Sefo sind in akuten Nöten. Nach Medienberichten steht die Übernahme von Sefo (Ex-Gazprom-Tochter Gazprom Germania, derzeit unter staatlicher Treuhänderschaft) sogar unmittelbar bevor.

Mit dem Staatseinstieg bei Uniper ist auch die Debatte um die Gasumlage neu entbrannt. Sie soll künftige Verluste im Gasgeschäft abfedern und verhindern, dass höhere Preise direkt an die Kunden weitergegeben werden, indem die Mehrkosten für die Beschaffung von Ersatz für ausbleibende russische Lieferungen auf alle Gaskunden verteilt werden. Habeck will an der Umlage festhalten. Trotz aller Kritik – an Trittbrettfahrern zum Beispiel –, und trotz eigener rechtlicher Bedenken – darf ein verstaatlichtes Unternehmen Einnahmen aus der Umlage erhalten? Sie solle wie geplant ab dem 1. Oktober in Kraft treten, sagt Habeck. Der Union warf er in einer Aktuellen Stunde (siehe Seite 6) vor, eine „Muss-weg-Opportunität“ zu sein, ohne eine Alternative vorzuschlagen. Wer die Umlage nicht wolle, müsse sagen, wo das Geld für künftige Rettungsmaßnahmen herkommen solle. Dazu höre er nichts. Für die Unionsfraktion kontierte Jens Spahn (CDU): „Was dieses Land braucht ist eine Regierung, die das Nötige tut, die geeint handelt, die in Zeiten der Unsicherheit nicht noch täglich zusätzliche Verunsicherung schafft.“ Union (20/3596) und AfD (20/3491) ließen vergangene Woche jeweils über Anträge über die Aufhebung der Gasumlage abstimmen. Beide wurden abgelehnt. *mis*

EDITORIAL

Alles hat seinen Preis

VON CHRISTIAN ZENTNER

Es gibt Momente zum Innehalten. Wenn eine Atommacht die Teilmobilisierung verkündet, ist ein solcher Moment gekommen. Was ist jetzt richtig? Was wäre falsch? Die abermalige russische Eskalation fiel in eine Woche, in der im Bundestag mit der Energiekrise, Verstaatlichungen, Panzerlieferungen und Inflation immer wieder über die vom Krieg ausgelösten Schockwellen debattiert wurde. Eins scheint klar: Es braucht neue Sanktionen. Das vereinbart bereits die Außenminister der EU-Staaten. Welche genau, wird jetzt beraten. Längst ist deutlich, dass nicht nur Russland einen hohen Preis für seinen Einmarsch in die Ukraine zahlt. Auswirkungen sind auf der ganzen Welt spürbar, Europa ist besonders betroffen. Doch niemand zahlt einen höheren Preis als die Ukraine. Die Menschen dort kämpfen für Freiheit und Demokratie und sie opfern ihr Leben dafür. Man kann das nicht ins Verhältnis zu den Auswirkungen setzen, mit denen wir in dieser Lage kämpfen müssen. Die Politik nimmt deshalb beides in den Blick: die Existenzsorgen der Menschen bei uns im Land und die Frage, wie man sich besonders und entschlossen gleichzeitig gegen die ausufernde russische Aggression stemmen kann. Die Anzeichen dafür, dass Sanktionen und militärische Unterstützung Wirkung zeigen, lassen sich kaum übersehen, trotz aller Vorsicht in der Bewertung unsicherer Nachrichtenlagen. Die Ankündigung von Pseudo-Referenden unter Kriegsrecht in den noch nicht befreiten Gebieten der Ukraine, die abermalige Zuspitzung durch Russlands Teilmobilisierung und die beständige Drohung mit Atomwaffen folgten aufeinander nun in einer Geschwindigkeit, die der Bundeskanzler als Akt der Verzweiflung beschrieb. Das ist diplomatisch ausgedrückt. Es sind Akte der Schwäche. Ohne Reservisten an die Front zu zwingen, scheint der russische Präsident ein Zusammenbrechen seiner Truppen nicht aufhalten zu können. Jetzt werden in Russland Menschen aus ihrem Alltag gerissen und in den Krieg geschickt. Ob das die Moral an der Front und den Rückhalt in der Bevölkerung hebt? International isoliert Putin sein Land derweil weiter, Indien und China kritisieren nun erstmals auch seinen Krieg. Dort sieht er aber die Absatzmärkte der Zukunft für russisches Gas und Öl. In Deutschland hat beides keine Zukunft mehr, die Abhängigkeit soll beendet werden. Auch das ist allerdings nicht umsonst zu haben.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

STROM- UND GASPRISE DECKELN?

Was gerecht ist

PRO



Stefan Hebel, freier Journalist

Mitte August verkündete Wirtschaftsminister Robert Habeck, die Bundesregierung habe die „gerechtest mögliche Form“ gefunden, um die steigenden Gaskosten unter den Verbrauchern zu verteilen. Er meinte die Umlage, die die Versorgung für alle Gas nutzenden Haushalte und Unternehmen noch teurer machen soll. Die Formulierung von der „gerechtest möglichen Form“ hat indes ihre Tücken. Nicht möglichst viel Gerechtigkeit meinte Habeck, sondern so viel Gerechtigkeit, wie unter den „politischen Rahmenbedingungen“ der Ampelkoalition eben möglich sei. Er hätte auch sagen können: Was gerecht ist, bestimmt in dieser Regierung die FDP. Und deren Gerechtigkeitsbegriff besagt, dass alle gleich stark belastet werden: die Armen, die das viel härter trifft, genauso wie die Reichen, die durchaus eine höhere Last verkraften könnten. Dem gegenüber steht eine Definition von Gerechtigkeit, der eigentlich auch Habecks Grüne anhängen: Wer mehr hat, trägt zu den Kosten auch mehr bei. In Sachen Gas (und Strom) liegt der richtige Weg dafür auf der Hand: Der Preis wird gedeckelt, 75 oder 80 Prozent der Grundversorgung werden subventioniert, der Rest ist teuer. Das regt zum Sparen an und trifft diejenigen, die mehr verbrauchen, am meisten. Die Subventionen müssten beim Gas aus Steuer-geld bezahlt werden. Davon sei aber nicht genug vorhanden, argumentiert die FDP. Das stimmt – wenn man sich wie die FDP weigert, von Spitzenverdienern und Hochvermögenden mehr Solidarität – spricht: höhere Steuern – zu verlangen. Es sollte nicht dabei bleiben, dass so die „gerechtest möglichen“ Lösungen aussehen im ampelregierten Deutschland.

Kontrolle behalten

CONTRA



Hannes Koch, freier Journalist

Die Idee klingt eingängig und wirksam. Die Bundesregierung soll den Gaspreis für den Grundverbrauch deckeln. Privathaushalte, möglicherweise auch Firmen, würden so vor den stark steigenden Energiekosten geschützt. Das fordern etwa die Union, Bremens Bürgermeister Andreas Bovenschulte (SPD), der Städte- und Gemeindebund und einige Sozialverbände. Spanien, Portugal und Großbritannien haben ähnliche Preislimits eingeführt, andere EU-Länder sind auf dem Weg dorthin. Die Bundesregierung aber zögert, die FDP ist dagegen. Dafür gibt es gute Gründe. Würde der Gaspreis für eine bestimmte Menge pro Haushalt beispielsweise auf dem Niveau von Ende 2021 fixiert, müsste der Staat den Gasversorger die Differenz zum höheren Weltmarktpreis ersetzen. Sonst gingen die Lieferanten pleite. Der Weltmarktpreis allerdings schwankt stark, kann weiterhin deutlich steigen und liegt außerhalb der Kontrolle der Bundesregierung. Diese handelte sich damit ein unkalkulierbares Risiko für den Bundeshaushalt in der Größenordnung von Dutzenden Milliarden Euro jährlich ein. Andere Instrumente zur Entlastung der Bürger und Unternehmen sind besser – etwa die Strompreisbremse, auf die sich die Ampelkoalition verständigt hat. Dabei würde nicht der Preis gedeckelt und teuer subventioniert. Stattdessen will die Regierung die Extragewinne der Energieversorger abschöpfen und an die Verbraucher zurückverteilen. Wirkungsvoll und kalkulierbar sind auch Zuschüsse für Firmen und Privathaushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen. Diese würden zwar ebenfalls teuer, doch der Staat behalte die Kontrolle und lieferte sich nicht den Märkten aus.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 3. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Herr Brehm, der jüngste massive Anstieg der Erzeugerpreise könnte sich zu einem echten Inflationshammer mit zweistelligen Preissteigerungsraten auswirken. Reichen dann für Familien 18 Euro mehr Kindergeld und etwas mehr Grundfreibetrag? Nein, auf keinen Fall. Es müssen deutliche steuerliche Entlastungsmaßnahmen für kleine und mittlere Einkommen auf den Weg gebracht werden. Das fordern wir seit langem. Auch die FDP hat das immer gefordert. Die Bundesregierung verzeichnet derzeit inflationsbedingte Steuereinnahmen wie nie zuvor. Das Geld muss den Bürgern zurückgegeben werden, auch zum Ausgleich der kalten Progression.

Jetzt gibt es etwas zurück, etwa die Energiepreispause, für Beschäftigte und Selbstständige lange beschlossen, für Rentner kommt sie bis Jahresende. Diese Pauschale ist steuerpflichtig. Kann das denn richtig sein, weil viele Rentner dadurch in die Steuerpflicht rutschen können?

Auch ich habe die Pauschale im Rahmen der Einkommensteuervorauszahlung im dritten Quartal erhalten. Diese 300 Euro Energiepreispause für jedermann sind der völlig falsche Weg. Gutverdiener und Bundestagsabgeordnete brauchen diese 300 Euro mit Sicherheit nicht. Im unteren Einkommensbereich und für Rentner hätte es mehr Geld geben müssen. Und das hätte steuerfrei sein müssen. Die von der Regierung gewählte Systematik ist völlig falsch.

Um die Entlastungspakete zu finanzieren, wird an eine Übergewinnsteuer für Energieunternehmen gedacht. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen schwärmt bereits davon und will über diesen Weg 140 Milliarden Euro umverteilen. Ist das die Lösung?

Das ist keine Lösung der Probleme. Eine Übergewinnsteuer ist eine reine Neidsteuer. Es ist völlig unklar, was ein Übergewinn oder ein Zufallsgewinn ist. Würde so etwas jetzt eingeführt, wäre eine Ausweitung auf andere Branchen zu befürchten, womit wir in der Planwirtschaft ankämen. Besser wäre es, das Angebot zu verbreitern, etwa durch die Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke. Das würde zur Entspannung bei den Energiepreisen beitragen.

Dann kommen wir zu den Konzernen. Uniper zum Beispiel verschlingt mehrstellige Milliardenbeträge an öffentlichen Krediten, und jetzt will der Staat den Konzern auch noch übernehmen. Ist dieser Weg richtig?

Auch dieser Weg ist falsch. Er führt direkt in die Planwirtschaft. Wenn Gaskonzerne wirklich Unterstützung brauchen, dann kann diese Unterstützung über Darlehen erfolgen wie bei der Lufthansa oder anderen Unternehmen in der Corona-Krise. Und auch nur dann, wenn sich die Anteilseigner hinreichend an einer Rettung beteiligen. Was gar nicht geht, ist das Zahlen von Zuschüssen, wenn gleichzeitig Vorstandsgehälter in der aktuellen Höhe weiterbezahlt und weiter Ausschüttungen an die Gesellschafter oder Aktionäre vorgenommen werden. Das ist klassische Geldvernichtung.

Ein anderer Vorschlag zur Entlastung der Bürger und Unternehmen ist die Deckelung der Strom- und Gaspreise. Was halten Sie davon?

Für eine Entspannung bei den Strom- und Gaspreisen ist zunächst eine Verbreiterung des Angebots nötig. Dazu gehören dringend die Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke und eine Reaktivierung von Kohlekraftwerken auf breiter Front. Derzeit kauft Deutschland beim Gas alles, was auf dem Markt verfügbar ist und heizt damit die Preise in ganz Europa an. Eine

»Welle von Pleiten«

SEBASTIAN BREHM Der CSU-Finanzexperte wirft der Regierung vor, Totengräber des Mittelstands zu sein



© Deutscher Bundestag/Stella von Saldern

Nachdem sich herausgestellt hat, dass Minister Habecks Betriebspausepläne für Bäcker und andere Mittelständler nur Wunschträume sind, stellt sich die Frage, wie den Betrieben geholfen werden kann, wenn zum Beispiel die Ölrechnung einer Wäscherei von 2.000 Euro auf 10.000 Euro im Monat steigt.

Wir sehen dramatische Kostensteigerungen in allen Branchen – ob bei Bäckereien, Metzgereien oder auch in der Landwirtschaft, wenn unter Glas produziert wird. Eine Verzehnfachung der Energiepreise können diese Betriebe nicht tragen. Wir brauchen dringend ein Mittelstandsförderprogramm und Steuersenkungen für den Mittelstand. Bislang aber gibt es kein einziges Programm für den Mittelstand – und in acht Wochen ist Jahresende. Wir werden nicht in einen Habeckschen Stillstand kommen, sondern es wird eine Insolvenzwelle geben. Und im Unterschied zu den Pandemie-Zeiten werden wir Produktionsverlagerungen in andere Länder erleben. Das wird ruinos für den Mittelstand, das Herz unserer Volkswirtschaft und des Arbeitsmarktes. Deshalb ist jetzt Handeln geboten. Entweder die Regierung kann nicht helfen oder sie will es bewusst nicht. Beides ist schlecht. Die Ampel ist auf dem besten Weg der Totengräber des Mittelstandes zu werden

Eine maßgebliche Mitverantwortung an der Inflationsentwicklung trägt auch die Europäische Zentralbank durch ihre Niedrigzinspolitik und Anleihenkäufe. Früher wurde das als Gelddrucken bezeichnet. Gibt es da eine Lösung?

Die Europäische Zentralbank ist mit ihrer Zinswende viel zu spät dran. Sie muss sich den Vorwurf gefallen lassen, dass sie ein Treiber dieser Inflation ist. Sie hätte wesentlich früher aus den Anleihenkäufen aussteigen müssen. Und sie muss die Anleihenkäufe jetzt endlich ganz stoppen. Das war zwar angekündigt, wurde aber nicht gemacht. Dann muss sie vorsichtige Zinserhöhungen vornehmen, um die Inflationsentwicklung jetzt nicht auch noch zu befeuern. Eigentlich hätte man schon in der guten Phase die Zinsen erhöhen müssen. Dann könnten die Zinsen jetzt in der schwierigen Wirtschaftslage wieder sinken. Aber jetzt werden in einer schlechten Phase die Zinsen erhöht.

Wirtschaftswissenschaftler sagen, höhere Zinsen führen in eine Rezession. Deshalb sollten Zinserhöhungen moderat erfolgen. An Zinserhöhungen auf bis zu fünf Prozent glaube ich nicht. Das würde direkt in eine Rezession führen.

Bei den vielen Problemen können wir doch die Schuldenbremse vergessen.

Auf keinen Fall. Die Schuldenbremse ist absolut notwendig und richtig, vor allem vor dem Hintergrund, dass wir die höchsten Steuereinnahmen für Bund und Länder haben. Denn die Inflation lässt vor allem die Umsatztsteuereinnahmen in die Höhe schnellen. Derzeit treibt die Regierung nichts anderes als Geldverteilung mit der Gießkanne. Wir brauchen aber gezielte Maßnahmen.

Und notwendig ist auch ein hartes Sparprogramm. Dazu gehören eine kritische Analyse der Staatsausgaben, Veränderungen im Sozialsystem, eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit und viele andere Dinge. Wir müssen zurückkommen zur Ordnungspolitik der sozialen Marktwirtschaft und weg von der Umverteilung und Planwirtschaft dieser Bundesregierung.

Das Gespräch führte Hans-Jürgen Leersch.

Sebastian Brehm ist seit 2017 Mitglied des Bundestages und Finanz- und haushaltspolitischer Sprecher der CSU im Bundestag.

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Mittige: Markus Herbrand

Wenn Leute wie Markus Herbrand Krisen beschreiben, greifen sie nicht zum groben rhetorischen Besteck. „Man hörte und roch die Katastrophe“, erzählt er über die Nacht im Sommer 2021, als in der Eifel und anderswo die Fluten kamen und auch bis in den Keller seines Wohnhauses strömten, „wegen der schwimmenden Öltanks“. Oder über die aktuelle Inflation, als er sagt: „Wir Politiker werden verstärkt angeschrieben, erfahren viel von den Ängsten der Leute. Das macht was mit einem.“ Herbrand, 51, FDP-Bundestagsabgeordneter aus dem Wahlkreis Euskirchen – Rhein-Erft-Kreis II, redet ruhig und ernst zugleich. Das macht die Probleme nicht kleiner. Aber besser abgeholt fühlt man sich schon. Vielleicht ist es der Eindruck der Besonnenheit. Es ist Freitag um 9:30 Uhr, am Ende einer Woche im Zeichen der Zahlen spricht Herbrand über den Krisenmodus seiner Zukunft. „Es ist die schwerste Zeit für mich als Parlamentarier seit meinem Einzug 2017.“ Auf einen Virus habe man reagieren müssen, und auf einen „durchgeknallten Despoten“ in Moskau. „Dabei wollen wir Politiker ja eigentlich gestalten.“



»Gerade für die kleinen Firmen muss noch was getan werden, und zwar schnell.«

Herbrand, finanzpolitischer Sprecher seiner Fraktion und Obmann im Finanzausschuss, erkennt in der Inflation noch keinen Anlass für das Aussetzen der Schuldenbremse. „Gerade für die kleinen Firmen muss noch was getan werden, und zwar schnell“, sagt er. „Noch haben wir keinen Einbruch des Wirtschaftswachstums.“ Einen wichtigen Hebel sieht er in der vom Kabinett beschlossenen Strompreisbremse. „Das ist ein wichtiger Eingriff in ein Design,

das man seit dem Krieg nicht mehr ernst nehmen kann“, sagt er mit Blick auf den Umstand, dass die teuerste Stromproduktion, derzeit Gas, den Gesamtpreis für Strom diktiert. „Gerade die Senkung der Mehrwertsteuer auf Gas ist ein Ausgleich für die Gas-Umlage und wird bei den Verbrauchern ankommen.“ Um Herbrand kennenzulernen, schaut man besser nicht auf seine Website. „Mein Leben in Zahlen“ steht da, wie man es von einem Diplom-Finanzwirt erwartet. Sein Lebenslauf umfasst dürre 18 Worte, samt der Hobby-Information „Musik aller Kategorien“. Doch dem Realitätscheck hält die Internetseite nicht stand. „Ich weiß gar nicht, ob ich so von Zahlen und Verwaltung fasziniert bin“, sagt er. Er erzählt von seinen Leistungsfächern Mathe und Geschichte im Abitur und seiner größeren Leidenschaft für letzteres. Und wie am Dienstagabend ein Termin ausfiel, er spontan die Veranstaltungstipps in Berlin studierte und dann zum Konzert ei-

Jan Rübel

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage Aus Politik und Zeitgeschichte ISSN 0479-611 x (verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion (außer Beilage) Platz der Republik 1, 11011 Berlin Telefon (0 30) 2 27-3 05 15 Telefax (0 30) 2 27-3 65 24 Internet: http://www.das-parlament.de E-Mail: redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur Christian Zentner (cz) v.i.S.d.P. Stellvertretender Chefredakteur Alexander Heinrich (ah)

Verantwortliche Redakteure Lisa Brüßler (lbr) Claudia Heine (che) Nina Jeglinski (njk) Claus Peter Kosfeld (pk) Hans-Jürgen Leersch (hle) Johanna Metz (joh) Elena Müller (emu) Sören Christian Reimer (scr) cvD Sandra Schmidt (sas) Michael Schmidt (ms) Helmut Stoltenberg (sto) Alexander Weinlein (aw)

Fotos Stephan Roters

Redaktionsschluss 23. September 2022

Druck und Layout Frankfurt Societatis-Druckerei GmbH & Co. KG Kurhesenstraße 4-6 64546 Mörfelden-Walldorf

Leserservice/Abonnement Fazit Communication GmbH c/o Cover Service GmbH & Co. KG Postfach 1363 82034 Deisenhofen Telefon (0 89) 8 58 53-8 32 Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 32 E-Mail: fazit-com@cover-services.de

Anzeigenverkauf, Anzeigenverwaltung, Disposition Fazit Communication GmbH c/o Cover Service GmbH & Co. KG Postfach 1363 82034 Deisenhofen Telefon (0 89) 8 58 53-8 36 Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 32 E-Mail: fazit-com-anzeigen@cover-services.de

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW) Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird Recycling-Papier verwendet.



Der Gaspreis, un in dessen Folge der Strompreis sind in bisher ungekannte Höhen geklettert. Jetzt sucht die Politik nach Möglichkeiten, die Energiekosten für Privatverbraucher und Unternehmen im Rahmen zu halten.

© picture-alliance/dpa/Nicolas Armer

So entsteht der Strompreis

ENERGIE I Die Gaspreise sorgen für hohe Stromkosten. Muss das Marktdesign verändert werden?

Der Anstieg ist gigantisch. Auf 465,18 Euro pro Megawattstunde deckt, bestimmt den Preis für alle. Das sind im Moment die Gaskraftwerke“, sagt der Energieexperte. Im gleichen Monat des Vorjahres kostete der Strom an der Börse noch 82,70 Euro pro Megawattstunde. Ein Plus von mehr als 550 Prozent. Derart angestiegen sind die Endkosten für die Verbraucher zwar nicht, weil die Energieunternehmen einen Durchschnittspreis über mehrere Jahre bilden. Dennoch: Ein Vier-Personen-Haushalt mit einem angenehmen Verbrauch von 5.000 kWh zahlt laut dem Vergleichsportal Check24 im Schnitt 1.996 Euro jährlich für Strom. Das entspricht einem durchschnittlichen Preis von 39,9 Cent pro kWh. Im Vorjahresmonat waren es 1.529 Euro – ein Plus von 31 Prozent.

Anstieg der Gaspreise Bei den Erklärungsversuchen für die Strompreisexposition landet man immer wieder beim Anstieg der Gaspreise. Schon im Herbst 2021 kam es zu deutlichen Erhöhungen, als die weltweite Gas-Nachfrage gegen Ende der Coronapandemie deutlich anstieg. Seit Beginn des Ukrainekrieges kletterten die Beschaffungskosten weiter. Mit Folgen für den Strompreis, wie Tobias Federico vom Energieberatungsinstitut Energy Brainpool bestätigt. „Wir haben einen sehr hohen Erdgaspreis, der die Stromerzeugungskosten für die Gaskraftwerke bestimmt“, sagt er. Die aktuelle Preisfindung am Strommarkt, die durch das sogenannte Merit-Order-Modell beschrieben wird, sehe eine Sortierung der Kraftwerke nach ihren

Stromerzeugungskosten vor. „Das letzte Kraftwerk, das die aktuelle Stromnachfrage deckt, bestimmt den Preis für alle. Das sind im Moment die Gaskraftwerke“, sagt der Energieexperte. Ist aber ein solches System noch immer sinnvoll? Ja, findet Federico und rät von einer radikalen Veränderung des Marktdesigns ab. Das Merit-Order-System hat zwei wesentliche Funktionen: Zum einen soll es die optimale Kraftwerkeinsatzreihenfolge sichern. „Das passiert auch“, sagt er. Die erneuerbaren Energien stünden ganz vorn in der Einsatzreihenfolge. Sie profitierten am meisten von den hohen Strompreisen. Die

zweite wesentliche Funktion des Marktes ist es, einen Investitionsanreiz zu schaffen, für Kraftwerke, die günstiger produzieren als der momentane Strompreis. „Hohe Strompreise sind ein Signal dafür, dass sich der Einsatz in erneuerbare Energien amortisiert. Das ist genau das, was gewollt ist“, betont der Energieberater. Aktuell kommt es dadurch aber eben auch zu sehr hohen Strompreisen für den Endkunden. Ein Umstand, den das Bundeswirtschaftsministerium ändern will. Im Hause Habeck hat man ein Gerechtigkeitsproblem erkannt: Die Belastungen für Verbraucherinnen und Verbraucher steigen, während ein Teil der Energieunternehmen

erhebliche Mehreinnahmen verbucht, sogenannte Zufallsgewinne. „Deshalb soll ein Teil dieser Zufallsgewinne abgeschöpft und zur Entlastung von Verbraucherinnen und Verbrauchern und der Wirtschaft verwendet werden“, heißt es in einem Positionspapier des Ministeriums. Die Preisbildung auf Basis der Grenzkosten im europäischen Großhandelsmarkt selbst solle dabei nicht geändert werden, „weil die Merit-Order den Strommarkt stabil hält und Angebot und Nachfrage zuverlässig zusammenbringt“. Zudem führe sie dort Energieeinsparungen herbei, wo sie volkswirtschaftlich effizient erzielt werden können. „Daher bleibt die Merit-Order, aber

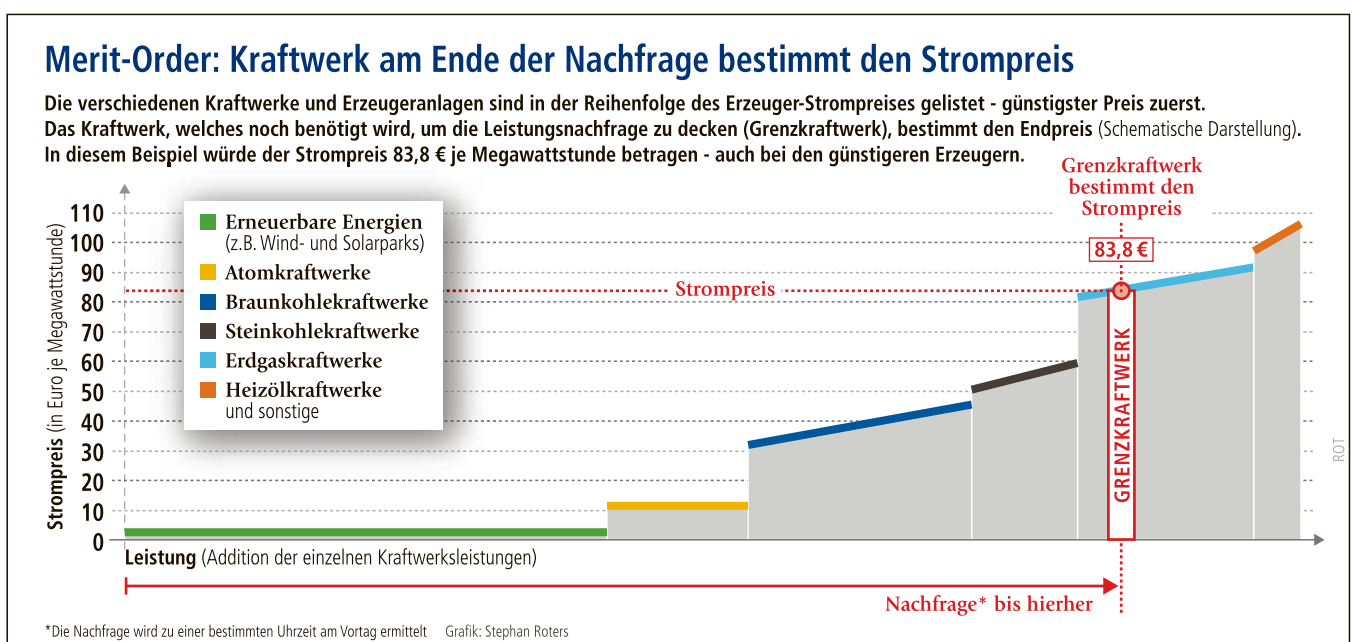
wir ändern die problematischen Effekte der Merit-Order für Stromkunden“, wird mitgeteilt. Energieexperte Federico weist auf in Spanien getroffene Maßnahmen zur Preisreduzierung für Stromkunden hin. „Spanien hat den Erdgaspreis für Gaskraftwerke reduziert, so dass diese niedrigere Preise haben und damit auch der gesamte Strompreis niedriger ist“, sagte er. Es werde also nicht in den Markt eingegriffen, sondern der Preis für den Brennstoff Gas reduziert. „Das könnte kurzfristig einen Effekt haben“, urteilt Federico.

Stromkontingent Das Konzept „Stromkontingent“ des Bundeswirtschaftsministeriums greift solche Ideen auf. Die grundsätzliche Funktionsweise des Strommarktes und insbesondere die Preisfindung und das Strompreissignal sollen unberührt bleiben. Das Konzept nutze die Abschöpfung der Übergewinne gezielt und ermögliche damit individuell umfassendere Entlastungen, als bei einer Absenkung des Großhandelspreises für alle Verbraucher, heißt es im Positionspapier des Ministeriums. Es könne auf EU-Ebene umgesetzt werden, aber unter Berücksichtigung der geltenden EU-Vorgaben auch nur in Deutschland, da es den Marktpreis unangetastet lässt. Die geplante Strompreiskontrolle soll zudem Privathaushalte, aber auch kleine und mittelständische Betriebe entlasten, indem ein sogenanntes Basisverbrauch subventioniert wird. Die Energiepolitiker der Fraktionen machen Druck. Konrad Stockmeier (FDP) sagt, die Plattform Klimaneutrales Stromsystem werde langfristig ein neues, den Er-

fordernissen der Erneuerbaren Energien Rechnung tragendes Strommarktdesign erarbeiten. Kurzfristig sei aber Wirtschaftsminister Habeck in der Pflicht, „ein Konzept für die im Koalitionsausschuss vereinbarte Strompreiskontrolle vorzulegen“. Andreas Jung (CDU) fordert, die Bürger mit Mitteln aus dem EEG-Topf bei den Stromkosten zu entlasten. „Die Netzentgelte für 2023 sind vollständig auszusetzen und die Stromsteuer auf den EU-Mindestsatz zu senken“, sagt er. Gleichzeitig müsse schon jetzt eine über Notfallinstrumente hinaus gehende grundsätzliche Reform der Preissetzung im Europäischen Strommarkt vorbereitet werden, welche extreme Preisverwerfungen einzelner Energieträger antizipiert.

Zufallsgewinne Ingrid Nestle (Grüne) hält die Merit-Order-Regelung an sich nicht für das Problem. Sie sei sehr hilfreich, damit der Einsatz von Millionen Erzeugern und Verbrauchern optimal koordiniert werden könne. Wichtig sei es, unnötige Zufallsgewinne bei Kohlekraftwerken und Erneuerbaren abzuschöpfen. Ihre Fraktion setze sich auch für einen gemeinsamen europäischen Einkauf ein, der die Preise an den Großhandelsmärkten senken könne.

Nina Scheer (SPD) kann dem spanischen Modell durchaus einiges abgewinnen. In Spanien lägen dadurch die Strommarktpreise bei einem Viertel der deutschen Tagespreise, schrieb sie unlängst in einem Gastkommentar für das „Handelsblatt“. Zähle man den erforderlichen Ausgleich der Gaskraftwerkskosten dazu, sei es immer noch weniger als die Hälfte der aktuellen deutschen Preise. **Götz Hausding** ■



Das Energiesicherungsgesetz wird erneut novelliert

ENERGIE II Die Ampel will Maßnahmen zur Sicherung von Stromversorgung und Preisstabilität durchsetzen

Zum dritten Mal in kurzer Zeit soll das Energiesicherungsgesetz (EnSiG) geändert werden – und mehrere andere energiewirtschaftliche Vorschriften gleich mit. Um die Energieversorgungssicherheit in Deutschland zu gewährleisten, seien weitere Maßnahmen erforderlich, „die zu einer weiteren Reduzierung des Gasverbrauchs im Winter 2022/2023 und im Winter 2023/2024 führen und gleichzeitig dafür sorgen, dass die Stromversorgung sichergestellt bleibt“, heißt es in der Begründung zu dem Entwurf der Koalitionsfraktionen von SPD, Grünen und FDP (20/3497), der vergangenen Donnerstag in den Bundestag eingebracht und nur einen Tag später im Wirtschaftsausschuss durch Sachverständige begutachtet wurde.

Biomasseanlagen Während der Debatte zählte Ingrid Nestle (Grüne) einige Punkte auf, die geändert werden sollen, „um unabhängiger vom Erdgas zu werden und die Preise zu senken“. So soll unter anderem der Flexbonus bei Biomasseanlagen auch bei höherer Produktion erhalten bleiben.

Die Nachtabschaltung bei Windstrom soll zurückgenommen werden können. Weil die 70 Prozent Spitzenkappung wegfallen soll, könne mehr Solarstrom produziert werden, sagte Nestle. Offshore-Anbindungskabel sollen schneller verlegt werden und Höherauslastungen der Stromleitungen in diesem Winter noch möglich werden. Andreas Jung (CDU) hält vieles, was in dem Gesetz steht, für richtig. Deshalb unterstütze seine Fraktion auch das beschleunigte Gesetzgebungsverfahren. „Viele der Dinge, die die Koalition jetzt aufgreift, haben wir zum Osterpaket als Änderungsanträge eingebracht“, sagte er. Wenn Photovoltaik, Windkraft und Bioenergie beschleunigt werden sollen, sei das die richtige Richtung. Allerdings würden die Potenziale der Bioenergie „nach wie vor nicht ausreichend genutzt“.

„Wir wollen die Energie-souveränität in unserem Land zurück gewinnen.“
Michael Kruse (FDP)

„Sie müssen die Ampel ganz sicher nicht auf Ideen bringen“, entgegnete ihm Nina Scheer (SPD). Als führende Regierungspartei habe die Union all das blockiert, was sie jetzt von der Oppositionsbank einfordere. „Trotzdem begrüßen wir ihre Unterstützung, die ich als Einsichtsfähigkeit zusammenfasse“, sagte Scheer. Mit Blick auf die schon angekündigte weitere Novellierung des EnSiG sprach Steffen Kotré (AfD) von energiepolitischer Planwirtschaft, die andauernde Eingriffe nötig mache. Mit Energiesicherheit habe dies nichts zu tun. „Die kümmert Sie nicht, sonst würderten Sie einfach die Laufzeit der Kernkraftwerke und der Kohlekraftwerke verlängern“, sagte er. Michael Kruse (FDP) gab als Ziel vor, „die Energiesouveränität in unserem Land zurückzugewinnen, weil wir viel zu stark in

Abhängigkeiten geraten sind“. Die Bundesregierung solle für den schnellsten Ausbau der erneuerbaren Energie sorgen. Zudem habe man Kohlekraftwerke bis zu zehn Gigawatt wieder ans Netz gebracht, um die nächsten beiden Winter abzusichern. „Außerdem werden zwei Atomkraftwerke am Netz bleiben, um auch im Winter zur Verfügung zu stehen“, sagte Kruse. Gesine Löttsch (Linke) forderte grundsätzliche Lösungen. „Kritische Infrastrukturen gehören in die öffentliche Hand und die Energiekonzerne müssen dauerhaft verstaatlicht werden“, sagte sie.

Anhörung Positiv wurde die Neuregelung bei einer Expertenanhörung des Wirtschaftsausschusses bewertet. Dennoch sprachen sich die Sachverständigen für noch weitergehende Änderungen aus. So müssten etwa baurechtliche Restriktionen aufgehoben werden, die der erweiterten Verstromung von Biogas entgegenstünden. Außerdem gelte es, für Netzausbau und dezentrale Speichermöglichkeiten den richtigen Rahmen zu setzen. **hau** ■

Linke will Preise deckeln

GAS UND STROM Keine Sperren wegen Zahlungsunfähigkeit

Die Linksfraktion will Bürgerinnen und Bürger sowie kleine und mittlere Unternehmen durch einen Deckel für Gas- und Strompreise entlasten. Einen entsprechenden Antrag der Fraktion (20/3483) debattierten die Abgeordneten vergangenen Donnerstag erstmalig gemeinsam mit einem weiteren Antrag der Fraktion für ein Verbot von Gas- und Stromsperren. Nach Auffassung der Linken soll die Bundesregierung eine Obergrenze für Endpreise von Erdgas und Strom bei privaten Haushalten sowie kleinen und mittleren Unternehmen einführen und die entstehenden Kosten aus dem Bundeshaushalt kompensieren. „Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat in Folge der wirtschaftlichen Sanktionen erhebliche Auswirkungen auf den Weltmarkt bei Erdgas und die europäische Stromproduktion“, begründet die Fraktion ihr Ansinnen. Aufgrund der Liberalisierung der Energiemärkte in Europa seien die Energiepreise dermaßen angestiegen und stiegen weiter, dass der freie Markt die Versorgung nur noch an diejenigen Menschen und Unternehmen

garantieren könne, die in der Lage seien, die aufgerufenen Preise zu zahlen. „An diesem Punkt sind staatliche Eingriffe in den Markt geboten und unvermeidbar geworden, da andernfalls die Daseinsvorsorge der Energieverfügbarkeit nicht länger gewährleistet ist“, heißt es in dem Antrag.

Sperren Ferner fordert die Fraktion in ihrem zweiten Antrag die Bundesregierung dazu auf, den Versorgern durch eine Neuregelung der Strom- beziehungsweise Gasgrundversorgungsverordnung Strom- und Gassperren aufgrund von Zahlungsunfähigkeit von Verbraucherinnen und Verbrauchern zu verbieten. Zur Begründung heißt es in dem Antrag, eine Strom- beziehungsweise eine Gassperre führe zu menschenunwürdigen Verhältnissen. Während das Mietrecht relativ hohe Hürden bei Wohnungsräumungen vorsehe, seien Strom- und Gassperren rechtlich völlig unzureichend reguliert und würden ohne Gerichtsbeschluss durchgeführt, kritisieren die Abgeordneten. Beide Anträge wurden zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwiesen. **mis** ■

Klamme Kassen

GESUNDHEIT Auf 17 Milliarden Euro wird das Defizit der Gesetzlichen Krankenversicherung für 2023 geschätzt. Die Bundesregierung hält mit einem Reformgesetz dagegen. Nach Ansicht der Opposition reicht das nicht



Die gesetzlichen Krankenkassen stehen finanziell unter Druck. Versicherte müssen im kommenden Jahr mit höheren Beiträgen rechnen.

© picture-alliance/Zoonar/stockfotos-mg

Es ist ein paar Jahre her, da schwärmte der damalige Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) sinngemäß, wie angenehm es sei, in Zeiten des Überflusses Reformgesetze zu beschließen. Lange vorbei seien die Zeiten, als Anfang der 2000er Jahre in der Gesundheitspolitik habe gespart und sogar an Leistungen gekürzt werden müssen. Diese Feststellung Spahns ist überholt, inzwischen hat sich der Wind gedreht und kommt stürmisch von vorn.

Geld ist auch wegen der überbordenden Ausgaben während der Corona-Pandemie knapp, die Gesundheitsausgaben steigen sowieso permanent, die Kassenrücklagen sind bereits stark ausgedünnt, und jüngst werden die Gesundheitseinrichtungen mit der größten Energiekrise aller Zeiten konfrontiert, was die Kosten zusätzlich in die Höhe treibt.

Von Krankenkassen kommen konkrete Forderungen nach einer kostendeckenden Finanzierung der Beiträge für ALG-II-Bezieher, einem reduzierten Mehrwertsteuersatz auf Arzneimittel sowie Strukturreformen bei Krankenhäusern und in der Pflege. Allein durch die Unterdeckung der ALG-II-Beiträge gehen den Kassen nach eigenen Angaben jährlich rund zehn Milliarden Euro verloren.

Höhere Beiträge Im Gesetzentwurf der Bundesregierung (20/3448) für die finanziellen Stabilisierung der GKV sind diese Reformpunkte nicht enthalten, dafür ein ganzer Strauß an anderen Regelungen. 2023 müssen sich die Versicherten auf einen um 0,3 Prozentpunkte höheren Zusatzbeitrag einstellen. Der Bundeszuschuss für den Gesundheitsfonds soll um zwei auf 16,5 Milliarden Euro erhöht werden. Ferner will der Bund der GKV ein unverzinsliches Darlehen in Höhe von einer Milliarde Euro gewähren. Die gesetzlichen Krankenkassen sollen sich dafür an der Stabilisierung der Beitragssätze beteiligen. Dazu werden die Liquiditätsreserven weiter abgeschmolzen.

Auch die Obergrenze für die Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds soll halbiert werden.

Der Gesetzentwurf beinhaltet Sparvorgaben. So soll die extrabudgetäre Vergütung vertragsärztlicher Leistungen bei sogenannten Neupatienten abgeschafft werden. Geplant ist auch eine Begrenzung des Honorarzuwachses für Zahnärzte. Für 2023 ist ferner ein um fünf Prozentpunkte erhöhter Herstellerabschlag insbesondere für patentgeschützte Arzneimittel eingeplant. Das Preismonitoring für Arzneimittel wird bis Ende 2026 verlängert. Der Apothekenabschlag zugunsten der Krankenkassen wird von 1,77 Euro auf 2 Euro je Arzneimittelpackung erhöht, auf zwei Jahre befristet. Vorgesehen sind überdies angepasste Regelungen für die Erstattungsbeträge im Gesetz zur Neuordnung des Arzneimittelmarktes (AMNOG).

Lasten verteilen In der ersten Beratung des Gesetzentwurfs am vergangenen Freitag hagelte es Kritik der Opposition. Der Gesetzentwurf sei nicht geeignet, die Finanzprobleme der GKV nachhaltig zu lösen. Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) erinnerte daran, dass die jetzige Koalition das „historisch“ hohe Defizit in der GKV von seinem Amtsvorgänger geerbt habe. Der Minister verzichtete dennoch auf Kritik an dem früheren Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU), sondern hob stattdessen hervor, dass auf keinen Fall Leistungen für die Versicherten gekürzt würden. Dies wäre den Menschen in einer Zeit hoher Belastungen nicht zuzumuten. Lauterbach betonte: „Wir müssen in einer solchen Zeit zusammenhalten.“ Mit dem Gesetz würden Effizienzreserven gehoben. Der Minister verteidigte in dem Zusammenhang die geplante Abschmelzung der Finanzreserven der Krankenkassen. Die Kassen hätten unterschiedlich hohe Rücklagen, dadurch werde der Wettbewerb verzerrt. Es sei daher richtig, die Rücklagen zurückzuführen und der Versorgung zuzuführen. Es sei auch richtig, die

Preise für Arzneimittel neu zu regulieren. Derzeit würden hohe Arzneimittelpreise zu lange gewährt. Lauterbach wertete das Gesetz als Übergangsreform, da langfristig eine Strukturreform nötig sei, an der bereits gearbeitet werde.

Mit heftiger Kritik reagierte der bayerische Minister für Gesundheit und Pflege, Klaus Holetschek (CSU), auf die Rede Lauterbachs. In der GKV stelle sich die Finanzierungsfrage an allen Fronten. Der Landesminister sprach im Bundestag von einem „Versorgungsdestabilisierungsgesetz“, das zudem mehr die Handschrift des Justiz- und Finanzministers trage als die des zuständigen Gesundheitsministers. Holetschek warnte Lauterbach: „Sie steuern auf einen Kassen-Crash zu.“ Es reiche nicht aus, Reformen anzukündigen, sie müssten schnell vorgelegt werden. Als Beispiel nannte er die Kassenbeiträge des Bundes für die ALG-II-Bezieher, die auskömmlich sein müssten. Der um zwei Milliarden Euro höhere Zuschuss des Bundes für den Gesundheitsfonds sei zu gering. Zudem würden die Krankenkassen abgeschöpft, das sei kontraproduktiv. Die Streichung

der extrabudgetären Vergütung der Ärzte für Neupatienten laufe auf eine Leistungskürzung hinaus, weil die Wartezeiten etwa in der Psychotherapie ohnehin problematisch seien. Er forderte außerdem einen Pharmadialog, um zu verhindern, dass der Innovationsstandort Deutschland kaputt gemacht werde.

Übergangslösung Die Grünen-Abgeordnete Maria Klein-Schmeink sprach der Union im Gegenzug das Recht ab, mit ihrer Kritik allein auf die jetzige Koalition zu deuten. Was Holetschek an Defiziten aufzähle, sei ein Offenbarungseid für 16 Jahre Unions-Gesundheitspolitik. „Sie sind jede Antwort schuldig geblieben, wie sie mit dem Defizit umgehen wollen.“ Klein-Schmeink räumte ein, dass die geplante Finanzreform nur eine Übergangslösung sein könne. An einer Strukturreform gehe kein Weg vorbei.

Die AfD-Fraktion beschuldigte die Bundesregierung, fatale Entscheidungen zulasten der eigenen Bürger zu treffen. Martin Sichert (AfD) rügte Menschen aus der Ukraine dürften auf Kosten der deutschen Beitragszahler Leistungen des Gesundheitssystems in Anspruch nehmen, während vielen Krankenhäusern die Insolvenz drohe und Bürger massenhaft in die Armut getrieben würden. Sichert befand: „Diese gesamte Politik ist irre.“

Nach Ansicht von Andrew Ullmann (FDP) kann die GKV-Finanzreform nur ein erster Schritt sein auf dem Weg zu einer grundlegenden Strukturreform. „Wir haben ein teures, aber wenig effizientes System.“ Daher müssten die Strukturen verändert werden, um die Kosten im Griff zu behalten. Die Linke vermutete, dass die Finanzprobleme in der GKV noch viel größer sind als von der Regierung dargestellt. Ates Gürpinar (Linke) bezweifelte, dass es um ein Defizit von 17 Milliarden Euro gehe. Die Schätzung liege niedrig, manche Experten gingen eher von 24,6 Milliarden Euro aus, und das sei vor der Energiepreisexlosion gewesen. Claus Peter Kosfeld

Die nächste Novelle

BILDUNG Bafög-Notfallhilfe soll künftig Krisen abfedern

Hunderttausende Studierende haben während der Pandemie ihren Nebenjob verloren und sind in eine finanzielle Notlage geraten. Die 28. Bafög-Novelle soll laut Ampelkoalition eine solche Situation künftig verhindern. Gegen die Stimmen der Union und der AfD wurde der Gesetzentwurf (20/2298) vergangenen Donnerstag in geänderter Ausschussfassung angenommen. Er sieht vor, dass der Personenkreis der Bafög-Empfänger im Falle einer bundesweiten Krise erweitert werden kann, vorausgesetzt die Krise hat massive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt.

Die 28. Novelle sei eine Lehre aus der Pandemie und Sorge für Sicherheit bei Studierenden in künftigen Krisen, sagte Ria Schröder (FDP). Bereits während der Pandemie haben laut Schröder die Jugendorganisationen von FDP, SPD und Union eine Öffnung des Bafögs gefordert. Die Novelle schaffe nun den rechtlichen Rahmen, um dies in Zukunft im Krisenfall zu ermöglichen und somit „schnell, flexibel und unbürokratisch“ zu helfen.

Damit Bildung auch in Krisenzeiten unabhängig vom Elternhaus bleibe, sei es wichtig, diesen Notfallmechanismus zu etablieren, sagte Grünenpolitikerin Nina Stahr. Niemand solle wegen eines „externen

Schocks“ seinen Bildungsweg verlassen müssen, auch das gehöre zur Bildungsgerechtigkeit.

Anstatt nur zu reagieren, ermöglicht es das Gesetz laut Lina Seitzl (SPD), vor die Krise zu kommen. Dabei betonte sie in ihrer Rede, dass die Nothilfe nur in „temporären, arbeitsmarktbedingten Krisen“ greife. Für etwaige andere Situationen brauche es jedoch andere Antworten.

Wenig konkret Dass der Notfallmechanismus in der aktuellen Energiekrise eben nicht zum Tragen komme, kritisierte Thomas Jarzombek (CDU). Auch sei es kaum umsetzbar, in kurzer Zeit sämtliche Anträge und Nachweise analog zu bearbeiten. Die möglicherweise lange Bearbeitungszeit mahnte auch Michael Kaufmann (AfD) an. Die Hilfe würde dadurch möglicherweise zu spät ankommen. Generell begrüßte Nicole Gohlke (Die Linke) die Idee einer Notfallhilfe. Allerdings lasse der Gesetzentwurf wesentliche Aspekte offen. Bereits jetzt hätte laut Gohlke geregelt werden müssen, dass Kriterien wie die Regelstudienzeit oder eine Altersgrenze ausgesetzt werden. Außerdem kritisierte sie, dass die Notfallhilfe nicht für internationale Studierende gelte. Denise Schwarz

Lernrückstände aufholen

PANDEMIE Union will die Folgen von Corona angehen

Dass Kinder und Jugendliche Unterstützung benötigen, um die Folgen der Pandemie zu bewältigen, darin sind die Fraktionen sich einig. Über die Art und Weise wurde allerdings vergangenen Donnerstag im Plenarsaal kräftig debattiert. Anlass waren eine Große Anfrage (20/3192) sowie ein Antrag (20/3489) der Unionsfraktion zu pandemiebedingten Lernrückständen und psychosozialen Folgen bei Kindern und Jugendlichen. Zwei Jahre lang haben sie laut Gitta Connemann (CDU) keine Normalität gekannt. Deswegen hätten sie jetzt umso mehr Unterstützung verdient. Es sei zwar das gute Recht der Ampelkoalition, das Programm der Vorgängerregierung „Aufholen nach Corona“ auslaufen zu lassen, doch dann müsse sie Alternativen anbieten.

Kein Blankoscheck Das Aufholprogramm sei damals „mit heißer Nadel gestrickt“ worden, entgegnete Bildungs- und Forschungministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP). Es sei nicht transparent gewesen, keiner wisse, ob es seine Ziele erreicht habe. Statt eines „Blankoschecks“ wolle man

künftig auf das Startchancen-Programm setzen, welches 4.000 Schulen in Deutschland fördern soll.

Auch Nicole Gohlke (Die Linke) kritisierte, dass die Länder die Gelder des Aufholprogramms mit der Gießkanne verteilt hätten und die Hilfe nicht dort angekommen sei, wo sie gebraucht wurde. Als „Schaufensteraktionismus“ bezeichnete Nicole Höchst (AfD) das Programm. Um die Lernrückstände zu beseitigen, müsse man stattdessen etwas gegen den Lehrkräftemangel tun. Zum Aufholen nach Corona gehöre mehr als nur schulische Leistung, mahnte Nina Stahr (Grüne). Um psychosoziale Folgen abzumildern, müssten Lehrpläne entschlackt und die Beziehungsarbeit an Schulen fokussiert werden.

Dass die Union in ihrem Antrag fordere, Lerninhalte auf digitale Plattformen auszulagern, kritisierte Marja-Liisa Völlers (SPD). Es brauche zwar digitales Lernen und Lehren, aber zu fordern, dass Schülerinnen und Schüler verpasste Lerninhalte digital eigenständig nachlernen sollten, sei in der aktuellen Situation der falsche Weg. des

Mehr Teilhabe gefordert

FAMILIE Ampel will Kinderrechte im Grundgesetz

Bundesfamilienministerin Lisa Paus (Grüne) und Abgeordnete der Regierungskoalition haben am vergangenen Freitag anlässlich der Debatte über den 16. Kinder- und Jugendbericht erneut die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre und die Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz gefordert. Dies hätten SPD, Grüne und FDP in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, sagte Paus und fügte hinzu: „Ich werde definitiv nicht locker lassen.“

Mehrheiten Für beide Vorhaben ist allerdings jeweils eine Grundgesetzänderung und damit eine Zweidrittelmehrheit notwendig. Da die Ampelkoalition jedoch nur über 416 der benötigten 491 Stimmen verfügt, würde selbst die Zustimmung der 39 Abgeordneten der Linksfraktion und des fraktionslosen Abgeordneten Stefan Seidler vom Südschleswigschen Wählerverband (SSW), die das Ansinnen unterstützen, nicht ausreichen, um dies umzusetzen. Ohne die Stimmen der CDU/CSU-Fraktion

wird es nicht gehen. Und so rief denn auch die SPD-Abgeordnete Ulrike Bahr die Unionsfraktion dazu auf, „ihre bisherigen Positionen zu überdenken“. In der vergangenen Legislaturperiode war ein entsprechender Gesetzentwurf der damaligen Justizministerin Christine Lambrecht (SPD) gescheitert, weil sich SPD und CDU/CSU in der großen Koalition nicht über eine Grundgesetzformulierung einigen konnten. Die Unionsabgeordneten gingen in der Debatte nicht auf die Forderung ein.

Einig zeigten sich alle Fraktionen mit Ausnahme der AfD – sie warnte lieber vor einem mangelnden Schutz der Jugendlichen vor islamistischen Extremisten –, dass die Teilhabe und politische Bildung von Kindern und Jugendlichen gestärkt werden soll. Genau dies hatten die Autoren des Jugendberichts in ihren Handlungsempfehlungen gefordert und klargestellt, dass politische Bildung eben nicht neutral sei, sondern immer der Demokratie und ihren Werten verpflichtet sein müsse. aw

Union warnt vor »kinder- und bildungspolitischer Katastrophe«

SPRACH-KITAS Ende 2022 läuft das Bundesprogramm aus. Die Opposition fordert eine Verlängerung, die Koalition verweist auf das Kita-Qualitätsgesetz

Die Sprachförderung in den Kitas ist sehr wichtig. Da sind sich alle Fraktionen einig – auch jene der Regierungsparteien. Dennoch soll das Bundesprogramm „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ zum Ende des Jahres auslaufen. Ein Übel, findet die Union und fordert in einem Antrag (20/3277) dessen Fortführung. „Versündigen Sie sich nicht an den Kindern in unserem Land“, sagte Dorothee Bär (CSU) während der Debatte in der vergangenen Woche. „Das Aus für die Sprach-Kitas wäre eine kinder- und eine bildungspolitische Katastrophe“, warnte sie.

Bär kann sich bei ihrer Forderung auf den Bundesrat stützen. Einstimmig hatte die Länderkammer Mitte September die Fortführung gefordert. Die Ansätze des Bundesprogramms „Sprach-Kitas“ hätten sich bewährt, heißt es in einer Entschließung der Länder, wie auch im Antrag der Unions-

fraktion. In rund 6.900 Kindertagesstätten seien durch fast 7.500 zusätzliche Fachkräfte mehr als eine halbe Million Kinder erreicht worden. Damit sei etwa jede achte Kita in Deutschland eine „Sprach-Kita“.

Qualifizierung Die CSU-Familienpolitikerin Bär zeichnete ein düsteres Szenario für den Fall der Einstellung des Programms. Tausende Fachkräfte würden weggehen, obwohl sie in den Einrichtungen dringend gebraucht würden. Die Träger seien dann nicht mehr in der Lage, die Qualität in der frühkindlichen Bildung zu gewährleisten. „Die über Jahre aufgebauten bundeseinheitlichen Strukturen, die Qualifizierungen der Teams, die Begleitung in den Familien: Alles wird zerschlagen, und dies nur, weil sich die Familienministerin an dieser Stelle nicht gegen den Finanzminister durchsetzen kann“, beklagte Bär.

Keinen Grund zur Aufregung sehen hingegen SPD, Grüne und FDP, die in ihrem Koalitionsvertrag festgeschrieben haben, das Programm „Sprach-Kitas“ weiterzuentwickeln und zu verstetigen. „Wir wollen eine Verstetigung der Sprach-Kitas im Kita-Qualitätsgesetz“, erläuterte Sönke Rix (SPD). Dazu werde die Unterstützung der Länder benötigt. Damit werde die Verantwortung nicht weggeschoben. Es sei vielmehr ein Hinweis auf die originäre verfassungsrechtliche Zuständigkeit der Länder.

Nina Stahr (Grüne) ergänzte, es könne nicht darum gehen, ein Sonderprogramm weiterlaufen zu lassen. „Es muss darum gehen, es wirklich zu verstetigen.“ Stahr zeigte sich überzeugt, dass für den Übergang bis dahin eine gute Lösung zusammen mit den Ländern gefunden werden könne. Rix brachte eine Verlängerung des Programms um ein halbes Jahr ins Spiel. Cyde Jensen

(FDP) lobte, dass im Kita-Qualitätsgesetz „die Sprachförderung endlich als prioritäres Handlungsfeld festgelegt wird“. Den



Die Sprachförderung der Kinder ist eine wichtige Aufgabe in Kitas.

Ländern werde damit ermöglicht, Bundesmittel in die Sprachförderung und damit in den Erhalt der Sprach-Kitas zu investieren. An die Union gewandt sagte Jensen: „Sie hätten in den Ländern dafür sorgen können, dass vermieden wird, dass sich Fachkräfte schon jetzt wegbewerben.“

Übergangslösung Niemand wisse, wie eine solche Übergangslösung aussehen solle, befand Heidi Reichinnek (Linke). Es drohe der Verlust von Fachkräften, da man sich drei Monate vor Jobende arbeitslos melden müsse. „Haben Sie bei der Planung nicht gewusst, dass das passiert, oder hat es Sie nicht interessiert?“, fragte Reichinnek, was Stefan Müller (CSU) mit dem Zwischeneruf kommentierte: „Wer hätte gedacht, dass wir mal bei den Linken klatschen.“ Unterstützung für den Unionsantrag gab es auch von Seiten der AfD. Nicole Höchst

nannte ihn gleichwohl einen „Tropfen auf den heißen Stein“. Nötig geworden seien Sprach-Kitas, weil „die Politik der offenen Grenzen“ zur Folge habe, dass unter den deutschen Passinhabern der jüngeren Generation immer mehr Menschen ohne deutsche Muttersprache seien. „Wenn Sie uns schon weiter ent- und überfremden, sollen die Neubürger wenigstens von klein auf Deutsch sprechen“, sagte Höchst.

Petition Das Thema Sprach-Kitas wird den Bundestag in jedem Falle weiter beschäftigen. Am 17. Oktober wird der Petitionsausschuss die Forderung nach Weiterführung des Bundesprogramms in öffentlicher Sitzung beraten. Die entsprechende Petition einer Kita-Leiterin aus Neubrandenburg (Mecklenburg-Vorpommern) wurde von mehr als 200.000 Personen unterschrieben. Götz Hausding



Deutschlands Industrie ist, wie hier in diesem Stahlwerk, sehr energieintensiv. Die aktuelle Preisexplosion kann deshalb Millionen Arbeitsplätze bedrohen.

© picture-alliance/Panama Pictures/Christoph Hardt

Das Mittel für die Not

ARBEITSMARKT Das Kurzarbeitergeld soll auch in der aktuellen Krise Arbeitsplätze sichern

Was für Millionen Rückenschmerzgeplagte Ibutropfen ist, das ist für krisenerprobte Arbeitsmarktpolitiker das Kurzarbeitergeld: Eine Medizin, die fast immer hilft. Stets mit dem Verweis auf vergangene erfolgreich gemeisterte Krisen wird es im Bundestag beworben, wenn erneut dunkle Wolken über dem Arbeitsmarkt aufziehen, die Firmen nicht allein vertreiben können. In der Corona-Krise wurde zurecht auf die Finanzkrise verwiesen, in der die Möglichkeit zur Kurzarbeit Millionen Arbeitsplätze gesichert hat. Nun, zwei Jahre danach, scheint es aber so, als stehe der Verweis auf die arbeitsmarktpolitisch erfolgreich gemeisterte Corona-Pandemie auf etwas wackligeren Füßen. Denn: Niemand wisse, wie sich die aktuelle Energie- und Lieferkettenkrise auf die deutsche Wirtschaft und damit den Arbeitsmarkt auswirke. Ob das Zaubermittel Kurzarbeit auch diesmal funktioniert? Man könne es nur hoffen - so der Tenor der Bundestagsdebatte am vergangenen Freitag über einen Gesetzentwurf

»Sie haben nicht erkannt, welche Maßnahmen wir jetzt eigentlich bräuchten.«

Jana Schimke (CDU)

der Bundesregierung (20/3494), mit der es ihr weiter möglich sein soll, Erleichterungen für den Bezug von Kurzarbeitergeld per Verordnung zu erlassen. Schon in dieser Woche soll das Gesetz beschlossen werden, da die Pandemie-Sonderregeln dazu Ende September auslaufen. Ein Grund, warum die Zuversicht etwas gedämpft klingt in diesen Zeiten, liegt nicht nur an der allgemein wenig voraussehbaren Lage, sondern auch an den Finanzen. Denn das Kurzarbeitergeld, so es denn massenhaft beantragt wird, belastet den Haushalt der Bundesagentur für Arbeit (BA) mit hohen Milliardensummen. Auf mehr als 40 Milliarden Euro haben sich die Kosten für das Corona-Kurzarbeitergeld schließlich aufsummiert. Doch während die BA zu Beginn der Corona-Pandemie über eine hohe Rücklage verfügte, sind ihre Finanzen nun im Defizit. Trotzdem gebe es schlicht keine Alternative zu diesem Gesetzentwurf, hieß es aus den Ampel-Fraktionen. Das Gesetz soll es der Regierung unter anderem ermöglichen, Kurzarbeitergeld-Regelungen auch für die Leiharbeitsbranche zu erlassen. Bis Ende des Jahres soll es weiter

ausreichen, wenn mindestens zehn Prozent der Beschäftigten von Arbeitsausfall betroffen sind. Sonst muss mindestens ein Drittel der Beschäftigten betroffen sein. Beschäftigte müssen auch keine Minusstunden aufbauen, bevor Kurzarbeitergeld gezahlt werden kann. Für die Möglichkeit des anrechnungsfreien Hinzuverdienens durch Aufnahme eines Minijobs während der Kurzarbeit wird ebenfalls eine - bis zum 30. Juni 2023 befristete - Verordnungsermächtigung geschaffen. Nicht vorgesehen ist eine Erhöhung des Kurzarbeitergeldes auf mehr als 60 beziehungsweise 67 Prozent (mit Kind) des letzten Verdienstes. Während der Corona-Pandemie war es unter bestimmten Bedingungen möglich, höhere Leistungen bei der BA zu beantragen. **Am Ziel vorbei** Jana Schimke (CDU) betonte, sie habe prinzipiell gar nichts gegen das Kurzarbeitergeld einzuwenden. „Aber die Regierung hat noch nicht erkannt, welche Maßnahmen wir eigentlich bräuchten, um die Unternehmen zu retten“, kritisierte sie und forderte statt der Gasumlage die Einführung eines Gaspreiskegels. Gerrit Huy (AfD) warf der Regierung vor, der deutschen Wirtschaft den „letzten Dolchstoß“ zu versetzen. Da helfe auch kein Kurzarbeitergeld mehr. Wer die Industrie kaputt mache, könne auch keine

Schutzschirme mehr aufspannen. Pascal Meiser (Linke) sagte, neben dem Kurzarbeitergeld müsse es jetzt eine Politik geben, die Firmen davor bewahrt, überhaupt in Not zu geraten. „Wir brauchen endlich eine Energiepreisbremse“, sagte Meiser. Er forderte außerdem ein höheres Kurzarbeitergeld für Geringverdienende. Die Parlamentarische Staatssekretärin Anette Kramme (SPD) versicherte, der sächsische Präsident werde es nicht schaffen, Deutschland zu stabilisieren. „Wir bleiben solidarisch und sozial, nach innen

und außen“, sagte sie. „Wir wissen, dass Kurzarbeit nicht die Lösung ist, aber sie ist die Brücke bis zur Lösung des Problems“, war sich Jens Beek (FDP) sicher. Dagmar Schmidt (SPD) ergänzte, man dürfe jetzt nicht nur Brücken bauen, sondern müsse Wege in die Zukunft weisen, zum Beispiel mit der Verbindung von Kurzarbeitergeld und Qualifizierung. Beate Müller-Gemmeke (Grüne) sagte: „Noch wissen wir nicht, wie sich die Energiepreise auf den Arbeitsmarkt auswirken, aber wir wollen vorbereiten sein.“ **Claudia Heine** ■

> STICHWORT

Erleichterter Zugang zum Kurzarbeitergeld

- > Corona-Pandemie** Um die negativen Folgen für die Firmen gering zu halten und Arbeitsplätze zu sichern, wurden im Frühjahr 2020 erstmals erleichterte Kurzarbeit-Regeln erlassen; zeitweise waren auch die Leistungssätze erhöht.
- > Mitarbeiter** Es soll weiter ausreichen, wenn mindestens zehn Prozent der Beschäftigten von Arbeitsausfall betroffen sind. Auch Leiharbeiter sollen künftig wieder in die Regelungen einbezogen werden.
- > Arbeitszeit** Beschäftigte sollen auch in den nächsten Monaten keine Minusstunden aufbauen müssen, bevor Kurzarbeitergeld gezahlt werden kann.



© picture-alliance/dpa

Kritik und Bekenntnisse

MEDIEN Debatte zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Die AfD-Fraktion hat ihre Forderung einer Abschaffung der Gebühren zur Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks erneuert. In einer von ihr beantragten Aktuellen Stunde am Freitag erhob sie angesichts des Skandals um die inzwischen fristlos entlassene ehemalige RBB-Intendantin Patricia Schlesinger und die Vorwürfe von politischer Einflussnahme beim NDR zum Anlass, um schwere Vorwürfe gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk insgesamt zu erheben. Martin Renner (AfD) warf den öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten vor, sie lebten „wie die Made im Zwangsgebühren-Speck“. Pro Tag erhielten sie 23,1 Millionen Euro aus den Rundfunkbeiträgen, kämen umgekehrt ihrem eigentlichen Auftrag zur ausgewogenen Berichterstattung über alle gesellschaftlich relevanten Gruppen nicht nach. Aus der „ursprünglich phantastischen Idee“ des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sei längst eine „Farce“ geworden. Die Vertreter aller anderen Fraktionen mahnten ebenfalls Reformen bei den Strukturen, Aufsichtsgremien und Gehältern in den Sendeanstalten an, verteidigten aber das Prinzip des gebührenfinanzierten und föderal organisierten Rundfunks. In Wahrheit gehe es der AfD darum, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu zerschlagen, führte der FDP-Abgeordnete Thomas

Hacker (FDP) an. Und dies liege daran, dass Sendungen wie die „Tagesschau“ und „heute“ den Bürgern Fakten und gut recherchierte Informationen anböten. Ganz ähnlich argumentierte Petra Sitte (Linke). Weltweit hätten die Parteien am rechten Rand des politischen Spektrums den öffentlich-rechtlichen Rundfunk ins Visier genommen. Gleichzeitig mahnte sie: „Wenn wir wollen, dass es ihn weiter gibt, müssen wir ihn neu erfinden.“ Der SPD-Parlamentarier Helge Lindh hielt der AfD vor, wenn jemand wie die Made im Speck lebe, dann sei es die AfD im „Speckmantel der Demokratie“. Lindh erhob ebenso wie Erhard Grundl (Grüne) zugleich schwere Vorwürfe gegen den CDU-Parteivorsitzenden Friedrich Merz. Dieser habe auf dem Parteitag in Hannover die ARD in unangebrachter Art und Weise für den Umstand kritisiert, dass sie mit 58 Redakteuren vertreten sei. Zudem sei der Vorwurf an die ARD, ihre Volontäre tendierten politisch vorwiegend zu Grünen und SPD, aus einer unwissenschaftlichen Studie entnommen und es sei das Problem der CDU, wenn sie bei den Jungen wenig Anhänger hätte. Dem hielt der CDU-Abgeordnete Maximilian Mörseburg entgegen, es sei sehr wohl ein Problem, wenn sich der journalistische Nachwuchs „nur aus einem Milieu“ rekrutiere. **aw** ■

Mehr Mitsprache ab 16 Jahren

WAHLRECHT Die Ampel will das aktive Wahlrecht bei Europawahlen für Jugendliche öffnen

Jugendliche sollen künftig bereits ab 16 Jahren statt wie bisher ab 18 Jahren eine Europäische Bürgerinitiative unterstützen können. Einen entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung (20/2241) verabschiedete der Bundestag vergangene Woche gegen die Stimmen der CDU/CSU- und der AfD-Fraktion. Kurz danach debatierte das Parlament in erster Lesung über einen Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen von SPD, Grünen und FDP, das Mindestalter für das aktive Wahlrecht bei Wahlen zum Europäischen Parlament von derzeit 18 auf ebenfalls 16 Jahre abzusenken (20/3499). Sonja Eichwede (SPD) nannte die Vorlage in der Debatte einen „Schritt zu mehr Demokratie“ und mehr Teilhabe junger Menschen in der Demokratie. Sie warb zugleich dafür, in einem weiteren Schritt das Grundgesetz zu ändern, um das Wahlalter auch bei Bundestagswahlen auf 16 zu senken. Für die dafür erforderliche Zweidrittel-Mehrheit sei auch die Unionsfraktion gefragt. Es sei gemeinsames Ziel der demokratischen Parteien, junge Menschen für die Demokratie zu gewinnen. Mit der Neuregelung würden 1,3 Millionen Menschen wahlberechtigt. Dabei sei nicht das Wahlrecht, sondern der Ausschluss vom Wahlrecht rechtfertigungsbedürftig, und solche Rechtfertigungen lägen nicht mehr vor.

Ansgar Heveling (CDU) konzidierte, dass viele junge Menschen im Alter zwischen 16 und 18 Jahren über ein „wachses politisches Bewusstsein“ verfügen und sich auch einbringen. Sie nähmen aber nicht an so zahlreichen Stellen in der Gesellschaft Verantwortung wahr, dass deswegen das Wahlgesetz geändert werden müsse. Darüber hinaus gelte in den allermeisten EU-Staaten das aktive Wahlrecht wie in Deutschland ab 18 Jahren. Auch sei die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre durch das Europarecht nicht zwingend vorgegeben. **»Geringste Stimmkraft«** Emilia Fester (Grüne) verwies darauf, dass bei den Demonstrationen von „Fridays for Future“ Hunderttausende junger Menschen für Klimagerechtigkeit auf die Straße gingen. Diesen „mündigen Bürgern“ müsse „auch eine Stimme an der Wahlurne“ gegeben werden. Heute hätten aufgrund des demografischen Wandels „diejenigen, die am längsten von der heutigen Politik betroffen sind, die geringste Stimmkraft in dieser Demokratie“. Auch das Europaparlament habe die Absenkung des Wahlalters im Bund und in einem ersten Schritt bei den Europawahlen empfohlen. Fabian Jacobi (AfD) hob hervor, dass 16-Jährige nach deutscher Rechtsordnung noch nicht voll geschäftsfähig sowie nicht

voll strafmündig und auch nicht ehemündig seien. Die guten Gründe, die für diese Regelungen sprächen, „gelten genauso für das Wahlrecht, und deshalb legt auch das Grundgesetz das Wahlalter für den Bundestag auf die Volljährigkeit“. Konstantin Kuhle (FDP) wertete es als „gute Sache“, wenn in einer Demokratie mehr Menschen an demokratischen Entscheidungen teilnehmen. Dadurch werde die Basis demokratischer Entscheidungen verbreitert und damit auch die demokratische Legitimation. Junge Menschen demonstrieren für Generationengerechtigkeit oder gegen den Klimawandel. Dies zeige, dass viele junge Menschen ein politisches Bewusstsein hätten. Zudem führe ein Mindestwahlalter von 18 Jahren bei einer fünfjährigen Wahlperiode wie beim Europäischen Parlament dazu, dass 22-Jährige erstmals an der Europawahl teilnehmen könnten. Dabei könne man schon mit 16 Jahren CDU- oder CSU-Mitglied werden. Für Alexander Ulrich (Linke) erfordert eine demokratische und generationengerechte Politik, die demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten gleichmäßig auf alle Altersgruppen zu verteilen. Dafür sei die Absenkung des Mindestwahlalters auf 16 Jahre ein „richtiger und wichtiger Schritt“, gab er zu Protokoll. **Helmut Stoltenberg** ■

KURZ NOTIERT

AfD-Kandidaten im Bundestag erneut gescheitert

Die AfD-Fraktion ist bei der Wahl eines Bundestags-Vizepräsidenten erneut gescheitert. Ihr Abgeordneter Malte Kaufmann verfehlte mit 106 Ja- bei 545 Nein-Stimmen und 13 Enthaltungen vergangene Woche die erforderliche Mehrheit von 369 Stimmen, die er bereits bei einem ersten Wahlgang im Mai nicht erreicht hatte. Auch sein Fraktionskollege Martin Hess kam mit 92 Ja- gegen 556 Nein-Stimmen und 16 Enthaltungen bei der Wahl eines Mitglieds des Parlamentarischen Kontrollgremiums (PKGr) wie schon im Juni nicht auf die notwendige Stimmenzahl von 369. Hess hatte bereits am Vortag im Ausschuss für Inneres und Heimat die nötige Mehrheit zur Wahl des Ausschussvorsitzenden auch im dritten Anlauf verfehlt. Gegen ihn votierten 39 Ausschussmitglieder, während sechs für ihn stimmten und ein Mitglied sich enthielt. **sto** ■

Maßnahmepaket gegen Energiekrise und Inflation

Der Bundestag hat am vergangenen Freitag zwei Anträge der AfD-Fraktion, in denen es um Maßnahmen gegen die Energiekrise und Inflation geht, zur weiteren Beratung an die zuständigen Ausschüsse überwiesen. In einem Antrag (20/3538) fordert die Fraktion unter anderem massive steuerliche Entlastungen wie eine Anhebung des steuerlichen Grundfreibetrags auf 12.600 Euro. Auch der Regelbedarf für die Grundsicherung für Arbeitsuchende und bei Erwerbsminderung sowie bei der Hilfe zum Lebensunterhalt soll existenzsichernd erhöht werden. Massive Entlastungen soll es bei den Energiekosten geben. In einem zweiten Antrag (20/3534) fordert die AfD einen Schutzschirm für Menschen mit Behinderung sowie für soziale Einrichtungen. **che** ■

Gesetze sollen nur noch im Internet verkündet werden

Die derzeit allein verbindliche Papierfassung des Bundesgesetzblattes soll nach dem Willen der Bundesregierung abgelöst und die Verkündung von Gesetzen und Rechtsverordnungen auf einer digitalen Verkündungsplattform des Bundes ermöglicht werden. Über entsprechende Gesetzentwürfe zur Änderung des Grundgesetzes (20/2729) und zur „Modernisierung des Verkündungs- und Bekanntmachungswesens“ (20/3068) beriet der Bundestag vergangene Woche in erster Lesung. Danach soll das Bundesgesetzblatt künftig ausschließlich elektronisch auf der neuen Verkündungsplattform im Internet ausgegeben und alleiniges Verkündungsorgan des Bundes für Gesetze und Rechtsverordnungen werden. Durch die Neuregelung soll der Zugang zum Bundesgesetzblatt laut Bundesregierung deutlich erleichtert werden. **sto** ■

Union und AfD scheitern mit sportpolitischen Anträgen

Zwei sportpolitische Anträge der Oppositionsfraktionen CDU/CSU und AfD haben am vergangenen Freitag nicht die nötige Mehrheit im Bundestag gefunden. Die AfD hatte in ihrem Antrag (20/2363) die Bundesregierung unter anderem aufgefordert, die Rahmen- und Förderbedingungen für Leistungssportler und Trainer zu verbessern und die Förderbedingungen für Sportverbände zu vereinfachen. Die Unionsfraktion hatte in ihrem Antrag (20/2560) gefordert, einen „Bewegungsgipfel“ einzuberufen. Zur Begründung heißt es, der verbreitete Bewegungsmangel sei mittlerweile zu einem bedeutenden Risikofaktor für die Gesundheit geworden. Die Corona-Pandemie habe diese besorgniserregende Entwicklung verstärkt. **mis** ■

Linke will auf ein Wochenende fallende Feiertage nachholen

Die Fraktion Die Linke dringt darauf, auf ein Wochenende fallende gesetzliche Feiertage an Werktagen nachzuholen. In einem Antrag (20/3615) fordert sie die Bundesregierung auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen, mit dem im Arbeitszeitgesetz eine Kompensationsregelung für gesetzliche Feiertage festgeschrieben wird, die auf ein Wochenende fallen. Diese Regelung soll der Vorlage zufolge die Gewährung eines Ersatzruhetages am nächsten Werktag vorsehen, der auf den Feiertag folgt. Zugleich führt die Fraktion in der Begründung des Antrags aus, dass in vielen Ländern Feiertage, die auf die freien Tage eines Wochenendes fallen, an darauffolgenden Werktagen nachgeholt würden, so beispielsweise in Spanien, Großbritannien, Polen oder den USA. **sto** ■

Entlasten wollen sie alle. Dennoch stößt der Koalitionsentwurf für ein Inflationsausgleichsgesetz (20/3496), das die Bürger angesichts der hohen Geldentwertung entlasten soll, bei der Opposition teilweise auf heftige Kritik. Das Gesetz soll der sogenannten kalten Progression entgegenwirken, indem die Beträge steigen, ab denen jeweils ein höherer Steuersatz fällig wird. Wer mehr Lohn bekommt, soll nicht automatisch höher besteuert werden. Steigen sollen auch der Grundfreibetrag bei der Einkommensteuer sowie das Kindergeld, der Kinderfreibetrag und der Unterhaltshöchstbetrag. Ein weiterer Gesetzentwurf der Koalition (20/3530) sieht vor, die Umsatzsteuer auf Gas von derzeit 19 Prozent auf sieben Prozent zu senken, befristet bis 31. März 2024. Beide Gesetzentwürfe wurden nach der ersten Lesung vergangenen Donnerstag zur weiteren federführenden Beratung an den Finanzausschuss überwiesen.

Arbeiten unter Hochdruck Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) nannte die „galoppierenden Preise“ eine „Bedrohung für Wohlstand, soziale Sicherheit und die Stabilität unseres Landes“. Daher sei es „die erste Priorität der Bundesregierung, diese Inflation zu bekämpfen“. Lindner verwies auf bereits beschlossene Maßnahmen für Sozialleistungsempfänger, auf die anstehende Wohngeldreform sowie auf Entlastungen für Betriebe, an denen die Regierung „unter Hochdruck“ arbeite. Jetzt beim Inflationsausgleichsgesetz gehe es um die „Menschen in der Mitte der Gesellschaft“, die keinen Anspruch auf Sozialleistungen haben, aber ebenfalls unter der Inflation leiden.

Die Union kündigte ihre Zustimmung an. Johannes Steiniger (CDU) gratulierte Lindner und der FDP, dass sie dieses Gesetz durchgesetzt hätten, obwohl es nicht im Koalitionsvertrag stehe und SPD sowie Grüne „eigentlich“ die kalte Progression wollten. Mathias Middelberg (CDU) bemängelte allerdings, dass die Tarifanpassung erst im nächsten Jahr gelten soll und damit inflationsbedingte Mehreinnahmen in diesem Jahr beim Staat verblieben. An der geplanten Umsatzsteuersenkung auf Erdgas kritisierte Alois Rainer (CSU), dass kleine und mittlere Unternehmen „wieder vollständig vergessen“ worden seien. Da die Umsatzsteuer für sie ein durchlaufender Posten sei, profitierten sie nicht von der Senkung, würden aber von der geplanten Gasumlage voll belastet.

Frauke Heiligenstadt (SPD) verwies darauf, dass die jetzt eingebrachten Maßnahmen zusammen mit den schon beschlossenen sowie den geplanten wie Wohngeldreform und Bürgergeld „die umfangreichsten Entlastungen seit Bestehen der Bundesrepublik“ seien. Ihr Fraktionskollege Michael Schrödi kündigte zudem an: „Wir werden die Energiepreise senken.“ Angesichts der Kritik der Union verwies Schrödi darauf, dass der Kinderfreibetrag rückwirkend für das laufende Jahr erhöht werden solle und der Grundfreibetrag für 2022 bereits rückwirkend erhöht worden sei.

Mit der Feststellung, dass der Ausgleich der kalten Progression vor allem Reiche entlaste und deshalb falsch sei, überraschte Andreas Audresch (Grüne). Er sei aber Teil eines Pakets, und dieses sei ein gutes, „das wir jetzt gemeinsam tragen können“. Weiter sagte Audresch, für Unternehmen sowie soziale Infrastruktur wie Krankenhäuser, denen angesichts der Energiepreise Schaden drohe, müsse man jetzt viel Geld in die Hand nehmen. Wobei seine Fraktionskollegin Katharina Beck ergänzte: „Diese Krise ist so groß, wir können nicht alles abfedern.“ Für die FDP-Fraktion hob Markus Herbrand hervor, dass erstmals bei einer Inflationsanpassung der Steuerartikler der



Familien können bald mit einem Inflationsausgleich rechnen.

© picture-alliance/dpa-tmn / Christin Klöse

Viel Geld in der Hand

INFLATION Kindergeld und Grundfreibetrag sollen steigen, die Umsatzsteuer auf Gas sinken. Kritik an Plänen zum Abbau der kalten Progression

Eckwert für die „sogenannte Reichensteuer“ gleich bleibe. Dies sei eine „Gerechtigkeitskomponente“. „Eine glatte Lüge“ nannte Kay Gottschalk (AfD) schon den Titel des Gesetzentwurfs: „Er wird nicht im Entferntesten die Inflation ausgleichen.“ Seit Januar 2022 galoppierte die Inflation, ein Ausgleich sei aber erst für 2023 vorgesehen. Sein Fraktionskollege Klaus Stöber warf der Koalition vor, nicht die Ursachen, sondern die Symptome der Krise zu bekämpfen. Ursachen seien „Ihre desolante Energiepolitik“ sowie „die vollkommen gescheiterte Sanktionspolitik gegen Russland“. Christian Görke (Linke) kritisierte, dass die Steuersenkung auf Gas die Belastung durch die Gasumlage nicht ausgleiche. Vor allem aber laufe sie an den Firmen vorbei, während die Gasumlage über die Preise bei den Verbrauchern lande und „neue Preishocks“ auslöse. Was die Regierung hier mache, sei „völlig irre und bizarr“. Mit dem Inflationsausgleichsgesetz soll der steuerliche Grundfreibetrag von derzeit

10.347 Euro auf 10.632 Euro im kommenden Jahr und 10.932 Euro 2024 steigen. Das Kindergeld soll für das erste, zweite und dritte Kind auf einheitlich 237 Euro pro Monat anwachsen, das sind für das erste und zweite Kind 18 Euro und für das dritte Kind zwölf Euro mehr. Diese Erhöhung in einem Schritt soll für die Jahre 2023 und 2024 gelten. Rückwirkend zum 1. Januar 2022 soll der Kinderfreibetrag um 160 Euro auf dann 8.548 Euro steigen und der Unterhaltshöchstbetrag von 9.984 Euro auf 10.347 Euro. Im Jahr 2023 soll der Kinderfreibetrag (inklusive Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf) um 140 auf 8.688 Euro angehoben werden und 2024 um 228 Euro auf 8.916 Euro. Die steuerlichen Mindereinnahmen durch diese Maßnahmen werden im nächsten Jahr auf 12,21 Milliarden veranschlagt und im Jahr 2024 auf 17,95 Milliarden. Die Mindereinnahmen durch die Umsatzsteuersenkung auf Gas werden bis zum Jahre 2024 auf insgesamt 11,265 Milliarden Euro veranschlagt. Peter Stütze

STICHWORT

Preissteigerung auf Rekordniveau

> Verbraucherpreise Im August 2022 blieb der Anstieg der Verbraucherpreise mit plus 7,9 Prozent auf Rekordniveau. Ein hoher Zuwachs der Erzeugerpreise lässt befürchten, dass die Inflationsrate bald zweistellig wird.

> Vermögenspreise Immobilien wurden schon seit 2014 jährlich um sechs Prozent teurer. Bezieher mittlerer Einkommen können sich inzwischen kein Wohneigentum mehr leisten. Gewinner sind Besitzer von Immobilien, die in acht Jahren um 74 Prozent reicher wurden.

> Betriebsvermögen Seit 2014 hat sich Betriebsvermögen um 55 Prozent verteuert. Aktien wurden im Durchschnitt um 32 Prozent teurer.

140 Milliarden in der Steuertrommel

ÜBERGEWINNE Einschnitte für Energiekonzerne geplant

Mit Energielieferungen lässt sich viel Geld verdienen, sehr viel Geld sogar. Das ruft die Politik auf den Plan. Auf allen Ebenen wird darüber nachgedacht, wie von sogenannten Übergewinnen etwas für die Staatskasse abgezweigt werden kann. Am eifrigsten rührt EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen die Steuertrommel: 140 Milliarden Euro Mehreinnahmen seien möglich, so die Kommissionspräsidentin. Auch in Berlin läuft die Debatte. Eine von der Fraktion Die Linke vorgeschlagene Übergewinnsteuer nach italienischem Vorbild stieß aber bei den anderen Fraktionen auf Ablehnung. In der Debatte des Bundestages am Donnerstag über einen entsprechenden Antrag der Fraktion Die Linke sprach Markus Herbrand (FDP) von einer „Schnapsidee“. Es gebe keine objektiv anwendbaren Abgrenzungskriterien, welche Unternehmen überhaupt in Frage kämen und welche Teile des Gewinns der Unternehmen über Übergewinne versteuert werden sollen. „Diese Schwierigkeiten alleine führen schon dazu, dass die Übergewinnsteuer rechtlich kaum durchsetzbar ausgestaltet werden kann, denn nicht zu Unrecht stößt eine solche Willkürmaßnahme auf massive verfassungsrechtliche Bedenken.“ In Italien scheiterte eine auf Umsätze basierende Übergewinnsteuer gerade „krachend“.

Markt funktioniert nicht Allerdings räumte Herbrand ein, dass es keinen funktionierenden Markt im Energiebereich gebe. Daher müsse es Maßnahmen zur Begrenzung von Gewinnen geben, die ohne eigens unternehmerisches Handeln derzeit geradezu explodierten. Den Menschen müsse ein Signal gegeben werden, dass sie mit ihren Sorgen wegen der hohen Preise nicht allein gelassen würden. Daher solle es eine Strompreisbremse geben, die nicht über das Steuerrecht, sondern über einen Eingriff in das Strommarktdesign geregelt werde. Mit festgelegten Erlösobergrenzen sollten Gewinne definiert werden, die keine operative Ursache hätten. Die Mehrerlöse sollten zu Energiepreissenkungen für den Mittelstand genutzt werden.

Das Problem liege nicht im Steuerrecht, sondern in der Findung der Strompreise. Die Strompreise müssten „ehrlich und fair“ ermittelt werden: „Dann hätten wir das Problem gar nicht, dass die Linken hier adressieren“, sagte Fritz Güntzler (CDU). Höhere Gewinne würden doch bereits heute besteuert. Und die Befürworter der Steuer sollten sich die Frage stellen, ob man bei ausländischen Konzernen überhaupt an diese Gewinne herankommen könne. Außerdem habe zum Beispiel in Großbritannien die „Übergewinnsteuer“ dazu geführt, dass die Konzerne ihre Investitionen in erneuerbare Energien zurückfahren wollten. Daher sei diese Steuer das falsche Instrument.

Parsa Marvi (SPD) sagte, Unternehmen in einer sozialen Marktwirtschaft sollten mit Leistung, Anstrengung, Pioniergeist und Innovation Gewinne machen – wie zum Beispiel Biontech. „Was wir aber in dieser Lage gar nicht gebrauchen können, sind Energiekonzerne, die nicht wegen außerordentlicher Innovation und Leistung, sondern aus dem Zufall dieser Krise heraus die Taschen vollmachen auf Kosten der Allgemeinheit.“ Was hier zu erleben sei, lasse Anstand vermissen, sei unsolidarisch und breche mit den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft. Daher habe die Ampelkoalition eine gemeinsame Linie gefunden, Zufallsgewinne über die Strompreisbremse abzuschöpfen. Albrecht Glaser (AfD), nannte das Abschöpfen von Gewinnen das „Streckenpferd der Linken“. Es gebe inzwischen eine Staatsquote von über 50 Prozent. Man könne den Privatsektor so schmal machen, dass er den Staatssektor nicht mehr ernähren könne. In sozialistischen Systemen sei das Standard. Die Folgen seien bekannt. Dass die Energiepreise explodiert seien, liege an einer verkehrten Energiepolitik. Glaser warb für die Atomkraft zur Energiesicherheit und für niedrigere Strompreise: „Diese Regierung wird nicht umhin kommen, den grünen Elefanten durch das Nadelöhr der Kernkraft zu schieben, wenn sie dieses Land nicht vollends in den Ruin treiben will.“ Katharina Beck (Grüne) erklärte, Gewinne gehörten zur Marktwirtschaft, denn sie seien ein Motor für Ideengenerierung, Experimentierfreude und Innovation für die Zukunftssicherung des Landes. Wichtig sei jedoch, dass diese Gewinne auf funktionierenden Märkten erzielt würden. Was passiere, wenn Märkte dysfunktional seien, habe man schmerzlich an den Energiemärkten sehen können. Zu Lösung der Zufallsgewinnproblematik im Strommarkt sei die Strompreisbremse der richtige Schritt. Angesichts der hohen Gewinne der Mineralölkonzerne müsse das Kartellrecht verschärft werden. Man habe es mit einem Oligopol und mangelndem Wettbewerb zu tun. Christian Görke (Linke) sah einen Sinneswandel in der Koalition im dritten Entlastungspaket, in dem eine „Fake-Übergewinnsteuer“ amoderniert werde. Für den Sinneswandel habe offenbar die EU-Kommission mit dem Vorschlag der Solidarabgabe zur Abschöpfung von Übergewinnen gesorgt. Die Linksfraktion begrüßte die EU-Pläne ausdrücklich. Der Bundestag stimmt in namentlicher Abstimmung mit 621 Stimmen gegen 38 Stimmen bei einer Enthaltung einer Beschlussempfehlung des Finanzausschusses (20/2450) zu, in der von den Fraktionen von SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und AfD eine Ablehnung des Antrags Fraktion Die Linke (20/1848), empfohlen wird. Mit dem Vorschlag sollte der Teil der Unternehmensgewinne von Energiekonzernen im Geschäftsjahr 2022, der die Gewinne des Vorjahres um mehr als zehn Millionen Euro übersteigt, zusätzlich einer Übergewinnsteuer von 25 Prozent unterworfen werden. hle

»Strompreise müssen ehrlich und fair« ermittelt werden.«

Fritz Güntzler (CDU)

»Konzerne stopfen sich aus dem Zufall der Krise die Taschen voll.«

Parsa Marvi (SPD)

»Plumpe Forderungen«

AKTUELLE STUNDE Debatte über umstrittene Gasumlage

„Sind wir denn hier im Fußballstadion, ist das eine Demo?“, rief Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) ins Plenum. In seiner Rede während der aktuellen Stunde am Mittwoch wurde hörbar, wie sehr Habeck unter Druck steht. Er warf der Unionsfraktion vor, eine „Muss-weg-Opposition“ zu sein. Statt konstruktive Vorschläge zu machen, wie man Unternehmen anstelle einer Gasumlage helfen könne, stelle sich die Union mit „plumpen Forderungen“ ins Plenum. „Was kommt denn stattdessen? Was ist denn die Antwort darauf?“, fragte Habeck gereizt.

Die Debatte war während der vorherigen Fragestunde (20/3428) von dem Unionsabgeordneten Hendrik Hoppenstedt gefordert worden. Für die CDU/CSU-Fraktion befand Andreas Jung, dass die Entscheidung des Bundes, den Gasimporteur Uniper zu verstaatlichen, die Grundlage für die Gasumlage verändere. Seine Fraktion werde die Aufhebung der Umlage mit namentlicher Abstimmung beantragen.

Von der SPD bekam Minister Habeck Unterstützung: „Diese Bundesregierung ist in einem Krisenmanagement, bei dem alle Ministerinnen und Minister verdienen, unterstützt zu werden“, sagte der Sozialdemokrat Bernd Westphal. Den Unternehmen

würde bereits geholfen, es könnten Leistungen beantragt werden und die Hilfen sollten erweitert werden.

Der AfD-Abgeordnete Rainer Kraft befand, die Gasumlage könne so, „wie sie vom Ministerium geplant ist, nicht kommen“. Er kritisierte, dass zudem nicht klar sei, wie die Versorgung der Raffinerie in Schwedt ab Januar 2023 sichergestellt werden solle. Aus Sicht des Abgeordneten Dieter Janneck (Grüne) habe die Union „den Heiligen Gral der Schuldenbremse heute endgültig geopfert“. Die Partei dürfe jedoch nicht aus der Verantwortung genommen werden. Schließlich habe sie die große Abhängigkeit von russischem Gas erzeugt.

Mehr Tempo forderte Alexander Ulrich (Die Linke) von Habeck. Deutschland brauche keinen Minister, der auf einen milden Winter hoffe, „sondern einen Minister, der macht“. Man brauche ganz dringende schnelle und unbürokratische Unternehmenshilfen.

Lukas Köhler (FDP) betonte, wie richtig die Uniper-Entscheidung gewesen sei und wüschte sich ebenfalls mehr konstruktive Zusammenarbeit bei der Suche nach Lösungen gegen die hohen Preise. „Wir diskutieren an der genau richtigen Stelle, wie wir die Gasumlage besser machen können.“ emu

Drei Kraftwerke, zwei Vorschläge, ein Streit

ATOMENERGIE Union und AfD fordern den Weiterbetrieb von Reaktoren. Ampel beharrt auf Ausstiegsbeschluss

Länger, kürzer, weg: Der seit Monaten schwelende Streit über die Laufzeiten der drei verbliebenen deutschen Atomkraftwerke Emsland, Isar 2 und Neckarwestheim 2 spitzt sich zu, das zeigen auch zwei Debatten im Bundestag über Gesetzentwürfe von Union (20/3488) und AfD (20/2592) zur Änderung des Atomgesetzes in der vergangenen Woche.

Nach der AfD, deren Vorschlag für einen Weiterbetrieb der Reaktoren im Plenum keine Mehrheit fand, dringt auch die Union mit zunehmender Vehemenz darauf, die Kraftwerke angesichts explodierender Strom- und Gaspreise nicht wie beschlossenen zum Jahresende vom Netz zu nehmen. Ihr Entwurf sieht vor, sie mindestens bis Ende 2024 weiterlaufen zu lassen.

Doch Wirtschaftsminister Robert Habeck und die für nukleare Sicherheit zuständige Ministerin Steffi Lemke (beide Grüne) wollen allenfalls zwei der drei Kraftwerke als Reserve im Streckbetrieb für den Fall von Netzengpässen im Winter vorhalten.

„Blackouts verhindern“ Ein Vorhaben, dessen Machbarkeit zuletzt aber nicht nur die Opposition anzweifelte, sondern auch die AKW-Betreiber. In der Plenardebatte über den Unions-Entwurf warf Steffen Bilger (CDU) der Ampel vor, nicht „das Not-

wendige“ zu tun, um Blackouts zu verhindern. Es sei absurd, mitten in der Energiekrise Kraftwerke abzuschalten. Diese sollten so lange laufen, wie es „schlicht notwendig ist“, forderte er, mindestens bis 2024. Das sei aber kein „Ausstieg aus dem Ausstieg“, beiläufig zu versichern.

„Hintertürchen“ Dies bezweifelte jedoch Jakob Blankenburg (SPD): Die Union spreche zwar nur von einem befristeten Weiterlaufen der Meiler, halte sich aber ein „Hintertürchen“ für einen deutlich längeren Betrieb offen. Fragen der Sicherheit würden dabei offenbar bewusst ausgeblendet: Die turnusmäßige Sicherheitsüberprüfung der Kraftwerke sei 2019 aufgrund der Ende 2022 bevorstehenden Abschaltung unterblieben. Der Gesetzentwurf sehe aber erst eine Sicherheitsüberprüfung bis Ende 2023 vor. Ein Irrtum, wie das gerade bekannt gewordene Ventilleck im Reaktor Isar 2 zeige, so der SPD-Politiker.

Inhaltliche Unterstützung für die Union kam von Karsten Hille (AfD): Doch die Einsicht, dass der Atomausstieg ein Fehler gewesen sei, komme spät, monierte er. Für die aktuelle Misere machte er die Union mitverantwortlich: Ohne den von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) 2011 vorangetriebenen Ausstiegsbeschluss wäre

Deutschland „Weltspitze in der Kernkraft“, hielt Hille der CDU/CSU vor, und nicht das Land mit der „dümmsten Energiepolitik der Welt“. Die Atomkraft sei „unflexibel, riskant und teuer“, kontierte Julia Verlinden (Grüne). „Je länger die Atomkraftwerke laufen, umso länger ste-



Für den Reservebetrieb vorgesehen: das Atomkraftwerk Isar 2 bei Landshut.

hen sie der Energiewende im Weg.“ Mit einer „aufgeklärten“ Atomdebatte wolle die Union bloß von eigenen Versäumnissen beim Ausbau der Erneuerbaren ablenken.

Als „naiv und falsch“ kritisierte auch Ralph Lenkert (Linke) das Festhalten an der Atomkraft trotz bekannter Gefahren. Für ein größeres Stromangebot brauche es sie nicht, so der Abgeordnete und plädierte stattdessen für die Aufhebung der Preisdoppel für Solar- und Bioenergie.

Skepsis hinsichtlich der Reserve-Pläne ihrer Koalitionspartner ließ jedoch für die FDP Judith Skudely durchblicken: Ziel sei eine „sichere, saubere und preiswerte Energieversorgung“. Hierbei könne die Atomkraft Übergangsweise einen Beitrag leisten. Und: Wenn man Geld in die Hand nehme, um Reparaturen und Sicherheitsüberprüfungen vorzunehmen – warum nutze man die Kraftwerke nicht für die Produktion Strom, gab sie zu bedenken.

Solchen Überlegungen erteilte jedoch Umweltministerin Steffi Lemke eine klare Absage: Der „in breitem Konsens“ beschlossene Ausstieg komme. Die Sicherheitslage von Atomkraftwerken habe sich durch den Ukrainekrieg radikal verändert – ob zwei AKWs als Reserve im Winter benötigt würden, werde geprüft. Sandra Schmid

KURZ NOTIERT

Kohlendioxidkosten sollen künftig aufgeteilt werden

Der Bundestag hat am vergangenen Freitag erstmals über einen Gesetzentwurf (20/3172) der Bundesregierung zur Aufteilung der Kohlendioxidkosten beraten. Danach ist geplant, die Kosten künftig abgestuft entsprechend des Kohlendioxidausstoßes des Gebäudes pro Quadratmeter Wohnfläche und damit anhand der energetischen Qualität des Gebäudes auf Mieter und Vermieter zu verteilen. So soll auf Vermieterseite ein Anreiz zu Investitionen in klimaschonende Heizsysteme und energetische Sanierungen gesetzt werden, auf Seite der Mieterinnen und Mieter ein Anreiz zu energieeffizientem Verhalten. Bisher werden die Kohlendioxidkosten von insgesamt rund einer Milliarde Euro vollständig von den Mietern getragen. *joh*

Höhere Einnahmen aus der Lkw-Maut ab 2023

Die Bundesregierung will ab 2023 die Mautgebühren für den Lkw-Verkehr erhöhen. Dies sieht der Gesetzentwurf zur Änderung des Bundesfernstraßenmautgesetzes (20/3171) vor, über das der Bundestag am vergangenen Donnerstag in erster Lesung beriet. Für die Jahre 2023 bis 2027 rechnet die Regierung so mit durchschnittlichen Einnahmen von 8,3 Milliarden Euro pro Jahr gegenüber 7,64 Milliarden Euro im Jahr 2021. Mit der Novelle sollen die Mautgebühren an die geänderte EU-Richtlinie zur Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Verkehrswege angepasst werden, die größere Spielräume bei der Berechnung der Kosten für Luftverschmutzung und Lärmbelastung vorsieht. So soll eine CO₂-Differenzierung bei der Lkw-Maut vorgenommen, der gewerbliche Güterkraftverkehr ab 3,5 Tonnen einbezogen und ein CO₂-Zuschlag eingeführt werden. *aw*

Begleitgremium zum Sondervermögen Bundeswehr

Der Bundestag hat vergangene Woche die Einsetzung des parlamentarischen Gremiums zur Begleitung des Sondervermögens Bundeswehr eingesetzt. Dem Gremium sollen 13 Mitglieder des Haushaltsausschusses angehören. Bei der Wahl verpassten die beiden Kandidaten von AfD und Die Linke die notwendige Mehrheit. Das Gremium soll vom Verteidigungsministerium über alle Belange des Sondervermögens informiert werden. *scr*

Brauereien und Gastronomie werden gestärkt

Der Bundestag hat Maßnahmen zur Stärkung der Gastronomie und der Brauwirtschaft beschlossen. So wird der eigentlich bis Jahresende befristete ermäßigte Umsatzsteuersatz auf Restaurant- und Verpflegungsdienstleistungen (mit Ausnahme der Abgabe von Getränken) bis Ende 2023 verlängert. Für den Gesetzentwurf stimmten die Koalitionsfraktionen SPD, Grüne und FDP. Die CDU/CSU-Fraktion lehnte ab - unter anderem wegen anderer steuerlicher Regelungen in dem Entwurf. Auch AfD und Linksfraktion enthielten sich. Die ermäßigten Sätze der Biersteuererhöhung, die ebenfalls nur bis Jahresende hätten gelten sollen, werden unbefristet weitergelten. Bierwürze wird von der Biersteuer befreit. Ziel der Maßnahmen ist es, die „einzigartigen Biervielfalt und Braukunst“ zu stärken. *hle*



Schlechter Netzeempfang soll der Vergangenheit angehören: Künftig sollen unter anderem Digitalmanager in den Landkreisen eingesetzt werden, um vor Ort 5G-Projekte anzustoßen und umzusetzen. © picture-alliance/SZ Photo/Alessandra Schellnegger

Aufbruch ungewiss

DIGITALISIERUNG Deutschland soll digitaler werden – der Opposition fehlen Visionen und Tempo

Den Personalausweis oder Führerschein bequem auf dem Smartphone vom heimischen Sofa aus beantragen – das ist Teil der Vision von Digitalminister Volker Wissing (FDP) für den „umfassenden digitalen Aufbruch“, den Deutschland brauche – und den er sich von dem von seinem Ministerium vorgelegten Strategien erhofft. Am Ende der Legislatur im Jahr 2025 wolle man sich an den in der Digitalstrategie (20/3329) und der Gigabitstrategie (20/2775, siehe Text unten) formulierten Zielen messen lassen, kündigte der Minister zur ersten Beratung der beiden Strategien vergangene Woche im Bundestag an. Ebenfalls diskutiert wurde ein Antrag der Unionsfraktion (20/3493), in dem diese fordert, „das Zuständigkeitschaos in der Digitalpolitik der Bundesregierung“ zu beenden und klare Verantwortlichkeiten zu schaffen.

Dem digitalen Hinterherhinken Deutschlands will Wissing mit drei Hebelprojekten begegnen: Der erste Hebel liege in den digitalen Identitäten, um datenbasierte Leistungen und Dienste im Netz nutzen zu können, etwa bei Online-Behördengängen, aber auch beim Online-Shopping: „Den

Personalausweis beantragen, einen neuen Wohnort mitteilen oder ein neues Unternehmen anmelden“, dies müsse künftig in wenigen Minuten von zu Hause aus erledigt werden können, sagte der Minister. Der zweite Hebel betreffe internationale Standards, die Interoperabilität ermöglichen, kündigte Wissing an. Es sei entscheidend, dass Projekte „technisch offen und rechtlich sicher“ gestaltet würden.

Den dritten Hebel sehe er im Gigabit-Ausbau und einer besseren Verfügbarkeit von Daten als „Schlüssel für digitale Innovation“, betonte Wissing. Bis 2026 solle eine flächendeckende gute Versorgung im mobilen Datennetz erreicht sein. Weiter beschleunigt werden müssten die Genehmigungsverfahren mit den Ländern. Auch ein digitaler Antrag solle ermöglicht werden, sagte Wissing. Unterstützung bekam er von Maximilian Funke-Kaiser (FDP): „Wir machen jetzt Tempo“, sagte der Liberale. Die Digitalstrategie sei kein reines Sammelsurium an Einzelvorhaben, sondern setze mit den drei Hebelprojekten an den Grundlagen an.

Ambitionslos Teils moderate, teils deutliche Kritik kam von der Opposition. Die CDU-Abgeordnete Nadine Schön sagte, der Strategie fehle es an Visionen: „Digitalpoli-

tik ist mehr als Gigabit-Ausbau“, sagte Schön. „Die Ziele sind so ambitionlos, dass man sie sofort erreichen kann“, monierte sie mit Blick darauf, dass bis 2025 50 Prozent der Haushalte in Deutschland an Glasfaser angeschlossen sein sollen. Vieles wolle die Ampel abstrakt verbessern, aber konkrete Aussagen und greifbare Ziele fehlten. „Wie viel mehr Fachkräfte, wie viel mehr Frauen in Digitalberufen sollen es werden?“, fragte Schön. Die Union erwarte, dass in allen Punkten mehr Tempo gewonnen werde und die finanzielle Unterfütterung für die Projekte gesichert werde.

Scharfe Kritik kam von Anke Domscheit-Berg (Linke): Sie habe Zweifel, dass die vielen schwammigen Ziele auch umgesetzt würden. Die fehlende Beteiligung der Zivilgesellschaft zeige zudem, welchen Interessen die Strategien dienten: „Auf die Digitalstrategie nahmen 18 Mal Lobbyisten der Wirtschaft Einfluss. Dagegen gab es kein einziges Gespräch mit der digitalen Zivilgesellschaft“, kritisierte sie. Sie lud den Minister in die Ost-Prignitz ein, in der „Funklöcher im Wettbewerb miteinander“ stünden und nicht die Diensteanbieter. Mit der Gigabit-Strategie mache sich die Bundesregierung zudem zum „Vertriebsmitarbeiter großer Telekommunikati-

onskonzerne“, sagte sie mit Blick auf die geplanten Digitalmanager, die in den Landkreisen 5G-Vorhaben anstoßen sollen. Positiv sei, dass sich die Koalition am Ende der Legislatur messen lassen wolle. Es gebe allerdings weiter ein Gerangel an Zuständigkeiten und ein echtes Digitalministerium fehle, sagte auch Barbara Lenk (AfD). „Die Antwort darauf, was Digitalisierung genau ist, erhält man beim Lesen nicht.

Man hat schön klingende Schlagworte, aber dieses Potpourri an Elementen macht noch keine echte Digitalstrategie“, sagte sie. Bezogen auf den Digitalrat forderte Lenk, das Gremium aufzulösen, um das „Kompetenzzwirwar“ zu lichten.

Digitalbudget nötig Unterstützung für Wissing kam aus der Ampel-Koalition.

Detlef Müller (SPD) sagte, das Parlament habe zwar einige Zeit darauf warten müssen, aber nun läge eine „digitalpolitische Prioritätenliste für diese Legislatur“ vor. Es werde damit sichergestellt, dass der neueste Mobilfunkstandard überall, ob Stadt oder Land, bis 2030 verfügbar sein werde. Er betonte, mehr Daten müssten für die Entwicklung neuer, effizienter Mobilitätslösungen zur Verfügung stehen. „Wenn wir es mit der Priorisierung der Maßnahmen ernst meinen, braucht es das verein-

barte Digitalbudget“, sagte er und forderte, dies „gemeinsam und schnell“ auf den Weg zu bringen.

Die verschiedenen Digitalvorhaben müssen erstmal aus den Budgets der Ressorts gestemmt werden. Für das im Koalitionsvertrag vorgesehene „Digitalbudget“ werde ein Konzept von Wirtschafts-, Finanz- und Digitalministerium sowie vom Kanzleramt erarbeitet, heißt es in der Strategie. Dass dies kommen müsse, betonte auch Maik Aufendorf (Grüne). Mit den beiden Strategien sei man „einen großen Schritt“ vorangekommen – auch mit Blick auf die Themen Nachhaltigkeit und Klimaneutralität in der Digitalisierung. Grundlage für die Konzepte seien leistungsfähige Netze: „Was wir brauchen, ist schnelles Internet in jedem Haus und an jeder Milchkanne“, sagte der Grünen-Digitalpolitiker. Dazu gehörten auch Rufbusse, die per App gerufen werden könnten, oder automatisierte Bewässerungssysteme in der Landwirtschaft.

Strategie In der Digitalstrategie werden Projekte in den Bereichen moderne, leistungsfähige und nachhaltige Netze und Verfügbarkeit von Daten, internationale einheitliche technische Normen und Standards sowie sichere und nutzerfreundliche Identitäten und moderne Register priorisiert. Eine besondere Priorität hätten auch die Themen Cybersicherheit, Desinformation und Plattformregulierung. Leitmotiv sei die technologische und digitale Souveränität Deutschlands. *Lisa Brübler*

Schneller, einfacher, transparenter

BREITBANDAUSBAU Moderate Kritik an Gigabitstrategie in Sachverständigenanhörung

In der Gigabitstrategie der Bundesregierung überwiegen die Potenziale die Risiken – allerdings muss die Umsetzung vorangebracht werden. Darin waren sich vergangene Woche die Sachverständigen in einer Anhörung im Digitalausschuss einig. Zwischenziel der Strategie der Bundesregierung (20/2775) ist, dass bis 2025 50 Prozent der Haushalte und Unternehmen über einen Glasfaseranschluss für schnelles Internet verfügen sollen. Ziel sei die flächendeckende Versorgung mit Glasfaserschlüsseln bis ins Haus und dem neuesten Mobilfunkstandard bis 2030. Für den Ausbau der Infrastruktur setze die Regierung auf verstärkte Anreize für den eigenwirtschaftlichen Ausbau und bessere Förderbedingungen, heißt es in der Strategie.

Beschleunigter Ausbau Die Zielstellung bis Ende 2025 die Hälfte der Haushalte mit einem Gigabitanschluss versorgt zu haben, sei mit Blick auf die jetzigen Ausbauraten im Markt „nicht besonders ehrgeizig“, sagte Torsten Gerpott von der Universität Duisburg-Essen. 100 Prozent der Haushalte bis 2030 anschließen zu wollen, sei jedoch ehrgeizig, da immer kleine Restkomponenten bleiben würden, die nicht über normale Absätze mit erschlossen werden könnten. Die echte Herausforderung

bei den Ausbauzielen seien nicht die ersten 50 Prozent, sondern die letzten, wenn der Ausbau in die schwierigen ländlichen Gebiete gebracht werden müsse, betonte auch Jürgen Grütznier vom Verband für Telekommunikation und Mehrwertdienste. Wichtig sei ein Konzept zur Verzahnung von eigenwirtschaftlichem und gefördertem Ausbau. In Niedersachsen habe es die erste Feststellung einer Unterversorgung gegeben, sagte Klaus Ritgen (Deutscher Landkreistag). Es brauche eine entschlossene Förderung und Mittel im ausreichenden Umfang – dazu habe man konkretere Aussagen erwartet. Man begrüße die Verankerung des Gigabitforums in der Strategie, sagte Bundesnetzagentur-Präsident Klaus Müller. Dadurch werde die Verständigung über gemeinsame Prinzipien, Positionen und Standards bei Fragen des Ausbaus und der Migration von Kupfer- auf Glasfasernetze gestärkt. Mit dem Gigabit-Grundbuch werde zudem die Transparenz gesteigert und die Datenbasis vereinheitlicht und erweitert, sodass Unterversorgungen festgestellt werden könnten. Das Papier gehe zu wenig auf den „Faktor Mensch“ ein, kritisierte Dominik Bay (rrbone GmbH). Förderungen und Bauverfahren sollten vereinfacht und schnellstmöglich angepasst werden. Auch müsse die Ausbildung von Fachkräften et-

wa im Bereich Antragsbearbeitung priorisiert werden. Es brauche Nachwuchs in der Branche, denn Fachkräfte seien nicht nur für den Bau, sondern auch für die Instandsetzung und Unterhaltung nötig. Thomas Abel (Verband kommunaler Unternehmen) sah in der Strategie einen „strukturierten Fahrplan für den flächendeckenden Glasfaserausbau“. Der eigenwirtschaftliche Ausbau könne häufig schneller und flexibler auf die Rahmenbedingungen vor Ort eingehen, gleichwohl sei die staatliche Förderung, etwa im ländlichen Raum, unentbehrlich, sagte Abel. Die im Herbst erwarteten Ergebnisse der Potenzialanalyse könnten als Kompass dienen, um Fördermittel strukturiert zu verteilen. Rechtswissenschaftler Thomas Fetzer von der Universität Mannheim plädierte dafür, eine bessere Datenbasis aufzubauen indem entweder vorhandene Akteure wie die Bundesnetzagentur gestärkt würden oder eine Digitalagentur etabliert werde. Dass der Ausbau der digitalen Netze ein gemeinsames Vorgehen aller Akteure erfordere betonte Fedor Ruhose aus dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitales Rheinland-Pfalz. Die Länder werden ihren Beitrag zur Stärkung der digitalen Infrastruktur liefern, versicherte er. *lbr*

Umstrittene Pflanzenschutzmittel

LANDWIRTSCHAFT Fraktionen wollen weiter über EU-Pläne diskutieren

Die seit Monaten anhaltende, europaweite Kritik an der von der EU angedachten pauschalen Einschränkung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln in der Landwirtschaft erreichte am vergangenen Donnerstag auch den Bundestag. Die Abgeordneten berieten über zwei Anträge. Die CDU/CSU-Fraktion (20/3487) und die AfD-Fraktion (20/3539) fordern darin jeweils die Änderung einer EU-Verordnung. Die Brüsseler Pläne sehen unter anderem ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln in so genannten „sensiblen Gebieten“ vor, in Deutschland sind laut Branchenverbänden mehr als 3,5 Millionen Hektar als solche Schutzgebiete ausgewiesen.

Weniger Produkte Für Artur Auernhammer (CDU/CSU) wirkt der EU-Vorschlag „wie aus der Zeit gefallen“. Weder würden die Auswirkungen des Ukraine-Krieges berücksichtigt, noch die Folgen für Landwirte in Deutschland. Sollten die Pläne von EU-Kommissar Frans Timmermans umgesetzt werden, würden alleine in Deutschland 700 Millionen Tonnen Weizen weniger produziert werden. Außerdem stünden bis zu 90 Prozent des Weinbaus an der Mosel und des Obstanbaus vor dem Aus, warnte Auernhammer. Frank Rinck (AfD) begründete den Antrag seiner Fraktion mit

ähnlichen Argumenten, ergänzte jedoch noch, dass „in kaum einem anderen Land der Welt so hohe Standards in der Landwirtschaft gelten wie hierzulande“. Deshalb sei es nicht hinzunehmen, dass mehr über internationale Handelsabkommen wie Ceta, TTIP und Mercosur debattiert werde, die Lage der deutschen Landwirtschaft aber nur „selten im Fokus steht“. Für seine Fraktion sei der Antrag der CDU/CSU eher dem Wahlkampf in Niedersachsen geschuldet, so Rinck.

Franziska Kersten (SPD) forderte mehr „Besonnenheit und Sachlichkeit“ in der Debatte um die Reduzierung von Pflanzenschutzmitteln. Ziel müsse sein, den Gebrauch von chemischen Pflanzenschutzmitteln auf „das Nötigste zu reduzieren“. Das EU-Ziel, die Anwendung dieser Mittel bis 2030 um 50 Prozent zu kürzen, sei ambitioniert und müsse deshalb weiter diskutiert werden. Jedoch würde der von der Bundesregierung geplante Umbau nicht „ohne Veränderungen vorstattgehen“, und das könne auch 15- bis 50-prozentige Ertragsverluste bei den Ernten bedeuten. Für ein komplettes Verbot chemischer Pflanzenschutzmittel tritt hingegen Karl Bär (Grüne) ein. Seiner Meinung nach hätten die Anträge der CDU/CSU-Fraktion und der AfD-Fraktion die Zeichen der Zeit

nicht erkannt. „Die größte Krise ist die Klimakrise und die Krise der Biodiversität, und das ignorieren Sie“, sagte Bär. Ziel müsse eine Landwirtschaft sein, die komplett ohne chemische Pestizide auskomme. „Wir müssen von den Ackergiften wegkommen“, sagte Karl Bär.

Scharfe Kritik Dafür erhielt er Widerspruch von Gero Hocker (FDP). Kein Landwirt würde mehr Pflanzenschutzmittel als nötig ausbringen, „schon aus betriebswirtschaftlichen Gründen“, sagte Hocker. Die Pläne der EU würden dazu führen, dass das Angebot an Lebensmitteln sinke, das würde noch höhere Preise zur Folge haben. Das sei bei den derzeitigen Preissteigerungen „schlicht fahrlässig und verantwortungslos“. Ina Latendorf (Linke) hingegen unterstützt die EU-Pläne. Die Agrarbranche brauche einen Strukturwandel, der umweltgerecht und sozialverträglich gestaltet werde. Die Ankündigungen von Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir (Grüne), die geplanten Regelungen an Deutschland anzupassen, seien zu begrüßen, und „darauf haben wir jetzt ein Auge“, so Latendorf. Beide Anträge wurden an den zuständigen Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft überwiesen. *Nina Jeglinski*



Gesperrte Kinderspielplätze waren nicht nur ein Symbol der Corona-Jahre, sondern verschärften zugleich die Auswirkungen der Pandemie.

© picture-alliance/Torsten Krueger

Verblüffende Parallelen

CORONA Christoph Butterwege beschreibt und analysiert die sozialen Folgen der Pandemie

Es wächst die Zahl der Publikationen, die das politische Handeln in der Corona-Krise bilanzieren. Nach über zwei Jahren Pandemie hat sich das Infektionsgeschehen zumindest vorübergehend beruhigt und die medizinische Infrastruktur ist trotz düsterer Prognosen nie an ihre Grenzen gestoßen. Fachleute streiten darüber, ob das an den staatlichen „Schutzmaßnahmen“ lag oder zeitweise einfach zu viel Panik geschürt wurde. Der Politikwissenschaftler Christoph Butterwege konzentriert sich in seiner Rückschau auf ökonomische und soziale Auswirkungen. Ungleichheit ist für ihn „das Kardinalproblem unserer Gesellschaft, aus dem Armut, Prekarität und privater Reichtum erwachsen“. Daher müsse dies „auch im Mittelpunkt der Diskussion über die Pandemiefolgen stehen“. Das Virus habe die deutsche Gesundheitspolitik vor die „härteste Bewährungsprobe seit Jahrzehnten“ gestellt. Nach Meinung des Autors verschärften sich die „Interessengegensätze zwischen einzelnen Bevölkerungsschichten“. Wie im Brennglas seien soziale Schief-lagen sichtbar, aber viel zu wenig sei dagegen unternommen worden. Butterwege steht der Linkspartei nahe, diese stellte ihn 2017 bei der Wahl des Bundespräsidenten als Gegenkandidat zu

Frank-Walter Steinmeier auf. Der emeritierte Kölner Professor ist ein streitbarer Geist, er hat zahlreiche Bücher zu sozialpolitischen Fragen veröffentlicht, vor allem zur Kinderarmut. Dabei neigt er dazu, etwas schablonenhaft jedes Thema auf eine vom „Neoliberalismus“ verursachte Spaltung der Gesellschaft zu reduzieren. In manchen Fällen mag das zutreffen, bei der Analyse der Pandemiebekämpfung aber greift es zu kurz. Die massive Einschränkung der Freiheitsrechte, von zahlreichen Juristen angeprangert und in der Politik exponiert von Bundestags-Vizepräsidenten Wolfgang Kubicki (FDP) kritisiert, ist nicht Butterweges zentrales Anliegen. Im Gegenteil klingt durch, dass er sich, wie viele Linksliberale und Linke, von den ständigen Appellen an das „Große Wir“, an die Mahnungen in einer Notsituation solidarisch zu handeln, „kapern“ ließ – so nennt das überspitzt seine politikwissenschaftliche Kollegin Ulrike Guérot. Die rigide Politik gegen die Ausbreitung des Virus ließ sich im bürgerlichen Eigenheim erheblich besser aushalten als in ei-

ner kleinen Wohnung ohne Balkon im Arbeiter- oder Arbeiterwohngebiet. Ausgangs- und Kontaktverbote, die Schließung von Schulen, das Absperren von Parks, Kinderspielplätzen oder Jugendtreffpunkten waren nicht nur ein Streitpunkt, weil sie zu mehr Ungleichheit führten. Sie sind auch aus staatsrechtlicher Perspektive mit guten Begründungen kritikwürdig. Neben sozialpolitischen Interventionen ist die Garantie bürgerlicher Grundrechte eine unabdingbare Voraussetzung für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Durch sie wird Chancengerechtigkeit erst ermöglicht. Das benennt den zentralen Widerspruch, das Kerndilemma des Buches: Eigentlich stimmt der Autor den behördlichen Verordnungen als notwendige Mittel der Seuchenprävention weitgehend zu, zugleich aber moniert er deren Folgen. An vielen Stellen benennt Butterwege wichtige Aspekte, die in der von Naturwissenschaft und Medizin geprägten Debatte lange zu kurz kamen. Es dauerte Monate, bis die verheerenden Folgen der Eindämmungspolitik öffentlich diskutiert wurden: Verstörte Kinder und Jugendliche, überfor-

derte Eltern; vereinsamte Heimbewohnerinnen ohne Besuch; ruinierte, durch verfehlte Hilfsprogramme im Stich gelassene Soloselbstständige und Kleinunternehmer; der Anstieg psychischer Erkrankungen bis hin zu mehr klinischen Depressionen und Suiziden; nicht zuletzt die gravierenden Einbrüche im Betreuungs- und Bildungssystem, die vor allem die ohnehin Benachteiligten trafen. **Kinder- und Jugendliche** Die Corona-Krise, konstatiert Butterwege, habe „bewusst gemacht, dass Schulen nicht bloß Institutionen der Wissensvermittlung, sondern wichtige Lebensräume, Begegnungsorte und Kontaktböden junger Menschen jenseits des Unterrichtsalltags sind“. Er fordert eine verstärkte Kinder- und Jugendpolitik, um „vulnerablen Gruppen wie Minderjährigen sowie deren Familien trotz klammer öffentlicher Kassen und massiver Verteilungskämpfe mehr unterstützende und ausgleichende Angebote zu machen“. Sonst habe die „in vielerlei Hinsicht zerrissene“ nachwachsende Generation „ebenso wenig eine rosige Zukunft wie die auseinanderdriftende Gesellschaft, in der sie lebt“. Besonders lesenswert ist das erste Kapitel des Buches. Hier gibt der Verfasser einen historischen Überblick über „Entstehung, Entwicklung und Erscheinungsformen von

Epidemien“. Er zeigt verblüffende Parallelen auf: Schon bei der Pest, der Cholera und der Tuberkulose waren Isolation und Quarantäne, Kontaktbeschränkungen oder gar repressiv überwachte Verbote ein wichtiges Gegenmittel. Wohlhabende Schichten hatten stets ein geringeres Risiko, sich zu infizieren – und bessere Möglichkeiten, staatlich dekretierte Beschränkungen auszuhalten oder diese zu umgehen, etwa durch den Rückzug in ein Haus auf dem Land. Und bereits im 19. Jahrhundert, nach der revolutionären Entwicklung der Pockenschutzimpfung 1796, formierten sich die Gegner einer Impfpflicht; schon damals raunten radikalisierte Kritiker von einer „systematischen Vergiftung des Volkkörpers“ oder witterten gar eine „jüdische Weltverschwörung“. **Thomas Gesterkamp**

Die Schablone eines spaltenden Neoliberalismus greift zu kurz bei der Analyse der Pandemie.

KURZ REZENSiert

Rainer Herr:
Der Liebe und dem Leid.
 Das Institut für Sexualwissenschaft 1919-1933
 Suhrkamp, Berlin 2022; 680 S., 36 €

Der Medizinhistoriker Rainer Herr erzählt die Geschichte einer „Institution, die wie kaum eine zweite den liberalen Geist der Weimarer Zeit repräsentiert“ (Klappentext). Den roten Faden seines Buches bildet die Biografie des homosexuellen Arztes Magnus Hirschfeld, der 1919 in Berlin das Institut für Sexualwissenschaft gründete. Anschaulich beschreibt Herr die Aufbruchstimmung jener Jahre. Eine umfangreiche Bibliothek, Forschungsprojekte, Beratungs- und Therapieangebote lockten Patienten und Besucher aus der ganzen Welt an. Menschen aller Schichten konnten sich über Empfängnisverhütung oder Geschlechtskrankheiten informieren. Das Institut bekam keine öffentlichen Zuschüsse, die Ressourcen stammten vorwiegend aus dem Privatvermögen des Gründers. Hirschfeld startete politische Kampagnen gegen den Paragraphen 175, der intime Kontakte unter Männern unter Strafe stellte. Er versuchte wissenschaftlich zu belegen, dass Homosexualität angeboren sei. Herrs Buch dokumentiert dazu irritierende Details: So gab es im Institut Versuche, Hilfesuchende zu kastrieren oder ihre Orientierung durch Operationen zu verändern. Das erinnert an menschenverachtende Experimente der Nazizeit – und ist nur im zeitgenössischen Umfeld nachvollziehbar. Unterstützt wurde Hirschfeld vor allem von Sozialdemokraten, seine Gegner standen im rechtsnationalen Lager oder waren Mitglieder der katholischen Zentrumspartei. Er galt als „jüdischer“ Propagandist und wurde zum Feindbild der Nationalsozialisten. Nach deren Machtübernahme flohen viele Mitarbeiter ins Ausland, wurden verfolgt oder in Konzentrationslagern ermordet. Hirschfeld selbst starb 1935 im französischen Exil. Rainer Herrs Buch macht deutlich, wie wegweisend die deutsche Sexualwissenschaft der 1920er Jahre war. Sie hatte nachhaltigen Einfluss auf internationale Fachkreise, an ihr orientierte sich später zum Beispiel der Sexualforscher Alfred Kinsey. **Thomas Gesterkamp**

Steffen Mau:
Sortiermaschinen. Die Neuerfindung der Grenze im 21. Jahrhundert.
 C.H. Beck, München 2021; 189 S., 14,95 €

Nach dem Fall der Mauer brach das vereinigte Deutschland in die Globalisierung auf: das Ende des Ost-West-Konfliktes und des Kalten Krieges führten Ende des 20. Jahrhunderts zu einer ungeheuren Beschleunigung der weltweiten Vernetzung. Mit dem „Sieg“ der liberalen Demokratien über das sowjetische Imperium schien nicht nur „das Ende der Geschichte“ erreicht zu sein, auch Grenzen wurden zu einem „Relikt vergangener Zeiten“ erklärt. Die „Globalisierung galt dabei als mächtige Antriebskraft mit grenzüberschreitendem, manchmal gar grenzbrechendem Charakter, der man sich kaum entgegenstellen könne“, schreibt Steffen Mau, Soziologe an der Humboldt Universität zu Berlin. Bekannt wurde er mit seiner Publikation „Lütten Klein“ über das Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft. In seinem neuen herausragenden Buch betont der Soziologe, es sei „irreführend“, die Globalisierung in ihrem Kern als Entgrenzung zu interpretieren. Nur für die kleine Gruppe der Privilegierten bedeute Globalisierung Öffnung der Grenzen. „Die tagtägliche Grenzerfahrung eines großen – des größeren! – Teils der Weltbevölkerung ist die des Ausschlusses, der Mobilitätsabwehr, der Wegversperzung, des Draußen-Seins“. An den Grenzen fänden entscheidende Prozesse der sozialen Teilung statt: Grenzen übernehmen die Aufgaben der Filterung, der Regulierung und der Selektion. Damit würden sie zu Sortiermaschinen, betont Mau. Die Globalisierung habe die Grenzen nicht verschwinden lassen, sondern die Kontrollen verfeinert und intensiviert. „Wir steuern, im Hinblick auf die Bewegung von Personen, keineswegs auf die grenzenlose und deterritorialisierte Gesellschaft zu“. Die Grenze heute sei „zugleich eine Grenze, an der Ungleichheit erzeugt und auf Dauer gestellt wird“. Zu Recht wurde Steffen Mau Buch mit dem Leibniz-Preis der Deutschen Forschungsgemeinschaft ausgezeichnet. **Aschot Manutscharjan**

»didaktisch durchdachtes Lehrwerk«
 Jochen Dudeck, ekz-bibliotheksservice, zur Voraufgabe

Einführung in die Politikwissenschaft
 Von Prof. Dr. Thomas Bernauer, Prof. Dr. Detlef Jahn, Prof. Dr. Sylvia Kritzinger, Assoc.-Prof. Dr. Patrick M. Kuhn und Prof. Dr. Stefanie Walter
 5., umfassend überarbeitete Auflage
 2022, 598 S., brosch., 26,- €
 ISBN 978-3-8487-7938-3
 E-Book 978-3-7489-2323-7
 (Studienkurs Politikwissenschaft)

Die 5., aktualisierte und erweiterte Auflage der Einführung in die Politikwissenschaft vermittelt die wichtigsten Konzepte, Methoden und Forschungsinhalte des Faches. Durch gute Lesbarkeit und zahlreiche Beispiele führt der Band auch all jene in die Thematik ein, die keine oder nur geringe Vorkenntnisse in dieser Disziplin haben.

Nomos eLibrary nomos-elibrary.de
 Portofreie Buch-Bestellungen unter nomos-shop.de
 Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

Mangelnde Selbstreflexion

POLIZEI Ein umfassendes Buch zu einer »ambivalenten Organisation«

Blickt man nur auf die Zahlen, kann die Polizei in Deutschland eigentlich ganz zufrieden mit sich sein: Gefragt, ob sie der Polizei eher vertrauen oder eher nicht vertrauen, stellen sich in Umfragen regelmäßig rund vier Fünftel der Befragten Deutschen auf die Seite des Vertrauens. Damit liegt die Bundesrepublik deutlich über dem EU-Schnitt von 69 Prozent. Doch Kritik an der Polizei dürfte so alt sein wie die Institution selbst. Anlässe boten die Ordnungshüter in jüngster Zeit reichlich: So flogen in den vergangenen Jahren republikweit Chatgruppen von Polizisten mit rassistischen und teils verfassungsfeindlichen Inhalten auf. In Frankfurt am Main wurde unter anderem deswegen das SEK aufgelöst. Auch der Einsatz von Gewalt durch Polizeibeamte wird immer wieder kritisch beäugt, insbesondere in den vergangenen Wochen, nachdem mehrere Menschen bei Polizeieinsätzen ums Leben kamen. Gleichzeitig beklagt die Polizei, insbesondere die Polizeigewerkschaften, zunehmende verbale und körperliche Angriffe auf die Beamten. Auch schlechte Ausrüstung, mangelnde Personalausstattung und zu wenig Rückhalt von der Politik werden als Kritikpunkte angebracht. In diesem Spannungsfeld ist die Lektüre von Benjamin Derin und Tobias Singelsteins Werk »Die Polizei – Helfer, Gegner, Staatsgewalt. Inspektion einer mächtigen Organisation«

erhellend. Das Buch ist umfassend. Es zeichnet die Entwicklung der Polizei in Deutschland nach, von einer eher militaristisch organisierten Institution hin zu einer demokratisch orientierteren. Dargestellt wird, wer eigentlich Polizist wird, wie das Innenleben strukturiert ist, wie sich das Verhältnis von Theorie (Ausbildung) und Praxis (Dienst auf der Wache) gestaltet. Beleuchtet werden auch die stetige Ausweitung polizeilicher Aufgaben, der gesellschaftliche Kontext sowie Sicherheitsbedürfnisse und damit einhergehenden Probleme. Zudem problematisieren die Autoren die politische Rolle der Polizei und ihrer Gewerkschaften und Gefahren durch Verselbstständigungstendenzen. **Ambivalente Organisation** Die beiden Polizeiforscher liefern dabei keinen plumpen Generalangriff auf die Polizei, sondern zeichnen ein differenziertes Bild einer geforderten, manchmal überforderten und vor allem „ambivalenten Organisation“ und ihrer Mitglieder – eine Ambivalenz, die sich unter anderem daraus speist, dass die Polizei zum einen in einem demokratischen Rechtsstaat als bürgernahe Freund und Helfer agieren, aber andererseits eine bestimmte soziale Ordnung aufrechterhalten soll und damit auch deren Ungerechtigkeiten reproduziert. Treffen tut das vor allem die marginalisierten, häufig rassifizierte Menschen der Gesellschaft. Für die beiden Autoren ist die Anerkennung dieser Ambivalenz der Schlüssel dazu, Polizeiprobleme anzugehen. „Die Probleme sind da, und sie sind ziemlich grundsätzlicher Natur“, heißt es beispielsweise mit Blick auf Rassismus und Polizeigewalt. Allerdings stehe sich die Polizei dabei selbst im Weg, argumentieren die Forscher. Selbstreflexion und Fehlerkultur werden durch eine „Cop Culture“, die genau das nicht ermöglicht, und Korpsgeist schwierig gemacht. Diese Probleme anzugehen, wollen die Autoren deshalb nicht allein der Polizei überlassen. Die Gesellschaft müsse sich fragen, „was für eine Polizei sie eigentlich möchte“. Weitreichende Ideen und Inspirationen dafür liefert das abschließende Kapitel des Buchs reichlich. **Sören Christian Reimer**

Christoph Butterwege:
Die polarisierende Pandemie. Deutschland nach Corona.
 Beltz Juventa, Weinheim 2022; 250 S., 19,95 €

Benjamin Derin, Tobias Singelstein:
Die Polizei. Helfer, Gegner, Staatsgewalt
 Econ, Berlin 2022; 438 S., 24,99 €



Keine einfache Debatte: Die Berliner Museumsinsel mit ihren Schätzen aus kolonialer Vergangenheit – hier die weltberühmte Büste der Nofretete – sieht sich Vorwürfen von „Raubkunst“ in ihren Sammlungen ausgesetzt.

© picture-alliance/dpa/Michael Sohn

Wem gehört die Nofretete?

RESTITUTION Die Benin-Bronzen werden nach Nigeria übertragen. Der Streit über Schätze im kolonialen Kontext geht weiter

Ludwig Borchardt pflegte seinen Mittagsschlaf. Auch darüber führte der kaiserlich legitimierte Archäologe in Ägypten pingelig Buch. Seine Tagebuch-Eintragungen wichen in Schriftform und Daten kaum von anderen früheren Registrierungen ab. Geschäftigkeit eben wie stets. Und doch gab es bei der Erfassung vom 7. Dezember 1912 einen kleinen Unterschied: Borchardt hatte seinem Text eine miniaturhafte Zeichnung beigelegt, nämlich die Gesichtskonturen einer Pharaonin. Es handelte sich um Nofretete, die „Schöne, die da kommt“, wie die Übersetzung lautete. Borchardt, von Haus aus Bauingenieur, der noch ein Studium der Ägyptologie absolvierte und auch die arabische Sprache erlernte, erkannte sofort, welche Kostbarkeit er in den Händen hielt: ein Meisterstück aus der Amarna-Zeit, hergestellt von dem Bildhauer Thutmosis. Deshalb trennte er, nach seiner Ruhepause, die wertvolle Büste von den anderen Ausgrabungsstücken. Nach Berlin berichtete er dem damaligen Direktor des Ägyptischen Museums, Heinrich Schäfer: „Die Verhältnisse sind hier derart schwierig, dass jede überflüssige Demonstration von Funden schädlich wirken kann.“ Nur ein paar Tage später schickte er nochmals eine nachdrückliche Mahnung: „Ich bitte aber ernstlich, die Sache nicht nur diskret, sondern auch sekret zu behandeln. Die Verhältnisse werden jetzt von Tag zu Tag schwieriger. Wenn wir überhaupt noch Gutes aus unseren Grabungen haben wollen, werden wir das Londoner System der tiefen Keller annehmen müssen, so schwer es auch manchen von uns werden mag.“

Kolonialmächte Doch zunächst musste Borchardt seine Kostbarkeiten erst einmal außer Landes bringen, und da waren die politischen Verhältnisse einigermassen vertrackt. Ägypten gehörte formal zum Osmanischen Reich. Aber das Konstantinopel die vollen Souveränitätsrechte dort ausüben konnte, lässt sich nicht behaupten. Zwar war ein Vizekönig eingesetzt worden, aber die tatsächlichen Entscheidungen trafen die Kolonialmächte Großbritannien und Frankreich. Allerdings verschafften sich die Engländer einen signifikanten Vorteil, indem sie den Suezkanal finanzierten. Dennoch gestatteten die Briten den Franzosen, den Vorsitz des Antikendienstes zu behalten. Dabei hatte Borchardt das notwendige Quäntchen Glück. Zwar besteht das Gerücht, der deutsche Ägyptologe habe die Büste der Nofretete mit Lehm beschmiert, um ihre außergewöhnliche Einmaligkeit zu verschleiern. Denn es bestand die Vorschrift, dass von den Grabungsfunden ein bestimmter Anteil im Lande bleiben

musste. Allerdings war der junge französische Sachkenner Gustave Leveau ein Experte für Papyrus, für die Qualität von Büsten hatte er wohl kaum einen besonderen Blick. Die Geheimnistuerei Borchardts setzte sich immerhin fort, wie die beiden Autoren Jürgen Gottschlich und Dilek Zaptcioglu-Gottschlich in ihrer Dokumentation „Die Schatzjäger des Kaisers“ den Beutezug deutscher Archäologen im Orient darlegen. Bei einer Ausstellung im November 1913 in Berlin fehlte nämlich die Büste der Nofretete unter den Grabungsfunden. Erst ein Jahrzehnt später war der Antikenforscher bereit, sein Prunkstück den Berliner Besuchern zu präsentieren. Daher rühren einige juristische Vorwände, die die Stiftung Preussischer Kulturbesitz (SPK) heute nach wie vor wie selbstverständlich in Anspruch nimmt, höchst zweifelhaft. Denn ganz auf der Linie von Borchardt heißt es da: „Bei der anschließenden

Fundteilung wurde die Büste der deutschen Seite zugesprochen.“ Und: „Mit der offiziellen Fundteilung endete die Grabungskampagne von 1912/13. Alle der Berliner Seite zugesprochenen Funde gingen vertraglich geregelt in das Eigentum von James Simon über, der sämtliche Amarna-Funde – auch die Büste der Nofretete – dem Berliner Museum im Jahr 1920 in einer unvergleichlich großzügigen Geste vermachte.“ Zahi Hawass, früherer ägyptischer Minister für Altertümer, sieht das anders: Er fordert seit Jahren die Rückgabe der Büste an Ägypten und will nun eine Petition mit Fachkollegen an die deutsche Bundesregierung auf den Weg bringen.

Was immer die Beweggründe und die Motivation des geschäftigen Forschers Borchardt im Umgang mit dieser komplexen Thematik gewesen sein mögen: Die Kunsthistorikerin Bénédicte Savoy, die sowohl an der Technischen Universität Berlin als auch an der Pariser Sorbonne lehrt, nennt die Kalamität um die Nofretete eine „deutsch-

französische Affäre“. Nun ist eine solche Metapher unseren heutigen Ohren nicht fremd. Denn bei vielfältigen Beziehungen innerhalb der Europäischen Union tauchen immer wieder unterschiedliche Tatbestände und Lösungswege auf – auch wenn sich die Regierungen in Paris und Berlin einen besonders funktionsfähigen Draht zugutehalten. Aber Savoy ließ 2017 nach ihrem Ausscheiden aus dem Expertenrat des Humboldt Forums mit der Bemerkung zitieren, die Konzeption der Stiftung Preussischer Kulturbesitz, die weitgehend über die Museumsinsel waltet, sei „unter einer Bleibecke begraben, damit bloß keine Strahlung nach außen dringt“.

Strafexpedition Damit geriet SPK-Präsident Hermann Parzinger ins Blickfeld. Er hatte sich in der Vergangenheit in der Restitutionsdebatte eher zugewandt geäußert, mal Ja, mal Nein sagend, vielmals

Vielleicht. Als 2018 die Diskussion um die Rückgabe der „Benin-Bronzen“ Fahrt aufnahm, fragte Parzinger zunächst, „ob Afrika heute nicht drängendere Probleme“ habe. Dass die Kolonialmacht Großbritannien die Bronzen bei einer „Strafexpedition“ 1897, wie es immer heißt, erbeutete und dann auf dem Kunstmarkt verschob, machte die Sache nicht besser. Gleiches gilt für das Deutsche Kaiserreich, das viele dieser ansehnlichen Metallschöpfungen bedenkenlos erworben hat. Nach einer gemeinsamen Erklärung von Außenministerin Annalena Baerbock und Kulturstaatsministerin Claudia Roth (beide Bündnis 90/Die Grünen) mit ihren nigerianischen Amtskollegen Anfang Juli zur Rückgabe der Benin-Bronzen wurde nun Ende August ein Vertrag zwischen der Stiftung Preussischer Kulturbesitz und der staatlichen Kulturkommission von Nigeria unterzeichnet. Damit wird das Eigentum an 512 Bronzeskulpturen aus der Sammlung des Ethnologischen Museums Berlin an Nigeria übertragen, weitere hunderte aus deutschen Museen kommen hinzu. Die Tatsache, dass ein Drittel der Berliner Objekte vorerst als Leihgaben im Humboldt Forum zur Kunst und Kultur Benins zu sehen sein werden, unterstreicht das große Vertrauen, das in den gemeinsamen Gesprächen der letzten Jahre entstanden ist, betonte Parzinger nun. Kulturstaatsministerin Roth sprach von einem „Vorbildcharakter für alle Museen in Deutschland, die Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten besitzen“.

Klar ist auch, dass mit dieser Rückgabe der Druck auf das British Museum in London steigt: Das Haus will im Gegensatz zu einer Reihe renommierter Einrichtungen in Großbritannien, den USA, den Niederlanden, Frankreich und Deutschland, die in seinem Besitz befindlichen Benin-Bronzen behalten. Abba Tijani, Generaldirektor der nigerianischen National Commission for Museums and Monuments, pries die Rückgabe aus Berlin als Zukunft der Zusammenarbeit zwischen Museen, „in der den legitimen Forderungen anderer Nationen und traditioneller Institutionen Respekt und Würde entgegengebracht werden“. Andere Museen außerhalb Deutschlands seien „aufgefordert, der Stiftung Preussischer Kulturbesitz nachzueifern“.

Differenzierungen Für manchen Beobachter besteht in den vielzähligen Debatten über die Restitution von Kulturgütern in kolonialen Kontexten indes die Gefahr, dass das Kind gleichsam mit dem Bade

ausgeschüttet wird. Für den vormaligen SPD-Fraktionschef in der freigewählten DDR-Volkskammer, Richard Schröder, „kann die Rückgabe nicht am Anfang stehen“, wie er 2021 mit Blick auf die Debatte über die Rückgabe solcher Artefakte schrieb. Schröder, der sich vor allem an Argumentationen des Publizisten Götz Aly reibt, beispielsweise dessen Darstellung zum Erwerb des Ausstellungsstücks Lufboot im Humboldt Forum, gelangt in einer „kritischen Auseinandersetzung“ zum Befund, dass in der „Raubkunst-Debatte“ manches zu kurz komme, die Umstände des Erwerbs solcher Artefakte in kolonialen Kontexten nicht immer und umstandslos als „Raub“ deklariert werden könnten. „Da ist eine Phase des Dialogs mit den Fachleuten der Herkunftsländer notwendig. Keine Seite sollte hier die Deutungshoheit für sich beanspruchen und jede sich mit entgegenstehenden Deutungen gründlich befassen.“ Keinesfalls nach dem Motto: „Alles oder nichts“, meint Schröder, der für das Land Brandenburg als Verfassungsrichter tätig ist.

Verantwortung In diese Richtung zielt auch Wiebke Ahrndt, Leiterin des Bremer Übersee-Museums, in einem Interview mit dieser Zeitung Anfang 2020: „Wir brauchen moralische Kategorien. Denn wir reden bei diesem Thema vielmehr um ethische als juristische Fragen. Es ist eine Frage der Ethik, wie wir mit den Sammlungen umgehen. Es ist auch gut, dass Deutschland begonnen hat, sich seiner kolonialen Vergangenheit zu stellen und Verantwortung zu übernehmen. Aber ich wünsche mir, dass wir uns mehr Zeit zum Anhören der Vielstimmigkeit aus den Herkunftsgesellschaften lassen. Wir waren sehr schnell mit der Antwort. Aber die kann nicht allein ‚Rückgabe‘ heißen.“ Von einem Lernprozess spricht Hartmut Dorgerloh, Generalintendant des Humboldt Forums in Berlin, wo die Benin-Bronzen nun noch einmal zu bestaunen sind. „Wir haben gelernt, dass Restitution viel mehr ist als ein Verwaltungsakt, sondern ein gemeinsamer, interkultureller und bestenfalls ein produktiver Aushandlungsprozess. Und dass es um persönliche Bezüge, um Selbstermächtigung, um kulturelle Identität und um Würde geht. Und wir haben gelernt, zuzuhören.“ Es ist wohl angebracht, die Restitutionsdebatte mit ihren zuweilen schrillen Zungenschlägen und Übertreibungen, aber auch die menschlichen Entfernungen vom Kopf wieder auf die Füße zu stellen. Nicht um des lieben Friedens willen, sondern um den Preis der Aufrichtigkeit und Wahrheit.

Heinz Verfurth

Der Autor ist freier Journalist in Berlin.



Benin-Bronzen im Humboldt Forum in Berlin

© picture-alliance/dpa/Wolfgang Krumm



Unter der Präsidentschaft von Donald Trump verhandelten die USA mit den radikalislamischen Taliban über den Abzug der US-Truppen aus Afghanistan. Ergebnis war das Doha-Abkommen, das am 29. Februar 2020 von dem US-amerikanischen Sondergesandten, Zalmay Khalilzad (li.), und dem damaligen Leiter des politischen Büros der Taliban in Doha, Mullah Abdul Ghani Baradar (re.), unterzeichnet wurde.

Schutz der Regenwälder

ENTWICKLUNG „Die Lage der Wälder ist dramatisch“, lautet das Fazit von Christoph Hoffmann (FDP). Der Vorsitzende des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung fasste damit das Ergebnis einer Anhörung von fünf Sachverständigen zusammen, die sich zum Schutz von Wald, Biodiversität und Rechten indigener Völker am Beispiel des Amazonas- und Kongobeckens geäußert hatten. Die bisherigen Instrumente reichten nicht aus, so Hoffmann, das Geld müsse mehr auf die Basis und die örtlichen Kräfte verteilt werden, damit „nicht so viel in Bürokratie hängen bleibt“.

Eines der Instrumente, die nicht funktionieren, ist für die Biologin Jutta Kill das „REDD+“-Konzept der Vereinten Nationen. Es belohne Regierungen und lokale Gemeinschaften finanziell dafür, dass sie die Entwaldung und damit Emissionen nachweislich reduzieren. Kill hält solche Kompensationsprojekte jedoch für ungeeignet, die Waldzerstörung zu verhindern und die Rechte der indigenen Bevölkerung zu sichern. Sie hätten zu gravierenden Menschenrechtsverletzungen geführt, schränkten die kleinbäuerliche Landnutzung ein und beschleunigten die Klimakrise. Ein Garant für den Schutz der Wälder sei die Sicherung der Rechte indigener Völker und der lokalen Bevölkerung.

Mehr Geld, mehr Effizienz Elf Länder verpflichteten sich in einer Deklaration, den Wald und seine Schutzfunktion effizienter als bisher zu schützen, berichtete Christian Ruck, Vermittler (Fazilitator) der Bundesrepublik für die Kongobeckenwaldpartnerschaft, eine Organisation der Vereinten Nationen. „So wie jetzt können wir national und international nicht weitermachen“, betonte der frühere CSU-Bundestagsabgeordnete. Für ihn kommt es darauf an, mehr Geld und mehr Effizienz bei weniger Bürokratie und weniger Korruption zu erzielen. Ruck sprach sich für private Investitionen aus und appellierte an die internationale Entwicklungszusammenarbeit, Wege hin zu einer besseren Arbeitsteilung zu finden.

Johannes Schwegler, Geschäftsführer der gemeinnützigen Organisation Fairventures Worldwide, sagte, der größte Entwaldungstreiber auf der indonesischen Insel Borneo sei die EU-Biospritverordnung gewesen. Die Waldnutzung muss aus seiner Sicht die Biodiversität erhalten und der indigenen Bevölkerung zu Einkommen verhelfen. Schwegler setzt auf die Digitalisierung. Der Verwaltung müsse geholfen werden, Landrechte zu regeln und Grundbücher zu führen. Die Projektzyklen sollten von drei auf zehn Jahre ausgedehnt werden.

Simon Counsell, ehemaliger Leiter der Nichtregierungsorganisation Rainforest Foundation UK, sagte, beim erforderlichen Infrastrukturausbau gebe es im Hinblick auf Landrechte keine Konsultationen wie in Europa, da der Staat alles Land besitze. Den Anteil der weltweiten Schutzgebiete auf 30 Prozent zu erhöhen, würde aus seiner Sicht die Konflikte nur verschärfen. Dem Artenschutz sei mehr gedient, wenn Rechte zur Landbewirtschaftung zugewiesen würden und die Kultur der Völker aufrechterhalten werde.

Vom Ressourcenabbau profitierten große Unternehmen, nicht die lokale Bevölkerung, stellte René Ngongo, Berichterstatter des Wirtschafts- und Sozialrates in Kinshasa (Kongo), fest. Der Bergbau verursache enorme Schäden in den Wäldern. Illegaler Holzeinschlag sei ebenso ein Problem wie Korruption. Arme hätten keine andere Möglichkeit, als Waldressourcen zu nutzen. Ngongo sprach sich für Ökotourismus, ein besseres Monitoring und verstärkte Forschung aus, sowie dafür, das Engagement für den Artenschutz zu verdoppeln.

Volker Müller

»Über die Köpfe hinweg«

AFGHANISTAN Experten üben im Untersuchungsausschuss harsche Kritik am Doha-Abkommen

Warum kam es zu dem chaotischen Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan im Jahr 2021? Diese Frage steht im Fokus der Arbeit des 1. Bundestags-Untersuchungsausschusses in dieser Legislaturperiode. Vorgangenen Donnerstag nahm das Gremium mit einer öffentlichen Anhörung von Sachverständigen seine inhaltliche Arbeit auf. Mehrere Stunden lang richtete es sein Augenmerk auf die Ereignisse ein Jahr zuvor, konkret auf den hochumstrittenen Pakt, den die USA und die radikalislamischen Taliban im Februar 2020, damals noch unter der Präsidentschaft Donald Trumps, schlossen. Im sogenannten Doha-Abkommen hatten beide damals, unter Ausschluss der Zentralregierung in Kabul und der internationalen Partner, den Rückzug der US-Truppen aus Afghanistan vereinbart. Die Taliban sollten im Gegenzug Friedensverhandlungen mit der afghanischen Regierung beginnen. Es kam bekanntlich anders. Die USA und andere Nato-Verbündete begannen ihren Abzug erst am 29. April 2021. Nur Tage später, im

Mai, starteten die Taliban ihren Eroberungszug durch das Land, der am 15. August mit der Einnahme Kabuls und dem Sturz der Regierung endete – und einer regelrechten Flucht der noch im Land verbliebenen internationalen Truppen. Im Untersuchungsausschuss zogen denn auch alle zwölf geladenen Expertinnen und Experten ein vernichtendes Urteil über das Doha-Abkommen und dessen Folgen. So urteilte Katja Mielke vom Bonner International Center for Conflict Studies, viele Akteure seien bei der Aushandlung des Abkommens „außen vor gelassen“ worden, neben der damaligen afghanischen Regierung auch die Vertreter der afghanischen Zivilgesellschaft. Ihr Kollege Conrad Schetter nannte es zudem „handwerklich miserabel“. Es hätten verbindliche Kriterien und Instrumente zum Monitoring gefehlt.

Hans-Lothar Domröse, der zwischen 2008 und 2016 als General mehrmals in Afghanistan war, betonte in seiner schriftlichen Stellungnahme, er habe die Ausgrenzung der Alliierten durch die US-Regierung als Fehler empfunden. „Die gewählte bilaterale Verhandlungsstrategie war nicht geeignet, dauerhaft Frieden zu schaffen und ent-

sprech auch nicht unserem altbewährten Ansatz.“ Weil die Bundeswehr ihre Kasernen nicht habe verlassen dürfen, habe sie zudem nicht kontrollieren können, was bei den von Deutschland ausgebildeten afghanischen Truppen vor sich gehe. Mit unerwarteten Folgen: Als die Taliban im Frühjahr 2021 ihre Offensive starteten, gaben die Streitkräfte der afghanischen Nationalarmee viele Provinzhauptstädte nahezu kampflos auf. Beobachter führen das auch auf die weitere Schwächung der afghanischen Zentralregierung durch das Doha-Abkommen zurück. Die meisten Soldaten hätten sich letztlich geweigert, für sie ihr Leben zu riskieren, heißt es etwa in einer Analyse der Bundesakademie für Sicherheitspolitik.

Kurswechsel Markus Kaim von der Stiftung Wissenschaft und Politik betonte, die Trump-Administration habe mit dem Doha-Abkommen die bisherige US-Politik „schlagartig geändert“. Bis 2019 hätten die US-Regierungen mantraartig wiederholt, es dürfe „keine Verhandlungen über die Köpfe der Afghanen hinweg“ geben. Diese Haltung sei quasi über Nacht aufgegeben worden. Außerdem seien bei der letzten Zustimmung des Bundestages zur Fortführung des Afghanistan-Einsatzes im März 2021 einige Faktoren übersehen worden. Etwa die kurz zuvor bekannt gewordene Tatsache, dass die afghanische Armee da-

mals nicht über 280.000 Soldaten verfügte, sondern nur über 150.000. Außerdem sei schon klar gewesen, dass die afghanischen Sicherheitskräfte auf die Luftunterstützung der USA angewiesen waren. Die afghanische Politikerin Fatima Gailani gehörte jenem Team an, das laut dem Doha-Abkommen eine politische Lösung zwischen Taliban und afghanischer Regierung verhandeln sollte. Im Ausschuss erklärte sie, dass es jedoch die Details des Abkommens nicht kannte. Auch seien weder die US-Seite noch die Taliban am Erfolg der Verhandlungen interessiert gewesen. Ihr Scheitern führte Gailani letztlich aber darauf zurück, dass die Delegation aus Kabul uneins über ihre Ziele gewesen sei. Der Untersuchungsausschuss setzt am Donnerstag seine Arbeit mit den ersten Zeugenbefragungen fort. Vorgeladen sind neben Vertretern des Bundesverteidigungsministeriums auch der Leiter Einsatzgruppe Afghanistan im Einsatzführungskommando der Bundeswehr.

Der Autor war lange Korrespondent in Kabul und arbeitet heute als freier Journalist in Berlin.

»Die Verhandlungsstrategie war nicht geeignet, dauerhaft Frieden zu schaffen.«

Hans-Lothar Domröse, General a.D.

STICHWORT

Ein Einsatz, zwei Gremien

Untersuchungsausschuss Das von Ralf Stegner (SPD) geleitete, zwölfköpfige Gremium soll die Umstände und Verantwortlichkeiten rund um den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan zwischen Februar 2020 und September 2021 aufklären. Konstituiert hat es sich am 8. Juli 2022.

Enquete-Kommission Unter Leitung von Michael Müller (SPD, Foto) soll sie den deutschen Beitrag zur Stabilisierungsmmission in Afghanistan zwischen 2002 und 2021 bewerten und Empfehlungen für zukünftige Auslandseinsätze der Bundeswehr geben. Konstituiert hat sich die 24-köpfige Kommission am 19. September, sie ist je zur Hälfte mit Abgeordneten und Sachverständigen besetzt.



© picture alliance/dpa | Wolfgang Kumm

Hoher Preis für die Macht im Norden

SCHWEDEN Nach seinem Sieg bei der Parlamentswahl steht das Mitte-Rechts-Bündnis nun vor einer schwierigen Regierungsbildung

Zwei Wochen nach dem glänzenden Erfolg der Schwedendemokraten (SD) bei der Parlamentswahl ist weiter offen, wie die von Alt- und Neonazi gegründete Partei ihre 20,5 Prozent in handfeste Macht umsetzen kann. Natürlich wollte man jetzt als stärkste Kraft des Mitte-Rechts-Lagers in der Regierung und habe Anspruch auf Ministerposten, verkündet SD-Chef Jimmie Åkesson. Der Konservative Ulf Kristersson, inzwischen mit Sondierungen für die Regierungsbildung beauftragt, will die Rechtsaußen aber nur als Mehrheitsbeschaffer ins Boot nehmen.

Rechtsrutsch Dafür wird er einen hohen Preis mit politischen Zugeständnissen zahlen müssen. Die SD haben nach der fünften Reichstagswahl in Folge mit kräftigen Zugewinnen kaum zu schlagende Trümpfe in der Hand. Ausschließlich ihrem Erfolg ist zu verdanken, dass hinter Kristersson eine knappe Mehrheit von 176 Abgeordneten gegenüber 173 für den Mitte-Links-Block der bisherigen sozialdemokratischen Regierungschefin Magdalena Andersson steht. Alle anderen bürgerlichen Parteien verloren Stimmen, einschließlich der Konservativen selbst, die sich überdies mit 19 Prozent von den Rechtsextremisten überholt

sehen mussten. „Svenska Dagbladet“ kommentierte: „Jetzt wird Ulf Kristersson Ministerpräsident in Jimmie Åkessons Regierung.“ Noch kurz vor der Wahl 2018 hatte Kristersson der Ausschwitz-Überlebenden Hédi Fried versprochen, „niemals, niemals irgendwie mit SD zusammenzuarbeiten“. Jetzt sind deren braune Wurzeln vergessen, stattdessen gibt es Lob vom Regierungschef

in spe: „Sie haben bei starkem Gegenwind aufrecht gemahnt, dass wir die Zuwanderung begrenzen müssen, wenn wir die Integration schaffen wollen.“

Gang-Kriminalität Topthema im Wahlkampf war die außer Kontrolle geratene Gang-Kriminalität unter jungen Männern aus Migrantenfamilien. Schockierend hohe

Opferzahlen bei immer mehr Bombenanschlägen und Schießereien auf offener Straße erschütterten das Grundvertrauen in den Staat. Es gilt als klar, dass sich Kristersson und SD auf massive Beschränkung der Zuwanderung und Strafschärfungen speziell für Banden-Kriminalität einigen werden. „Dänemark ist unser Vorbild“ lautet das gemeinsame Mantra mit Blick auf die dort seit zwei Jahrzehnten extrem harte Politik gegenüber Zugewanderten. So gut wie einig ist sich Kristerssons Lager auch über den möglichst schnellen und massiven Ausbau der Atomkraft. Ein Wahlkampfversprechen, das angesichts astronomischer Strompreise verding – und das ausgerechnet im ersten Land der Welt, das sich 1980 per Volksabstimmung von dieser Energiequelle verabschiedet hatte. Doch jetzt schlug die Angst vor explodierenden Strompreisen die Angst vor dem atomaren Supergau. Lang allerdings ist die Liste von Themen mit schwer überbrückbaren Differenzen im Mitte-Rechts-Lager vor allem bei der Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Minderheitsregierung Zu erwarten ist deshalb eine Minderheitsregierung unter Kristersson, die mit umgekehrten Vorzeichen auf genauso wackligen Beinen stehen wird wie zuletzt die sozialdemokratische

unter Magdalena Andersson. Außenpolitisch steckt Schweden mit dem noch nicht in Kraft getretenen Nato-Beitritt wegen des Widerstands aus der Türkei in einer schwierigen Lage. Kristersson will hier die Erdogan diskret entgegenkommende Linie seiner Vorgängerin Andersson fortsetzen. Für die schwedische EU-Präsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte darf er wohl auf Zurückhaltung der SD hoffen. Die allerdings rein taktisch sein würde, denn Åkesson hält wie die Rechtspopulisten überall in Europa nichts von Brüssel. Über Ungarns Regierungschef Viktor Orban hat er nur Gutes zu sagen und konnte sich bei einer Journalistenfrage „Biden oder Putin?“ nicht entscheiden, wen er vorzieht. Die Sozialdemokratin Andersson hatte im Wahlkampf massiv vor Einfluss für die SD gewarnt: „Ihre Hasskampagnen sind exakt wie die der Nazis in den 30er Jahren“. Nach der Niederlage des Mitte-Links-Lagers (bei 30,3 Prozent für die eigene Partei) bietet sie nun Kristersson eine Zusammenarbeit an. Ohne Echo. Schwedens Bürgerblock zeigt sich vorerst fest entschlossen, für die Regierungsmacht mit den Rechtsextremisten zu paktieren.

Der Autor ist Skandinavien-Korrespondent der Frankfurter Rundschau. ||



Der Konservative Ulf Kristersson braucht als Ministerpräsident die Unterstützung der Schwedendemokraten. Doch die verlangen Zugeständnisse.

KURZ NOTIERT

EU-Sanktionen sollen mehr Schlagkraft bekommen

Die Bundesregierung unterstützt das Ziel der EU-Kommission, die Systeme zur Durchsetzung von EU-Sanktionen und zur Verfolgung von Verstößen in den Mitgliedstaaten zu harmonisieren. Sie hat daher einen Gesetzentwurf (20/3441) vorgelegt, um den deutschen Vertreter im Rat der EU zu ermächtigen, einem entsprechenden Beschluss des Rates zuzustimmen.

Union fordert mehr Einsatz für Menschenrechte in Kuba

Eine an den Menschenrechten ausgerichtete Kuba-Politik verlangt die CDU/CSU-Fraktion in einem Antrag (20/3492), den der Bundestag vergangene Woche ohne Debatte zur Beratung in die Ausschüsse überwiesen hat. Darin verweisen die Abgeordneten auf die gewaltsame Niederschlagung friedlicher Proteste in dem sozialistischen Inselstaat im Sommer 2021, die sich gegen die desolante Wirtschaftslage sowie gegen andauernde, systematische Menschenrechtsverletzungen und massive Einschränkungen der Meinungsfreiheit gerichtet hätten. Dies solle die Regierung öffentlich ansprechen und verurteilen.

Aus Sicht des ukrainischen Außenministers besteht kein Zweifel: „Keine Worte der Verurteilung können die russische Armee aufhalten“, sagte Dmitro Kuleba am vergangenen Donnerstag vor einer Sitzung des UN-Sicherheitsrates in New York. Der beste Weg, den russischen Präsidenten Wladimir Putin zu stoppen, sei „die Lieferung von Waffen an die Ukraine“, mahnte er. Kurz darauf erneuerte in der UN-Generaldebatte auch der ukrainische Präsident Wolodomyr Selenskyj, per Video zugeschaltet, seinen Appell an die Staatengemeinschaft. Sein Land brauche mehr Waffen, defensive wie offensive, denn: „Für uns ist das ein Krieg ums Überleben.“

Einen Tag zuvor hatte Putin in einer Fernsehansprache mit dem Einsatz von Atomwaffen gedroht, sollte die „territoriale Integrität“ Russlands gefährdet werden. Dazu ordnete er eine Teilmobilisierung der russischen Streitkräfte an (siehe Text rechts) und verkündete die Durchführung sogenannter Referenden zur Annexion von vier russisch kontrollierten Gebieten in der Ukraine.

Die neuerliche Zuspitzung im Ukraine-Krieg ist für die Unionsfraktion im Bundestag ein gewichtiger Grund mehr, den Druck auf die Bundesregierung in der Frage der Waffenlieferungen zu erhöhen. In einem Antrag (20/3490) fordert sie die Bundesregierung auf, umgehend Kampf-, Schützen- und Transportpanzer aus Industriebeständen sowie weitere schwere Waffen aus Beständen der Bundeswehr an die Ukraine zu liefern. Es sei ein „schwerer Fehler“, urteilte Johann Wadepuhl (CDU), dass die Regierung einen bereits am 28. April vom Parlament gefassten Beschluss zur Lieferung schwerer Waffen nicht umsetze. Er appellierte an die Abgeordneten der Koalitionsfraktionen, ihrem Gewissen zu folgen: „Sie alle wissen, warum es geht.“

Bisherige Lieferungen Deutschland hat der Ukraine bisher aus Bundeswehr- und Industriebeständen vor allem Artillerie und Flugabwehr-Systeme zur Verfügung gestellt. Erst Ende April, nach dem von Wadepuhl erwähnten, gemeinsamen verabschiedeten Antrag (20/1550) von CDU/CSU und Koalitionsfraktionen, sagte die Bundesregierung erstmals ein schweres Waffensystem zu und gab grünes Licht für die Lieferung von 30 ausgemusterten Gepard-Flugabwehrpanzern. Es folgten Panzerhaubitzen und Mehrfachraketenwerfer, außerdem indirekte Panzerlieferungen über östliche Nato-Partner. Sie geben seither im sogenannten Ringtausch Panzer sowjetischer Bauart an die Ukraine ab und bekommen dafür modernen Ersatz.

Mitte September kündigte Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) die Lieferung weiterer Mehrfachraketenwerfer inklusive Munition und Ausbildung für die ukrainische Besatzung an, außerdem liefert Deutschland der Ukraine erstmals auch 50 gepanzerte Fahrzeuge vom Typ Dingo, die in Afghanistan häufig für Patrouillen genutzt wurden. Doch Kampf- und Schützenpanzer sind wieder nicht dabei, und das wird laut Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) vorerst auch so bleiben. Wie ein Mantra wiederholte er in den vergangenen Tagen seine Haltung: Deutschland werde in der Panzerfrage „keine Alleingänge“ machen, bisher habe auch kein Nato-Verbündeter moderne westliche Panzer an die Ukraine geliefert.

Die Bundesregierung sei sich hier einig, stellte Gabriela Heinrich (SPD), in der

Offener Streit

AUSWÄRTIGES Die Union drängt auf die Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine, und auch führende Politiker von SPD, Grünen und FDP fordern Bundeskanzler Scholz zu einem Kurswechsel auf. Doch eine schnelle Einigung ist nicht in Sicht



Kampf- und Schützenpanzer gibt es weiterhin nicht, dafür will Deutschland der Ukraine jetzt weitere Mehrfach-Raketenwerfer vom Typ MARS II liefern. Sie können mehr als 80 Kilometer entfernte Ziele treffen. © picture-alliance/Sebastian Gollnow

Bundestagsdebatte klar. Deutschland werde nur im Verbund mit den westlichen Partnern liefern. Die bisher gelieferten deutschen Waffen hätten außerdem schon maßgeblich zu den jüngsten Erfolgen der ukrainischen Armee beigetragen. „Das hat die Ukraine selbst bestätigt.“

Doch innerhalb der Koalition gibt es immer mehr Stimmen, die von Scholz einen Kurswechsel fordern. So sprach sich neben Michael Roth (SPD) und Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) jüngst etwa auch der Co-Vorsitzende der Grünen, Omid Nouripour, für die Lieferung weiterer schwerer Waffen aus. Im Bundestag äußerte er sich allerdings zurückhaltender. „Waffensysteme helfen und schützen Leben. Ob das Panzerhaubitzen sind, Schützenpanzer oder Kampfpanzer, am Ende

muss die Balance stimmen zwischen der Abwägung innerhalb des Bündnisses und dem Bedarf der Ukraine“. Klar sei aber: „Wir müssen schneller werden.“

Strack-Zimmermann, die als Vorsitzende des Verteidigungsausschusses schon seit Monaten für mehr Offensivwaffen wirbt, sprach offen über die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Koalition. „Andere Koalitionen würden auch darüber diskutieren“, betonte sie zugleich. Ihre Fraktion sei der Meinung, dass Deutschland in der aktuellen militärischen Lage „mindestens den Transportpanzer Fuchs und den Schützenpanzer Marder“ liefern müsse. Die von Scholz ausgenutzte Zeitenwende bedeute auch, „Führung zu übernehmen und nicht zu warten, bis die Partner uns unangenehme Entscheidungen abnehmen.“

Strikt gegen die weitere Unterstützung der Ukraine mit Waffen sind hingegen AfD und Linke. Schwere Waffen würden die Flamme in der Ukraine nur weiter anfachen, warnte Alexander Gauland (AfD). Darüber hinaus handele es sich um einen postsowjetischen Konflikt, der keine deutschen Interessen berühre. Ali Al-Dailami (Die Linke) warf der Bundesregierung vor, den Krieg durch Waffenlieferungen um Jahre zu verlängern. Statt für Waffen sollte sie sich endlich für „Diplomatieoffensiven“ einsetzen.

Den Wunsch der Unionsfraktion, direkt über den Antrag abzustimmen, lehnten die Koalitionsfraktionen mit ihrer Mehrheit ab. Er wurde zur weiteren Beratung in den federführenden Auswärtigen Ausschuss überwiesen. *Johanna Metz*

Aus dem Hörsaal direkt in die Armee

RUSSLAND Teilmobilisierung löst Panik aus

Kilometerlange Warteschlangen vor den Grenzübergängen nach Finnland, Kasachstan, Georgien, in die Mongolei. Ausgebuchte Flugtickets in visafreie Länder, verzweifelte Social-Media-Einträge. Bei vielen russischen Männern hat die von Präsidenten Wladimir Putin angeordnete Teilmobilisierung Panik ausgelöst. Zwar sollen Verteidigungsminister Sergej Schoigu zufolge nur Reservisten einberufen werden, die über Kampferfahrung verfügen und einen Beruf haben, der an der Front gebraucht wird. Doch schon die Praxis der ersten Tage sieht anders aus. Während das russische Verteidigungsministerium von rund 10.000 Reservisten sprach, die sich von selbst bei den Einberufungsstellen gemeldet hätten, kursieren in den sozialen Netzwerken Berichte von Männern, die nach eigener Aussage noch nie eine Waffe in der Hand hatten, aber trotzdem einberufen werden. Das Portal „The Village“ berichtet, in Ulan-Ude in der abgelegenen Region Burjatien habe die Militärpolizei Studenten direkt aus der Vorlesung geholt.

Es gehe, wie so oft in Russland, im Wesentlichen darum, Zielvorgaben zu erfüllen, erläutert der Militärexperte Ruslan Lewjiew vom Conflict Intelligence Team: „Mit Sicherheit werden Männer einberufen, die gar nicht die Kriterien erfüllen.“ Viele Russen misstrauen auch der von Schoigu vorgegebenen Zahl von 300.000. In einem nicht veröffentlichten Absatz in Putins Dekret soll von einer Million einzuziehenden Männern die Rede sein. Das berichtet die „Novaja Gazeta Evropa“, europäischer Ableger einer der wichtigsten unabhängigen Zeitungen Russlands, unter Berufung auf eine nicht genannte Quelle in der Präsidentschaftsadministration. Schoigu sprach von potenziell 25 Millionen Reservisten in Russland.

Noch am Tag der Bekanntgabe protestierten in vielen russischen Städten Menschen gegen die Zwangsmaßnahme und gegen den Krieg. Die Menschenrechtsorganisation OVD-Info zählte mehr als 1.300 Festnahmen an den ersten beiden Tagen. Das russische Exilmedium „Meduza“ schreibt, zahlreiche Männer, die bei Protesten gegen den Krieg und die Mobilisierung festgenommen wurden, hätten noch auf der Polizeistation einen Einberufungsbescheid erhalten.

Hohe Strafen Die Teilmobilisierung kam nach den überraschend großen Erfolgen der ukrainischen Gegenoffensive und dem offenbar in Teilen chaotischen Rückzug der russischen Truppen aus dem Gebiet Charkiw. Immer aggressiver hatten Scharfmacher in den russischen Propagandakanälen eine härtere Gangart verlangt. Zeitgleich verabschiedete die Staatsduma Gesetze, die

die Strafen für Befehlsverweigerung, Fahnenflucht und Meuterei „in Zeiten der Mobilisierung oder im Kriegszustand“ erheblich erhöhen. Hals über Kopf beschlossen die Abgeordneten, die Menschen in den besetzten Gebieten im Donbas und im Süden der Ukraine über einen Beitritt zur Russischen Föderation „abstimmen“ zu lassen. Die Scheinreferenden laufen unter Zwang und sind mit internationalem Recht nicht in Einklang zu bringen.

Das die Duma einer Aufnahme der Gebiete zustimmen wird, hat ihr Vorsitzender Wjatscheslaw Woldin bereits angekündigt. Es steht eine illegale Annexion durch Russland wie im Fall der Halbinsel Krim bevor. Dahinter dürfte das Kalkül stehen, dass die Ukraine und ihre Partner davor zurückschrecken, Gebiete anzugreifen, die – aus Moskauer Sicht – Territorium der Russischen Föderation sind. Wohlweislich brachte Putin in seiner am Mittwoch ausgestrahlten Fernsehansprache russische Atomwaffen ins Spiel. Russlands Militärdoktrin erlaubt deren Einsatz, wenn russisches Staatsgebiet angegriffen wird. „Wenn die territoriale Integrität unseres Landes bedroht ist, werden wir natürlich alle uns zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen, um Russland und unser Volk zu verteidigen. Dies ist kein Bluff.“ Putins Kalkül ist, die Menschen im Westen einzuschüchtern, Angst zu verbreiten und damit weitere Waffenlieferungen an die Ukraine zu stoppen.

Viele westliche Militärexperten halten einen Atomschlag Russlands jedoch weiterhin für sehr unwahrscheinlich, auch, weil Russland damit weltweit zum Paria würde, selbst unter seinen Verbündeten. Unterdessen sorgte der Auftritt von Außenminister Sergej Lawrow im UN-Sicherheitsrat für Irritationen. Er kam erst, als sein Redebeitrag an der Reihe war, hörte

also die Statements seiner Amtskollegen nicht. Dann beschwerte er sich, dass die Ukraine ungestraft Verbrechen begehen könne und präsentierte Russland als Opfer. Dann ging er wieder, ohne die Reaktionen der anderen Außenminister abzuwarten. Dass die Mobilisierung das Kampfgeschehen zugunsten Russlands wenden kann, bezweifeln viele. Ein zentrales Problem der russischen Truppe ist die niedrige Motivation der Soldaten. Sie wird durch die Mobilisierung nicht steigen. Auch die Ausstattung der russischen Armee bleibt ein Problem. Der britische Militärexperte Chris Owen sieht darüber hinaus eine „Kultur des institutionalisierten Liegens“: Geschönte Lageberichte führten zu falschen Entscheidungen. *Thomas Franke*

Der Autor ist freier Osteuropa-Korrespondent mit Schwerpunkt Russland und ehemalige Sowjetrepubliken.

Berichten zufolge werden Männer einberufen, die noch nie eine Waffe in der Hand hatten.

Die Staatsduma hat Gesetze verabschiedet, um Fahnenflucht härter zu bestrafen.

Im Zeichen des Krieges

PARLAMENTSPRÄSIDENTEN Bei der G7-Zusammenkunft fordert der Chef der ukrainischen Rada weiter Unterstützung für sein Land

Unter Polizeischutz fährt die Kolonne auf den Friedrich-Ebert-Platz am Reichstagsgebäude. In einiger Entfernung stehen Passanten an der Absperrung und blicken interessiert auf die schwarzen Autos. Kaum haben diese angehalten, steigt ein knapp zwei Meter großer Mann aus einem der Fahrzeuge: Ruslan Stefantschuk. Statt Militärtaktik, wie bei seinem letzten Besuch, trägt der Präsident der ukrainischen Werchowyna Rada heute einen schwarzen Anzug. Herzlich wird er von Bundestagspräsidentin Bärbel Bas begrüßt, die eine Schleife in den ukrainischen Landesfarben am Kragen ihres Blazers trägt. Die beiden umarmen sich wie alte Bekannte, nennen sich beim Vornamen.

Anlässlich der G7-Parlamentspräsidentenkonferenz vom 15. bis 17. September 2022 ist Stefantschuk nach Berlin gereist. Zwar gehört sein Land nicht zu den sieben demokratischen Industrienationen, die sich als G7 eine gemeinsame Wertegemeinschaft verstehen, dennoch ist er Gast auf dieser diesjährigen Konferenz. Schließlich wird sich das Treffen, wie schon der G7-Regierungsgipfel im bayrischen Elnau diesen Sommer, hauptsächlich mit der Ukraine und dem russischen Angriffskrieg befassen. Vor 47 Jahren trafen sich im Zuge der Öl- und Finanzkrise erstmals die Staats- und Regierungschefs sechs großer Wirtschaftsmächte zu einem Weltwirtschaftsgipfel - der Beginn der späteren G7. Noch heute trifft die Gruppe sich jährlich, um aktuelle globale politische Fragen zu diskutieren und gemeinsame Ziele und Positionen ab-

zustimmen. Seit 2000 kommen auch die G7-Parlamentspräsidenten und Sprecher aus Deutschland, Frankreich, Italien, den Vereinigten Staaten von Amerika, Kanada und Japan sowie Großbritannien – das aufgrund des Staatsbegräbnisses von Königin Elizabeth II. aber kurzfristig absagen musste - zum gegenseitigen Austausch und der Stärkung der interparlamentarischen Beziehungen zusammen. Das Europäische Parlament ist seit 2007 als ständiger Gast dabei. Neben dem offiziellen Programm sind besonders die bilateralen Gespräche am Rande der Konferenz wichtig, um die Beziehungen zwischen den teilnehmenden Ländern zu stärken. Da es sich bei der G7 um ein informelles Forum handelt, spielt der Vorsitz eine besondere Rolle. Nach 2015 hat Deutschland dieses Jahr erneut die Präsidenschaft inne.

Bis 2014 zählte auch Russland zu der Gruppe – damals noch G8 genannt. Doch als Reaktion auf die russische Annexion der Krim wurde das Land aus der Gemeinschaft ausgeschlossen.

Späte Einsicht „Dieser Schritt war zweifellos richtig, wenn auch wohl sehr spät“, sagt Bas am Freitag in ihrer Eröffnungsansprache. Selbstkritisch fügt sie an, dass Deutschland Putins Bestrebungen trotz einiger Warnzeichen nicht richtig gedeutet habe: „Wir unterlagen zu lange dem Trugschluss, Russland durch wirtschaftliche Verflechtung einbinden zu können“. Man werde weiter auf harte Sanktionen gegenüber Russland setzen und die Ukraine



Der ukrainische Parlamentspräsident Ruslan Stefantschuk (2. von rechts) war als Gast zum G7-Treffen seiner Kollegen geladen. © DBT / Thomas Köhler / phototok

politisch, finanziell und militärisch unterstützen. Der Krieg habe die europäische „Sicherheitsarchitektur“ verändert, sein Ausgang sei entscheidend für die Welpolitik: „Wie viele Autokraten schrecken wir davon ab, mit militärischem Einsatz auf politischen Gewinn zu spielen?“, fragt sie in die Runde.

Auch Stefantschuk, der Bas gegenüber sitzt, betont, dass die Ukraine nicht nur sich selbst verteidigt, sondern Schutzschild für die gesamte zivilisierte Welt sei. Er spricht mit tiefer nachdrücklicher Stimme, untermauert seine Aussagen mit kontrollierten

aber verschiedenen Handbewegungen. Damit die Ukraine den Krieg gewinne, müsse vereint, schnell und mutig gehandelt werden. Die Konferenz kann laut Stefantschuk das Signal senden, dass die Größe eines Landes nicht an seiner territorialen Ausdehnung oder militärischer Stärke gemessen werde, sondern daran, wie viel Wert es einem Menschenleben beimesse. Seit Beginn des Krieges gibt es immer wieder Berichte über mögliche Kriegsverbrechen der russischen Armee. Unter anderem ein Team der Vereinten Nationen sammelt und untersucht entsprechende Beweise.

Orte wie Irpin, Isjum oder Butscha erlangten in den vergangenen Monaten traurige Berühmtheit, da dort nach Abzug russischer Truppen die Leichen zahlreicher Zivilisten gefunden wurden.

Kriegsverbrechen Eine Fotoausstellung vor dem Konferenzsaal im Reichstagsgebäude zeugt von den Auswirkungen des russischen Angriffskriegs, der am 24. Februar 2022 begann. Einige Delegationsmitglieder nutzen die kurzen Kaffeepausen, um sich die Bilder anzuschauen. Zerbombte Gebäude, Menschen die mit Hund und Taschen verängstigt entlang einer zerstörten Brücke gehen und ein Soldat, der in einen Graben Schutz sucht: Momentaufnahmen eines Krieges, festgehalten von dem ukrainischen Fotojournalisten Maks Levin, der die Folgen des Angriffskrieges in der Region um Kiew dokumentierte – bis er am 11. März während eines Einsatzes verschwindet. Am 1. April findet man seine Leiche. Die Umstände seines Todes sind bis heute nicht geklärt, laut ukrainischer Staatsanwaltschaft soll er während eines russischen Angriffs von zwei Kugeln getötet worden sein.

Russland müsse für seine Verbrechen zur Rechenschaft gezogen werden, sagt die Sprecherin des amerikanischen Repräsentantenhauses Nancy Pelosi. Bereits am Tag vor der Konferenz traf sie Bas zum bilateralen Gespräch - das erste Aufeinandertreffen der beiden. Die USA hätten bereits Hilfe im Wert von 50 Milliarden Dollar an die Ukraine gezahlt, weitere Unterstützung sol-

le folgen. Im Vergleich zu dem, was das ukrainische Volk durchmache, sei dies nur ein geringer Preis. Das Land müsse diesen Krieg unbedingt gewinnen. „Wir werden so lange weiter machen, bis die Waffen schweigen“, sagt sie. Um die Ukraine nach Kriegsende wieder aufzubauen, hat der amerikanische Kongress laut Pelosi beschlossen, dass russische Vermögenswerte beschlagnahmt und eingefroren werden. Insgesamt herrscht große Einigkeit bei den G7. Ob Anthony Rota (Kanada), Hiroyuki Hosoda (Japan), Yael Braun-Pivet (Frankreich) oder Roberto Fico (Italien) - alle bekräftigen die Unterstützung der Ukraine. EU-Parlamentspräsidentin Roberta Metsola fordert, dass ein Sondergerichtshof eingerichtet werden soll, um Kriegsverbrecher zu verurteilen. Außerdem bekräftigte sie, dass die Türen für eine EU-Mitgliedschaft der Ukraine geöffnet seien. Das Land ist seit dem 23. Juni 2022 EU-Beitrittskandidat.

Obwohl der Zeitplan bei solchen Konferenzen eng getaktet ist, bleibt nach den Reden noch etwas Zeit für einen spontanen Austausch zwischen den Parlamentspräsidenten und Sprechern. Was das ukrainische Parlament denn konkret brauchen, fragt die Bundestagspräsidentin. Expertise und Hilfe, um den angestrebten EU-Beitritt voranzutreiben, seien nötig, erwidert Stefantschuk. Später auf der Pressekonferenz wird er auch Luftabwehrsysteme und schwere Waffen fordern, denn die Lage an der Front habe sich in den letzten Tagen stark geändert. *Denise Schwarz*

AUFGEKEHRT

Das perfekte Reiseziel

Klimakrise, Corona-Pandemie, steigende Spritpreise, Flughafenchaos und ein ausgewachsener Krieg. Wer braucht da noch die Reiseplanungen des Auswärtigen Amtes, um die Lust an der Ferne zu verlieren? Und wen es dennoch ins Ausland zieht, kann bei der Wahl der richtigen Destination obendrein eine Menge Fehler machen. Das mussten in der vergangenen Woche auch drei nordrhein-westfälische Landtagsabgeordnete der AfD erkennen, als ihre anvisierte Reise in den russisch besetzten Teil der Ostukraine publik wurde. Da sah sich selbst der AfD-Bundesvorstand genötigt, sich zu distanzieren.

Distanzieren von einer Reise in den Donbas würden sich aktuell auch gerne tausende von Russen. Kaum hatte ihr Präsident eine Mobilmachung von 300.000 zusätzlichen Soldaten für seinen Krieg gegen die Ukraine verkündet, da waren innerhalb von Stunden sämtliche Flüge von Moskau in die Türkei oder nach Armenien ausverkauft. Der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses der Duma, Andrej Kartapolow, mahnte daraufhin alle Männer, die für eine Einberufung infrage kommen könnten, nicht in der Türkei Urlaub zu machen, sondern in der südrussischen Region Krasnodar oder auf der annektierten Krim. Welch Zynismus!

Zu beglückwünschen für die perfekte Wahl ihres Reiseziels sind da die beiden russischen Kosmonauten Sergej Prokopjew und Dmitri Petelin. Die starteten in der vergangenen Woche mit ihrem amerikanischen NASA-Kollegen Frank Rubio vom Weltraumbahnhof Baikonur in der kasachischen Steppe zu einem halbjährigen Aufenthalt zur internationalen Raumstation ISS. Aus 400 Kilometer Höhe soll die Erde ja als ein wahrhaft friedlicher Ort erscheinen – selbst dann, wenn sie mal wieder auf dem Kopf steht. *Alexander Weinlein*

VOR 5 JAHREN...

„Ehe für alle“ wird möglich

1.10.2017: Eine historische Entscheidung. Volker Beck gehörte zu den ersten: Am 1. Oktober 2017 gab der Grünen-Abgeordnete seinem Partner das Ja-Wort. Insgesamt neun homosexuelle Paare heirateten an diesem Sonntag in der Hauptstadt, dem Tag an dem die so-



Seit fünf Jahren können in Deutschland gleichgeschlechtliche Paare heiraten.

genannte „Ehe für alle“ nach jahrzehntelangem Kampf für Gleichberechtigung möglich wurde. Zwar konnten gleichgeschlechtliche Paare bereits seit 2001 in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft zusammen sein. 2015 lebte rund die Hälfte der bundesweit 94.000 homosexuellen Paare in einer solchen Partnerschaft. Allerdings waren sie heterosexuellen Eheleuten nicht gleichgestellt. Benachteiligungen im Miet-, Erb- oder Steuerrecht wurden nach und nach beseitigt, aber etwa beim Thema Adoption von Kindern blieben Unterschiede.

Im Juni 2017 hatte der Bundestag die „Ehe für alle“ beschlossen, wonach schwule und lesbische Paare mit allen Rechten und Pflichten heiraten können. Die Entscheidung wurde als „historisch“ eingestuft. 226 Abgeordnete stimmten mit Nein, 393 mit Ja – darunter 75 Angehörige der Unionsfraktion, wo die gleichgeschlechtliche Ehe stets auf Widerstand stieß. So stimmte auch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) mit Nein. „Für mich ist die Ehe im Grundgesetz die Ehe von Mann und Frau“, erklärte sie nach der Abstimmung. Dieser Ansicht war auch der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier. Er hielt die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare für verfassungswidrig. Die Meinung setzte sich nicht durch, im März 2018 verzichtete auch die bayerische Landesregierung auf eine Verfassungsklage. Bis 2021 heirateten in Deutschland mehr als 65.000 homosexuelle Paare. *Benjamin Stahl*

ORTSTERMIN: AUTORINNENLESION MIT RITA SÜSSMUTH



Die frühere und die amtierende Bundestagspräsidentin: Christdemokratin Rita Süssmuth (links) und Sozialdemokratin Bärbel Bas

»Meine Geduld ist am Ende«

Es ist Viertel nach acht, plötzlich geht das Licht aus. Schnell werden die Handtaschenlampen und die kleinen Leuchten eingeschaltet, die sich an den Lesetischen in der Bibliothek befinden. „Schluss“ ruft jemand überrascht, nach Hause will jedoch noch niemand. Wenig später geht das Licht wieder an und die Diskussion geht weiter. Nach fast drei Jahren pandemiebedingter Pause findet erstmals wieder eine Lesung in der Bundestagsbibliothek im Marie-Elisabeth-Lüders Haus statt. Zwischen Enzyklopädiem, Handbüchern und Fachzeitschriften sitzen die Menschen dicht gedrängt, nur wenige Plätze sind leer geblieben. Auch einige Politikerinnen und Politiker sind anwesend. Sie alle lauschen den Worten von Rita Süssmuth. Die ehemalige Bundestagspräsidentin stellt ihre Streitschrift „Parität. Jetzt“ vor. Gelesen wird an diesem Abend allerdings bis auf wenige Zeilen nichts. Vielmehr erzählt die Unionspolitikerin von ihrem Weg als Frau in die Berufswelt und Politik, von den Hürden, die sie nehmen musste und von den Hindernissen, die es als Gesellschaft

auf dem Weg zur Gleichberechtigung noch zu überwinden gelte. Süssmuth sei für viele Frauen ein Vorbild, sagt Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD), die durch den Abend führt. 1937 geboren, macht Süssmuth auf Wunsch des Vaters Abitur, geht an die Universität, studiert Romanistik und Geschichte in Münster, Tübingen und Paris. Als sie im Anschluss eine Anstellung suchte, sei sie selbst mit der Diskriminierung von Frauen konfrontiert gewesen. Was ihr Mann davon halte, dass sie arbeite oder ob sie denn keine Kinder wolle: Solche Fragen seien ihr gestellt worden, erzählt Süssmuth. Sie habe daraus die Energie gefasst, etwas zu ändern. Ihre Politikkarriere beginnt 1981, von 1988 an wird sie zehn Jahre lang das Amt der Bundestagspräsidentin innehaben. Außerdem war sie unter anderem Bundesministerin für Jugend, Familie, Gesundheit und Frauen. Wie langsam der Einfluss von Frauen in der Politik vorankommt, hat sie also selbst erlebt. Erst 1987 überschritt

der Frauenanteil im Parlament die Zehn-Prozent-Marke. Seit 1998 stagniert er bei 30 bis 37 Prozent. „Meine Geduld ist am Ende“, sagt Süssmuth. Es sei an der Zeit, dass sich endlich etwas bewege. „Wir wollen Einfluss nehmen“, fordert sie. Dabei sei es ihr wichtig zu betonen, dass ihre Streitschrift nicht als Werk gegen Männer verstanden werde. Süssmuth freue sich im Gegenteil besonders, dass auch viele Männer an diesem Abend den Weg zu der Veranstaltung gefunden haben: „Es ist kein Frauenthema, sondern ein Gesellschaftsthema“. Parität und die Machtteilung sind laut Süssmuth ein Gewinn für die Demokratie. Mit Blick auf die aktuelle Wahlperiode merkt Bas an, dass es erstmals ein paritätisch besetztes Kabinett gebe und im Präsidium sogar mehr Frauen als Männer säßen. Keine Selbstverständlichkeit. „Nach der letzten Wahl hätten alle Verfassungsorgane von Männern besetzt sein können“, sagt Bas. Dass dies nicht so gekommen ist, liege auch am Druck aus der Gesellschaft. *Denise Schwarz*

Rainer Keller verstorben

Der Bundestagsabgeordnete Rainer Keller ist tot. Der Sozialdemokrat verstarb vergangenen Donnerstag unerwartet im Alter von 56 Jahren. Keller saß seit dieser Wahlperiode als direkt gewählter Abgeordneter für den Wahlkreis Wesel 1 (Nordrhein-Westfalen) im Bundestag. Bundestagspräsidentin Bärbel Bas würdigte Keller am Freitag als einen „überaus engagierten Kollegen“. Er habe für seine Überzeugungen eingestanden und das offene und klare Wort gepflegt. „Die Menschen sollten wissen, wofür er steht – das war sein Credo“, sagte Bas. „Der Krankenpfleger und Notfallsanitäter war immer da, wenn er gebraucht wurde.“ Die Abgeordneten gedachten des Verstorbenen mit einer Schweigeminute. *src*



PERSONALIA

>Ilja Seifert
Bundestagsabgeordneter 1990-1994, 1998-2002, 2005-2013, PDS/Die Linke
Am 10. September starb Ilja Seifert im Alter von 71 Jahren. Der promovierte Literaturwissenschaftler aus Berlin wurde 1974 SED- und 1990 PDS-Mitglied. Von 1990 bis 1992 sowie von 2002 bis 2004 gehörte er dem PDS-Parteivorstand und seit 2016 dem linken an. 1990 war Seifert Mitglied der ersten frei gewählten Volkskammer. Im Bundestag wirkte er in den Ausschüssen für Post und Telekommunikation, Bau und Stadtentwicklung, Gesundheit sowie Tourismus mit. Seifert war 1990 Gründungspräsident des Allgemeinen Behindertenverbands in Deutschland.

>Udo Fiebig
Bundestagsabgeordneter 1969-1987, SPD
Am 11. August starb Udo Fiebig im Alter von 87 Jahren. Der protestantische Geistliche aus Lünen wurde 1963 SPD-Mitglied und war Vorsitzender des Unterbezirks Unna. Fiebig war im Ausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit.

>Frank Haenschke
Bundestagsabgeordneter 1972-1976, SPD
Frank Haenschke vollendet am 27. September sein 85. Lebensjahr. Der promovierte Chemiker und Hochschullehrer aus Aalen trat 1970 der SPD bei, war viele Jahre Stadtverbandsvorsitzender und über mehrere Legislaturperioden Kreisratsmitglied. Im Bundestag arbeitete Haenschke im Innenausschuss mit. Er gilt als einer der Wegbereiter des Bundesdatenschutzgesetzes. In seinem 1977 erschienenen, vielbeachteten Buch „Modell Deutschland“ warnte er vor allzu argloser Fortschrittsgläubigkeit und kritisierte zudem die auf die Gesellschaft zukommende Datenüberwachung.

>Jörg von Essen
Bundestagsabgeordneter 1990-2013, FDP
Jörg von Essen begeht am 29. September seinen 75. Geburtstag. Der Oberstaatsanwalt aus Hamm trat 1980 der FDP bei. Von 1992 bis 2010 war er Vorsitzender des Bezirksverbands Westfalen-Süd und Mitglied des NRW-Landesvorstands. Von 1994 bis 2013 amtierte er als Erster Parlamentarischer Geschäftsführer seiner Bundestagsfraktion. Er war u. a. im Rechts-, Verteidigungs- sowie Wahlprüfungsausschuss tätig.

>Margit Conrad
Bundestagsabgeordnete 1987-1990, SPD
Am 30. September wird Margit Conrad 70 Jahre alt. Die Ärztin aus Saarbrücken trat 1978 der SPD bei und war von 1995 bis 2001 stellvertretende Vorsitzende des Landesverbands Saar. Im Bundestag engagierte sie sich im Haushalts- sowie im Umweltausschuss. Von 1991 bis 2001 amtierte sie als Bürgermeisterin in Saarbrücken und danach bis 2014 als Umweltministerin in Rheinland-Pfalz bzw. seit 2011 als Bevollmächtigte beim Bund. Dem Landtag in Mainz gehörte sie von 2006 bis 2014 an.

>Reiner Schneider
Bundestagsabgeordneter 1990, CDU
Am 2. Oktober vollendet Reiner Schneider sein 80. Lebensjahr. Der Diplom-Ingenieur aus Crimmitschau/Kreis Zwickau trat 1972 der CDU in der DDR bei. Von März bis Oktober 1990 gehörte er der ersten frei gewählten Volkskammer und danach bis Dezember dem Bundestag an.

>Rezzo Schlauch
Bundestagsabgeordneter 1994-2005, Bündnis 90/Die Grünen
Am 4. Oktober begeht Rezzo Schlauch seinen 75. Geburtstag. Der Rechtsanwalt aus Stuttgart schloss sich 1980 den Grünen an, gehörte seit 1982 dem erweiterten Landesvorstand in Baden-Württemberg an und war von 1984 bis 1994 Mitglied des dortigen Landtags. Von 1998 bis 2002 teilte er sich gemeinsam mit Kerstin Müller den Fraktionsvorsitz im Bundestag. Von 2002 bis 2005 war er Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit und Mittelstandsbeauftragter der Bundesregierung. *bmh*

LESERPOST

Zur Ausgabe 34-35 vom 22. August 2022, „Anschluss halten“ und „Zeit zum Umdenken“ auf Seite 1:

Nachhaltigkeit als deutsches Geschäftsmodell auf den Weltmärkten? Zweierlei könnte dem im Weg stehen: Zum einen galoppieren wir Stampede-artig aus „einer Welt“ mit ihren gemeinsamen und arbeitsteiligen Marktplätzen in eine schwer kalkulierbare Zukunft mit mindestens drei Welten auf einem Globus: West, Ost und viel Volatiles dazwischen. Daher bräuchte es für die Idee Nachhaltigkeit als Geschäftsmodell zuallererst einen grundlegenden und rapiden Umbau unseres aktuellen Modells, mit in wichtigen Branchen halbierten Ex- und Importen. Zum anderen ist Nachhaltigkeit zwar zu lange aufgeschoben worden und heute umso dringender. Sie ist aber er-

kennbar kein aktuelles Primärziel mehr, siehe zum Beispiel das bald in signifikanten Mengen rund um die Welt verschifft, teils per Cracking gewonnene Flüssiggas. Gegenüber Blockdenken und Systemintelligenz wird Nachhaltigkeit klar zweiter Sieger bleiben. Zum Vergleich: Eine fulminante Entwicklung hatte der Standort zu Zeiten erfahren, als Deutschland eine Brückenfunktion lebte. Sie verlieh und erforderte eine gewisse, auch geistige Unabhängigkeit. Beim Umdenken sollten wir daran anknüpfen. *Karl Ulrich Voss, Burscheid*

Zu derselben Ausgabe, „Kommentare“ auf Seite 2:
Einer der Hauptgründe, warum Deutschland von vielen Einwanderern gemieden

wird, bleibt unerwähnt: Die hohe Steuerlast. Im direkten Vergleich landet Deutschland in vielen internationalen Untersuchungen zur Steuerlast auf dem letzten Platz. Eine geringere Besteuerung des Einkommens würde die Attraktivität des Standorts Deutschland steigern. *Sebastian Richter, Berlin*

Zur Themenausgabe 36 „Bevölkerungsschutz“ vom 5. September 2022:

Es ist sehr zu begrüßen, dass sie den „Bevölkerungsschutz“ zum Thema gemacht und dabei verschiedene Katastrophen in den Blick genommen haben. Die größte denkbare technische Katastrophe – ein Stromausfall, eine Strommangelgefahr oder einen Black-out, wie immer man es nennen mag – haben Sie aber nicht be-

handelt. Dabei kann uns genau das im kommenden Winter bevorstehen. Der Stresstest der vier Übertragungsnetzbetreiber, die in Deutschland über die Netzstabilität wachen, hat gezeigt, dass es im Winter zu äußerst kritischen Situationen kommen kann. Deshalb lautete die eindeutige Empfehlung, alle drei Kernkraftwerke (KKW) im Streckbetrieb weiterzuführen, da dies gemeinsam mit den übrigen empfohlenen Maßnahmen helfen könne, das Netz zu entlasten und den Importbedarf zu reduzieren. Leider ist Wirtschafts- und Klimaminister Habeck nicht dem Rat der Fachleute gefolgt. Er will das KKW Lingen wie geplant vom Netz nehmen und die beiden süddeutschen KKW nur als Reserve bereithalten. Er hat damit eine krasse Fehlentscheidung getroffen. Das minimale Risiko, das durch den Weiterbetrieb der KKW entstehen würde, ist um ein vielfaches geringer als das Risiko einer gravierenden Störung der Stromversorgung. *Hans Dieter Sauer, Pähl*

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 4. Oktober.

PANNENMELDER

Zur Ausgabe 37-38, Seite 1:
Königin Elizabeth II. hat während ihrer 70-jährigen Regentschaft nicht 16 britische Premierminister erlebt, sondern 15. Premier Harold Wilson, der zwei zeitlich voneinander getrennte Amtszeiten (1964-1970, 1974-1976) hatte, wurde von uns doppelt gezählt.

SEITENBLICKE



Christian Lindner, Bundesminister der Finanzen:

Es geht darum, die Menschen vor Belastungen zu schützen



Christian Lindner (*1979)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Dieses Inflationsausgleichsgesetz und die anderen steuerrechtlichen Regelungen, die die Bundesregierung vorschlägt, sind Teil der Krisenbewältigungsstrategie der Koalition. Unser Land ächzt unter galoppierenden Preisen. Das ist nicht eine statistische Größe, sondern es ist für viele Menschen eine tägliche Realität: die Sorge um die Nebenkostenabrechnung, die Sorge, ob die Wohnung warm ist, die Sorge, ob am Ende des Monats Geld dafür da ist, den Kühlschrank zu füllen.

Die Inflation ist eine Bedrohung für Wohlstand, soziale Sicherheit und die Stabilität unseres Landes. Deshalb ist die erste Priorität der Bundesregierung, diese Inflation zu bekämpfen. Niemand wird dabei alleingelassen.

Um soziale Härten abzufedern, haben wir zahlreiche Maßnahmen beschlossen; beispielsweise steht eine Wohngeldreform an. Es wird auch darum gehen, wirtschaftliche Strukturbrüche zu verhindern. Eigentlich gesunde Betriebe, die sichere und gut bezahlte Arbeitsplätze über Jahre und Jahrzehnte angeboten haben, stehen angesichts der explodierenden Gaspreise vor größten und existenziellen Herausforderungen. Die Bundesregierung ist sich auch dieser Tatsache bewusst und arbeitet deshalb unter Hochdruck sowohl an Maßnahmen zur Be-

kämpfung der hohen Strompreise als auch an Maßnahmen, um die gegenwärtigen Gaspreise für unsere Wirtschaft nicht zu einer dauerhaften Gefahr werden zu lassen.

Daneben gibt es aber auch Menschen, die ihren Lebensunterhalt ohne soziale Unterstützung bestreiten, Menschen in der Mitte der Gesellschaft. Auch diese Menschen dürfen während der Inflation nicht alleingelassen werden. Deshalb hat sich die Koalition darauf verständigt, dieses Inflationsausgleichsgesetz vorzulegen.

Unsere fiskalpolitische Antwort auf die Inflation ist insofern zweigeteilt. Zum einen geht es darum, das Angebot auszuweiten, weil das Preise dämpft. Darüber beraten wir im Bereich der Energieerzeugung – siehe die Debatte zuvor –; dafür weiten wir die Produktionskapazitäten erneuerbarer, wie ich sie nenne: Freiheitsenergien aus; dafür werden wir auch die LNG-Terminals in Deutschland an das Netz bringen – also Angebotsausweitung. Jawohl, die Ratifizierung von CETA ist ebenfalls geplant, und das könnte auch nur der Beginn einer erweiterten Handelspolitik sein. – Aber daneben, Kollege Spahn, geht es auch darum, dafür zu sorgen, dass wir nicht realwirtschaftlich eine weitere Krisenschärfung erleben.

Bei aller Notwendigkeit, sich auf das Angebot zu konzentrieren, darf auf der anderen Seite die Nachfrage nicht komplett einbrechen, weil sonst andere Bereiche im Dienstleistungs- und im Konsumbereich angesteckt würden. Aus diesem Grund kommt diesem Inflationsausgleichsgesetz zur Inflationsbekämpfung auch eine besondere Bedeutung zu, weil es nämlich die Kaufkraft in der Mitte der Gesellschaft erhält und dafür sorgt, dass andere, eigentlich stabile Branchen in den Bereichen Dienstleistung und Handel nicht zusätzlich infiziert werden. Da es allerdings lediglich ein Kaufkraftausgleich,

ein Inflationsausgleich ist, fügt sich dieses Inflationsausgleichsgesetz in die von uns vertretene fiskalische Neutralität ein. Wir wollen Nachfrage und Wachstum in dieser Phase der wirtschaftlichen Entwicklung nicht stimulieren. Wir wollen allerdings auch nicht durch zusätzliche kontraktive Maßnahmen die Nachfrage in bestimmten Bereichen bremsen. Wir folgen also der fiskalischen Neutralität. Insofern gehen deutsche Fiskalpolitik und Notenbankpolitik der EZB auch in diesem Fall Hand in Hand.

Wir verändern den Grundfreibetrag, den Tarif, wir erhöhen das Kindergeld und den Kinderfreibetrag. 48 Millionen Bürgerinnen

und Bürger profitieren von diesem Inflationsausgleichsgesetz. Es basiert auf vorläufigen Zahlen – um ein Argument der Opposition gleich vorwegzunehmen –, das war immer so. Es ist ein Trägergesetz, dessen konkrete Zahlen zu aktualisieren sind, wenn die Herbstprognose vorliegt. Das war immer so und ist technisch nicht anders zu lösen.

Auf der Basis der bisherigen Werte erhält eine Familie – vier Köpfe, also mit zwei Kindern – mit 56 000 Euro zu versteuerndem Einkommen im Jahr einen Inflationsausgleich von 680 Euro im kommenden Jahr. Anders gewendet: Würden wir nichts tun, würde diese Familie angesichts der enormen Preissteigerungen 680 Euro an Kaufkraft verlieren. Diese Familien zahlen für ihr Gas ohne eine Unterstützung. Angesichts der enormen Preissteigerungen ist es nur gerecht, dass die arbeitende Mitte der Gesellschaft ebenfalls bedacht wird.

Meine Damen und Herren, lie-

be Kolleginnen und Kollegen, ich appelliere an die Länder, diesem Inflationsausgleichsgesetz zuzustimmen. Es geht darum, die Menschen vor zusätzlichen Belastungen in einer Phase der Inflation zu schützen. Es kann nicht sein, dass der Staat von der Inflation profitiert, während Familien nicht mehr wissen, wie sie mit ihrem Einkommen über die Runden kommen sollen. Während Selbstständige belastet sind, profitiert der Staat: Das kann nicht sein. Und was für den Bund gilt, dass er nicht Profiteur von Inflation sein will, das muss in gleicher Weise für die Länder gelten. Es gibt nicht nur Finanzierungsnotwendigkeiten beim Staat, es gibt auch private Finanzierungsnotwendigkeiten, und zwischen diesen beiden schaffen wir mit diesem Gesetzgebungsvorhaben eine faire Balance.

(Beifall bei der FDP und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Mathias Middelberg, CDU:

Die Menschen im Land verlieren das Vertrauen in ihre Regierung



Mathias Middelberg (*1964)
Landesliste Niedersachsen

Wir finden dieses Inflationsausgleichsgesetz richtig und beglückwünschen Sie dazu, Herr Minister, dass Sie das in Ihrer Koalition durchgesetzt haben. Das ist ein guter Baustein in diesem Entlastungspaket. Klare Aussage!

Aber – und das haben Sie auch gesagt – es ist im Grunde genommen eine Selbstverständlichkeit. Denn durch die kalte Progression, die gerade durch den doppelten Effekt entsteht, dass die Leute

durch Lohnerhöhungen im Einkommensteuertarif höher wandern, also höher besteuert werden, aber gleichzeitig durch die massive Inflation an Kaufkraft verlieren, wird das Einkommen der Menschen entwertet. Das wollen wir ausgleichen, indem wir jetzt die Steuerschraube ein Stück zurückdrehen und den Steuertarif an die Einkommensentwicklung anpassen. Das ist eigentlich nichts anderes, als den Menschen das zurückzugeben, was sie sonst durch eine schleichende Steuererhöhung an Leid – fast hätte ich gesagt: an Verlusten – erfahren haben. Es ist nicht mehr als das.

Sie haben lange über das Thema Übergewinne diskutiert. Im Grunde genommen ist es die Rückgabe von Übergewinnen, die dieser Staat aufgrund der Inflationsentwicklung macht. Mehr ist es nicht.

Wir haben dieses Verfahren der Vermeidung von schleichenden Steuererhöhungen schon 2012 eingerichtet, im Übrigen damals in der gemeinsamen Regierung mit der FDP. Seitdem gibt es die-

ses Verfahren. Wir bekommen regelmäßig alle zwei Jahre die Progressionsberichte vorgelegt und passen daraufhin den Steuertarif an. Es ist richtig, dass Sie das jetzt auch so machen.

Aber Sie erwecken den Eindruck, Sie würden wahnsinnige Anstrengungen unternehmen, um dieses Vorhaben und auch ihr Entlastungspaket insgesamt auf die Beine zu stellen. Sie schreiben das auch in Ihrem Entlastungspapier: „Die begrenzten finanziellen Spielräume ... erfordern erhebliche Anstrengungen aller drei Koalitionspartner“. Wenn man sich

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlament fernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.
www.bundestag.de/live/tv/index.html

allerdings Ihre Haushaltsplanung und Ihre sonstige Planung ansieht, kann man von diesen Anstrengungen nicht wirklich etwas erkennen. Wir erkennen kaum Punkte, an denen Sie Einsparungen, Umschichtungen oder Neupriorisierungen vornehmen, sondern im Grunde genommen machen Sie alle Ihre Projekte wie bisher.

Was Sie hier veranstalten, ist lediglich, den Leuten das Geld zurückzugeben, was Sie ihnen vorher durch höhere und deutlich gestiegene Steuern aus der Tasche gezogen haben. Bund, Länder und Kommunen haben in diesem Jahr nämlich alleine bei der Umsatzsteuer annähernd 50 Milliarden Mehreinnahmen gegenüber dem letzten Jahr. Ich sage es noch einmal: 50 Milliarden Mehreinnahmen gegenüber dem letzten Jahr! Das ist für jeden nachvollziehbar: Weil die Preise exorbitant steigen und darauf Mehrwertsteuer gezahlt wird, verdient der Staat massiv an dieser Inflationsentwicklung; 50 Milliarden, davon fast die Hälfte der Bund.

Für dieses Jahr geben Sie den Progressionseffekt nicht zurück, sondern erst für das nächste Jahr.

Ihr Gesetz, das wir hier beschließen, das wirkt erst fürs nächste Jahr. Das heißt, die 10 Milliarden, die der Bund in diesem Jahr zusätzlich einnimmt, stecken Sie einfach mal eben so ein und tun jetzt bei Ihrem Entlastungspaket ganz großzügig so, als würden Sie den Leuten etwas zurückgeben. Sie haben es den Leuten vorher aus der Tasche gezogen, und nichts anderes. Wenn Sie die 25 Milliarden und die 10 Milliarden addieren, die Sie an Mehreinnahmen – an Mehreinnahmen nur der Bund! – gegenüber letztem Jahr haben, dann sind das locker mehr als die 32 Milliarden Beitrag des Bundes zum Entlastungspaket insgesamt.

Ich will Ihnen sagen – Herr Minister Lindner hat auch über das Gesetz hinaus gesprochen –: Ich glaube, dass die Menschen in diesem Land – das hat auch die vorhergehende Debatte gezeigt – allmählich das Vertrauen verlieren, dass diese ihre Regierung diese problematische Situation – die größte Energiekrise Europas seit dem Zweiten Weltkrieg, eine Rieseninflation; die höchste seit 40 Jahren –, diese dramatische Lage in diesem Land wirklich in den Griff kriegt. Ich glaube, dass die

Leute allmählich das Vertrauen verlieren, und zwar einfach vor dem Hintergrund: Sie haben den ganzen Sommer mit internen Streitereien verplempert, die Sie bis zum heutigen Tage zum Thema „Verlängerung der Laufzeiten von Kernkraftwerken“ fortführen. Die ganze Zeit erleben wir, wie zerstritten Sie untereinander sind. Der Kollege Spahn hat eben völlig zu Recht gesagt: Herr Habeck hat uns gestern aufgefordert, wir sollen die Regierung in dieser schwierigen Phase unterstützen. – Ja, wir würden das gerne machen. Nur, wir wissen nicht, wen wir in der Regierung unterstützen sollen. Sollen wir Herrn Habeck unterstützen? Sollen wir Herrn Lindner unterstützen? Wen sollen wir denn eigentlich unterstützen? Vielleicht werden Sie sich selbst mal einig.

Sie machen eine völlig verfehlte Politik, einen Fehler nach dem anderen. Erst machen Sie Entlastungspakete, mit denen Sie nicht zielgenau entlasten, sondern das Geld irgendwie mit der Gießkanne verteilen, dann vergessen Sie ganze Bevölkerungsgruppen. Rentner und Studierende haben Sie am Anfang gar nicht auf dem Schirm gehabt. Das holen Sie

jetzt mühselig nach. Die Leute, die am unteren Ende der Skala verdienen, die schneiden bei Ihnen am schlechtesten ab.

Die Kohlekraftwerke, das ist Ihnen eben vorgehalten worden – und zwar zu Recht –, haben Sie viel zu spät hochgefahren. Das hat dazu geführt und führt immer noch dazu, dass wir sinnlos Gas verbrennen, das wir zum Heizen viel dringender bräuchten als für die Stromproduktion.

Ihre Gasumlage ist der absolute Mist: von der Konstruktion her, und es ist auch rechtlich völlig unsicher. Sie haben in Ihrer Regierung noch nicht einmal geklärt, ob Sie sie rechtlich überhaupt durchsetzen können. Das ist doch eine Katastrophe. Jetzt erklärt hier eben Herr Lindner: Ja, beim Strompreis und Gaspreis werden wir noch was machen. – Das ist doch aber das, was die Menschen am meisten beschäftigt. Ihr ganzes Entlastungspaket ist doch nichts wert, wenn Sie an diesen beiden ent-

scheidenden Punkten nicht weiterkommen. Sie haben immer noch nichts Konkretes dazu geliefert. Das ist doch eine Katastrophe. Keiner kann planen: Kein Unternehmer, kein Mittelständler, kein Betrieb weiß, was Sache ist.

Die müssen davon ausgehen, dass sie am 31. Dezember ihren Laden dichtmachen; aber das macht nichts, die produzieren nur nicht weiter und verkaufen einfach nicht weiter. Das bleibt ja folgenlos, wie uns der Wirtschaftsminister erklärt hat.

Herr Habeck hat gesagt, wir hätten nur ein Gas- und kein Stromproblem. Das müssen Sie den Leuten angesichts der Strompreise, die durch die Decke gehen, wirklich erklären. Dass Sie jetzt in der größten Energiekrise dieses Landes, in der größten Energiekrise Europas drei funktionierende Kraftwerke, die für die Versorgung von 10 Millionen Haushalten einstehen, vom Netz nehmen wollen, das ist schlicht unverantwortlich.

Der eine Baustein, über den wir heute sprechen, das Inflationsausgleichsgesetz, ist okay, aber ansonsten müssen Sie noch ganz massiv nacharbeiten. Wir sind gerne bereit, Ihnen dabei zu helfen, aber Sie müssen sich dann ehrlich machen.

Sie müssen das umsetzen, wovon Ihr Kanzler selber spricht, nämlich Zeitenwende. Das heißt auch, dass Sie etwas wenden müssen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Albrecht Glaser [AfD])

Sie machen eine völlig verfehlte Politik, einen Fehler nach dem anderen.

Ihre Gasumlage ist der absolute Mist: von der Konstruktion her und rechtlich völlig unsicher.

Michael Schrodi, SPD:

Wir schaffen jetzt mit diesem Gesetz Entlastungen



Michael Schrodi (*1977)
Landesliste Bayern

Die Bundesrepublik steht vor einer der größten Herausforderungen seit ihrem Bestehen. So wie in anderen krisenhaften Zeiten wie beispielsweise der Pandemie, als die Bundeskanzlerin Angela Merkel und der Bundesfinanzminister Olaf Scholz unter Verwendung des Begriffs der Bazooka gesagt haben: „Wir lassen die Bürgerinnen und Bürger, die Unternehmen nicht al-

leine, wir werden sie gut durch die Pandemie bringen“, so haben angesichts der jetzigen Herausforderungen der Bundeskanzler Olaf Scholz und auch der Bundesfinanzminister für die Bundesregierung klargemacht: Niemand bleibt alleine; wir werden gemeinsam alles dafür tun, damit die Menschen in diesem Land, damit die Unternehmen in diesem Land solidarisch und gut durch die Zeit dieser Herausforderung kommen.

Um aber über die richtigen Maßnahmen sprechen zu können, muss man sich auch anschauen, was die Ursachen für die Teuerungsrate sind. Da gibt es in der Debatte einige grundlegende Fehldiagnosen, wie gestern beispielsweise Professor Truger und Professor Südekum in einer Anhörung deutlich gemacht haben.

Zum Ersten. Es ist – das geht an die ganz rechte Ecke, an die fünfte Kolonne Putins – der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands, es ist Putin, der Energie als

Waffe nutzt. Er ist derjenige, der den Preis für Gas hochtreibt. Das sagen die Experten. Auch die Bundesbank macht deutlich, dass Gas, dass Energie die Preise hochtreibt. Putin will so unsere Gesellschaft destabilisieren. Das wird ihm und das wird Ihnen von der AfD nicht gelingen.

Es sind – zum Zweiten – Angebotsschocks, es sind Preisschocks wegen Energieknappheit. Es ist nicht die Geldpolitik, es ist nicht der expansive Staat, der die Teuerungsrate jetzt verursacht. Deswegen gibt es auch eine Warnung an dieser Stelle, dass weitere große Zins sprünge in einer sich anbahnenden Rezession eine tiefe Wirtschaftskrise mit sich bringen könnten. Mit Blick auf jetzt ausbleibende Investitionen hat der

Bundesfinanzminister gesagt, dass es klarer Signale an die Wirtschaft bedarf, dass wir ihr in dieser Phase, aber auch in der Phase der Erholung helfen. Diese Signale kommen jetzt. Damit wir gut aus dieser Krise herauskommen, haben wir diese Signale ausgesendet.

Herr Merz, gestern wurden übrigens alle Vorschläge der CDU/CSU von Experten als überholt, als nicht zielführend beurteilt. 50 Milliarden Euro an Mehrausgaben ohne jede Gegenfinanzierung! Ich erinnere Sie, Herr Merz, an Ihre Forderung im März, ein Gasembargo durchzusetzen. Was das bedeutet hätte, das wissen Sie heute ganz genau. Wir wussten das schon damals. Es ist unsinnig, was Sie im Zusammenhang mit der Krisenbekämpfung fordern. Das bedaure ich, weil wir eine gemeinsame Anstrengung brauchen, um diese Herausforderungen anzugehen. Ich bedaure es sehr, dass nicht

hilfreichere Unterstützung vonseiten der Opposition kommt.

Das hier vorliegende Inflationsausgleichsgesetz ist eine hilfreiche Maßnahme, um den Menschen in dieser herausfordernden Situation

zu helfen, aber es ist – der Bundesfinanzminister hat es gesagt – bei Weitem nicht die einzige Maßnahme. Insgesamt sind es circa 100 Milliarden Euro, die wir jetzt im Rahmen der Entlastungspakete mobilisieren. Dabei geht es um zwei große Ziele.

Zum einen wollen und werden wir die hohen Energiepreise senken. Deshalb begrüßen wir sowohl die Beschlüsse des Koalitionsausschusses als auch die Forderungen der EU-Kommission hinsichtlich einer Strompreisbremse und einer Bremse für Kosten für Gas und andere fossile Energieträger. Krisenbedingte Übergewinne abzuschöpfen und damit den Grundbedarf an Strom und an Gas günstiger zu machen, das hilft Verbraucherinnen und Verbrauchern, das hilft Unternehmen, das senkt die Inflation und ist auch eine Frage der Gerechtigkeit. Deswegen gehen wir als Bundesregierung das an.

Zweitens. Wir wissen aus aktuellen Zahlen, dass es gerade die Menschen, die Familien mit kleinen und mittleren Einkommen sind, die am stärksten von den Teuerungsrate betroffen sind. Diese erreichen wir am besten mit Direktzahlungen wie dem Kinderbonus, der Energiepreispauschale von 300 Euro, die auch für Rent-

Insgesamt sind es circa 100 Milliarden, die wir im Rahmen der Entlastungspakete mobilisieren.

nerinnen und Rentner ausgezahlt wird, dem Heizkostenzuschuss und den 200 Euro für Studierende.

Wir erreichen Entlastungen auch durch Steuerentlastungen. Wir schaffen jetzt mit diesem Inflationsausgleichsgesetz Entlastungen. Ganz konkret: Wir erhöhen das Kindergeld für 2023 und ziehen die Erhöhung von 2024 vor; das hilft vor allem Familien mit kleinen und mittleren Einkommen. Wir erhöhen den Kinderfreibetrag rückwirkend für 2022 und für die nächsten beiden Jahre. Sie haben gesagt, wir hätten die Wirkungen der Inflation und der kalten Progression bisher nicht ausgeglichen. Da

haben Sie nicht aufgepasst. Wir haben auch den Grundfreibetrag rückwirkend für 2022 angeglichen – Herr Middelberg, das tun wir zur Bekämpfung der kalten Progression und erhöhen ihn 2023 und 2024 in zwei großen Schritten auf 10 932 Euro. Wir gleichen, wie schon in den letzten Jahren, die sogenannte kalte Progression aus, damit Lohn erhöhungen nicht von einem höheren Steuertarif und Inflation aufgeessen werden.

Im Oktober kommen der Existenzminimumbericht und der Steuerprogressionsbericht, da werden wir die Werte noch einmal anpassen. In den letzten Jahren haben wir auf Basis der Zah-

len, die uns damals vorlagen, übrigens überkompensiert. Gerade in diesem Jahr, in einer Situation, in der Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen hart getroffen sind, werden wir aber genau darauf achten, bei allen Maßnahmen, auch bei dieser, die soziale Balance zu wahren, damit die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen noch mehr entlastet werden, als das bisher vorgesehen ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bedanke mich auch ganz ausdrücklich bei den Bundesländern. Der Bundesfinanzminister hat es angesprochen: Wir brauchen dazu jetzt auch die Kolleginnen und Kollegen in den

Ländern. Ich nehme wahr, dass es trotz aller kritischen Anmerkungen eine grundsätzliche Zustimmung gibt. Auch die Länder wissen – das haben sie auch bekundet –, dass die Herausforderung eine große ist. Zu deren Bewältigung wollen auch sie beitragen. Da wird es noch im Detail Verhandlungen geben. Ich bin guter Dinge, dass wir diese zu einem guten Abschluss bringen werden.

Was aber nicht geht, ist, bei diesem Thema parteitaktische Spielchen zu spielen, wie es jetzt beispielsweise der bayerische Ministerpräsident Markus Söder tut. Auch die Bürgerinnen und Bürger und die Unternehmen in

Bayern brauchen diese Hilfe. Man kann nicht immer sagen: „Mir san mir“, und sich dann, wenn es darum geht, wirklich etwas zu tun, in die Büsche schlagen. Das ist nicht angemessen in der Situation, in der wir gerade sind.

Ich bin guter Dinge und freue mich auf die weiteren Beratungen dieses Gesetzentwurfes. Das Gesetz wird ein wichtiger weiterer Baustein, um in dieser schwierigen Situation Entlastungen auf den Weg zu bringen.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Kay Gottschalk, AfD:

Dieses Gesetz ist wieder einmal nur ein bewusstes Aufschieben



Kay Gottschalk (*1965)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Herr Schrodi, ich glaube, Sie waren gestern in einer anderen Expertenanhörung. Sie haben die vielen kritischen Anmerkungen, glaube ich, nicht gehört. Aber darauf will ich gar nicht eingehen, das ist es nicht wert.

Meine Damen und Herren von der Schuldenkoalition, das von Ihnen vorgelegte Inflationsausgleichsgesetz soll laut Bundesfinanzminister – entschuldigen Sie, dass ich da lache, es ist traurig genug – 48 Millionen Bürger entlasten. Das Gesetz soll weiterhin – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten – „inflationbedingte Mehrbelastungen ausgleichen“ – Sie wissen schon, was „ausgleichen“ heißt, hoffe ich –, „indem die Steuerlast an die Inflation angepasst wird“. Schon hier beginnt das Gesetz mit einer glatten Lüge, meine Damen und Herren. Im Übrigen, Herr Schrodi, gute Politik und ein guter Portfolio-Mix in der Energie hätten dieses Inflationsausgleichsgesetz komplett unnötig gemacht. Es geht vor allem – das sei hier adressiert – um die kalte Progression.

Schon jetzt, Herr Lindner, weiß die Bundesregierung, dass der Ausgleich aus Ihrem Gesetz aller Voraussicht nach nicht im Entferntesten die Inflation vollständig ausgleichen wird. Welch ein Wunder! Die Bundesbank muss innerhalb von zwölf Monaten zum dritten Mal ihre Inflationsprognose korrigieren. Wir sind mittlerweile bei einer zweistelligen Prognose. Wie ich im „Deutschland-Kurier“ bereits im Januar prognostizierte, werden wir eine Inflation zwischen 5 und 7 Prozent erhalten, meine Damen und Herren.

Aus unserer Sicht also ist dieses vorgelegte Gesetz wieder einmal nur ein bewusstes Aufschieben, Herr Kollege Schrodi; denn schon jetzt ist klar, dass die Änderungen bei den Tarifeckwerten – hören Sie gut zu, das ist Mathematik; ich hoffe, dem können Sie folgen –, die ja Grundlage der Vermeidung der kalten Progression sind, erst ab 2023 gelten sollen. Herr Lindner, ab 2023! In welcher Welt leben Sie denn? Wir haben seit Januar 2022 eine galoppierende Inflation. Die Überschrift dieses Gesetzes müsste eigentlich lauten: „Der Fleißige ist der Dumme“, meine Damen und Herren.

Dass Sie nicht auf den Progressionsbericht hätten warten müssen, das haben Sie, Herr Schrodi, eben gut dokumentiert. Sie haben nämlich betont – und das ist richtig –, dass der Grundfreibetrag ja erhöht worden ist – yippie-yayay! Schon damals haben Sie wahrscheinlich nicht zugehört: Alle Experten, sogar Ihre eigenen vom Gewerkschaftsbund, haben gesagt: Die Erhöhung des Grundfreibetrages ist jetzt schon unzu-

reichend und gleicht nicht im Entferntesten die Inflation aus. – Hören Sie also auf, sich hier als Vertreter der kleinen Leute zu gerieren! Das sind Sie schon lange nicht mehr, Herr Schrodi. Es ist in keinsten Weise nachvollziehbar, dass Sie die Bürger bei dieser galoppierenden Inflation nicht zureichend und nachhaltig, um dieses schöne Wort hier mal zu strapazieren, entlasten.

Aber nähern wir uns des Pudels Kern, meine Damen und Herren von der Schuldenkoalition. Der größte Profiteur der kalten Progression ist eben – das sagen auch alle wissenschaftlichen Abhandlungen dazu – der Staat. Sie können, ohne

dass Sie das dem Bürger durch Diskussionen über Steuererhöhungen hier im Hohen Hause klarmachen müssen, Mehreinnahmen generieren. Das haben der Kollege Wiener und andere Kollegen vor mir wunderbar dargelegt. Der Fehler liegt im System. Meine Damen und Herren, die AfD-Fraktion fordert mittlerweile seit vielen Jahren: Nehmen Sie sich doch endlich der Idee des Bundes der Steuerzahler an! Entlasten Sie automatisch, wie es andere Länder, etwa die Schweiz, tun. Den „Tarif auf Rädern“ fordern wir seit drei Jahren. Sie folgen nicht, und die FDP hat es immer noch im Wahlprogramm stehen, meine Damen und Herren.

Im Übrigen: Die Tarifeckwerte sind doch nur eine Seite der Wahrheit. Sie müssten genauso die Höchstgrenzen, die Freibeträge, die Pauschalen, beispielsweise die Pendlerpauschale – seit 2004 nur unzureichend, ab dem

21. Kilometer einmal erhöht –,

erhöhen. Auch da gibt es eine Preisentwicklung. Das haben Sie gestern nicht gehört, glaube ich, Herr Schrodi, als einige Sachverständige das zur Sprache brachten. Auch hier tun Sie nichts. Aber in Wirklichkeit – machen Sie sich doch endlich ehrlich! – wollen Sie dieses Perpetuum mobile der heimlichen Steuerabzocke beibehalten. Genau das ist Ihr Problem, meine Damen und Herren.

Herr Lindner, sagen Sie den Menschen doch offen und ehrlich, dass Sie auch hier mittlerweile leider den Predigern Ihrer Koalition auf den Leim gegangen sind. In Wirklichkeit ist doch das, was Sie beibehalten, nämlich die kalte Progression, die neue Reichensteuer. Und den Mittelstand und die Mittelschicht haben Sie als neue Opfer dieser Politik ausgemacht. Das ist schändlich. Eine FDP, die so was mitmacht, gehört in den nächsten Bundestag nicht mehr hinein, meine Damen und Herren. Wir werden uns konstruktiv an den Diskussionen beteiligen und freuen uns auf die Beratungen.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abg. Markus Herbrand [FDP])

Die Überschrift dieses Gesetzes müsste eigentlich lauten: „Der Fleißige ist der Dumme“.



Die Auswirkungen der Inflation sind bei jedem Einkauf spürbar. © picture alliance / TT NEWS AGENCY | Anders Wiklund/TT

Andreas Audretsch, Bündnis 90/Die Grünen:

Die Krise ist bei Weitem nicht zu Ende



Andreas Audretsch (*1984)
Landesliste Berlin

Wir stehen vor einem schwierigen Winter. Die Krise, in der wir uns befinden, droht sich in ihrer sozialen Schärfe, in ihrer Schärfe und ihren Auswirkungen für Unternehmen weiter zu verschlimmern. Das ist die Folie,

vor der wir heute diesen Entwurf beraten.

Wir Grüne sind der Überzeugung, dass wir uns in dieser Krise konzentrieren müssen, dass wir uns auf Menschen mit wenig Geld, auf diejenigen mit kleinen und mittleren Einkommen kon-

zentrieren müssen. Die Abschaffung der kalten Progression – das haben wir über den Sommer sehr häufig gesagt, und das gilt auch jetzt – entlastet vor allem die Reichsten. Das ist nicht unser Instrument. Das ist nicht das, was wir vorgeschlagen haben. Und es ist jetzt in der Krise das falsche Instrument.

Warum tragen wir es trotzdem mit? Das ist ja erklärungsbedürftig, wenn ich die Rede so beginne. Warum tragen wir es dennoch mit? Weil es Teil eines größeren Paketes ist. So funktioniert Demokratie, meine Damen und Herren. Es ist Teil eines größeren Paketes, in dem wir auch die Dinge verankert haben, die wir jetzt in dieser Krise für relevant und für wichtig erachten.

Ich will das an einem Beispiel verdeutlichen. Uns geht es um Familien, die wenig Geld haben. Deswegen wollen wir, dass das Kindergeld angehoben wird. Deswegen wollen wir – und das gehört dezidiert dazu –, dass auch der Kinderzuschlag angehoben wird. Auf die Umsetzung dieser Entlastungen werden wir im parla-

mentarischen Verfahren achten. Das wird für uns im Mittelpunkt stehen. Und in diesem Sinne ist es ein gutes Paket und ein Paket, das wir jetzt gemeinsam tragen können.

Wir alle wissen: Die Krise ist nicht zu Ende. Sie ist bei Weitem nicht zu Ende. Die Institute prognostizieren eine Rezession. Unternehmen, Krankenhäuser, soziale Einrichtungen – sie alle wenden sich an uns mit der Bitte um Hilfe. Wir werden ihnen allen eine angemessene Antwort geben müssen. Das bedeutet zum einen, dass wir Energiekosten senken. Das bedeutet aber auch, dass wir bereit sein müssen, mehr Hilfe zu leisten.

Robert Habeck weitet das Energiekostendämpfungsprogramm auf kleine und mittlere Unternehmen aus, etwa Handwerksbetriebe. Es geht um Traditionsunternehmen, es geht um die Bäckerei um die Ecke, es geht um die klei-

nen Städte – all die wollen wir jetzt unterstützen. Dafür brauchen wir einen zweistelligen Milliardenbetrag. Der muss jetzt zur Verfügung gestellt werden, damit wir unsere Unternehmen schützen. Wir Grüne sagen sehr deutlich, auch heute hier in der Debatte: Wir stehen hinter unseren Unternehmen, wir stehen an der Seite unserer Unternehmen, und wir werden dafür arbeiten, dass die Hilfe nun schnell und konkret da ankommt, wo sie gebraucht wird.

Und auch dann ist klar, dass die Antwort damit nicht gegeben ist.

Eine Kommission arbeitet gerade an einem Gaspreisdeckel für Verbraucher. Klar ist doch: Um mit den hohen Gaspreisen umzugehen, werden wir am Ende Geld brauchen; das wird viel Geld kosten. Davor dürfen wir die Augen nicht verschließen. Von den Krankenhäusern kriegen wir Notrufe, weil sie die Energiekosten, wie sie sich ihnen

im Moment darstellen, nicht mehr tragen können. Selbstverständlich muss der Bund auch an der Stelle Unterstützung leisten. Wir können es uns nicht leisten, dass in dieser Krise die Krankenhäuser, die sozialen Pflegeeinrichtungen und alles, was dieses Land im Kern an sozialer Infrastruktur hat, beschä-

digt werden. Das können wir uns nicht leisten. Deswegen werden wir auch an dieser Stelle die entsprechende Hilfe leisten müssen.

Bei alledem steht am Ende eine Frage im Raum; das ist die Frage der Finanzierung. Wir können angesichts einer drohenden Rezession nicht tatenlos zusehen, wie Schaden im Kern unserer Wirtschaft entsteht; das können wir nicht machen. Wir können nicht zusehen, wie Schaden im Kern unserer sozialen Infrastruktur entsteht. Jetzt ist der Moment, wo wir investieren müssen; jetzt ist der Moment, wo wir Geld in die Hand nehmen müssen. Und dass es gut werden kann, haben wir bei Rosneft gesehen. Wir müssen jetzt investieren. So bekämpfen wir die Rezession. Nur so können wir aus der Inflation herauskommen – indem wir wegkommen von den fossilen Energien, und nur so schaffen wir jetzt auch die Transformation und bekämpfen die Klimakrise. Lassen Sie es uns gemeinsam machen: Geld in die Hand nehmen und einen Weg finden, der jetzt die Probleme angeht und gleichzeitig eine Perspektive für die Zukunft öffnet.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Kay Gottschalk [AfD]: Gebetsmühlen! Es wird aber nicht besser, was Sie erzählen! Unfassbar!)

Jetzt ist der Moment, wo wir investieren müssen; wo wir Geld in die Hand nehmen müssen.

Christian Görke, Die Linke:

Dieser volkswirtschaftliche Unsinn muss vom Tisch



Christian Görke (*1962)
Landesliste Brandenburg

In normalen Zeiten ist die Anpassung der Steuertarife an die Inflation richtig und gehört zum Pflichtprogramm. Aber wir haben hier eine handfeste, ausgemachte Krise. Deshalb müssen wir mehr tun und dürfen uns nicht gebetsmühlenartig, wie der Bundesfinanzminister es ja jeden Tag tut, an die Schuldenbremse ketten. Mittlerweile ist es ja auch so,

dass Sie der Letzte an Bord sind. Die Union mit Markus Söder verlässt das sinkende Schiff der Schuldenbremse ja schon.

Dann das noch: Ihr Inflationsausgleichsgesetz, das dem DAX-Manager 479 Euro, der Kassiererin 150 Euro und der Friseurin in Teilzeit gar keine Entlastung beschert, passt doch nicht in unsere Zeit, ebenso wenig, sehr geehrter Herr Finanzminister, dass Sie sich hier auf die Schulter klopfen, aber einen Großteil der Rechnung bei den Kommunen und den Ländern ablegen. Auch das geht nicht.

Nun aber zur Gasumlage und damit zur Senkung der Mehrwertsteuer beim Gas. Diese Umlage, meine Damen und Herren, ist eine der größten Fehlleistungen dieser Regierung. Das haben Sie mittlerweile ja auch eingesehen; sonst würden wir heute ja nicht über die Mehrwertsteuersenkung beim Gas reden. Erst Umlage, dann Steuersenkung: Das gesamte Wirrwarr,

das Sie hier anstellen, hätten Sie sich doch schenken können, wenn Sie das Minusgeschäft der kritischen Gasinfrastruktur aus dem Bundeshaushalt aufgefangen hätten, so wie Sie es bei den Banken gemacht haben, so wie Sie es bei der Lufthansa realisiert haben. Stattdessen wird den Verbraucherinnen und Verbrauchern die Rechnung in die ohnehin explodierende Nebenkostenrechnung gesteckt. Das sind die Fakten.

Um es noch mal ganz klar zu sagen: Diese Steuersenkung beim Gas ist keine Entlastung. Es ist nur eine bürokratische Wiedergutmachung von einer unsäglichen Belastung durch die Gasumlage, und das ist ein himmelweiter Unterschied.

Meine Damen und Herren, Sie alle wissen um die Gedächtnisschwächen des Bundeskanzlers. Aber dass er auch noch schlecht in Mathe war und ist, das hat mich schon überrascht. Deshalb möchte ich ihn aus der Pressekonferenz zum Thema „Senkung der Mehrwertsteuer“ zitieren:

Mit diesem Schritt entlasten wir die Gaskunden insgesamt deutlich stärker als die Mehrbelastung, die durch die Gasumlage entsteht.

Das stimmt so nicht. Wie stark die Gaskunden entlastet werden, hängt nämlich von dem Vertrag ab.

Das Einzige, was stimmt: Es kommt proportional eine Entlastung, je teurer der Vertrag ist. Aber wer noch einen alten günstigen Vertrag hat, zahlt bei dieser Steuersenkung noch obendrauf. Über-

haupt ist das sowieso eine Milchmädchenrechnung: Von der Umlage entfallen 20 Milliarden Euro der insgesamt 34 Milliarden Euro auf Firmen. An denen – es kam schon der Zwischenruf – läuft die Mehrwertsteuersenkung vorbei. Aber was wird der Bäckermeister und was werden die Unternehmen

dann mit dieser Umlage tun? Sie werden sie weitergeben. Das heißt, diese 20 Milliarden Euro landen auch noch bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern mit einer zusätzlichen Belastung, mit einem zusätzlichen Preisschock und natürlich mit einem Anstieg bei der Inflation. Deshalb, meine Damen und Herren, ist das, was Sie hier machen, völlig irre und bizarr. Deshalb muss dieser soziale und volkswirtschaftliche Unsinn vom Tisch.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Abschluss noch einen Gedanken zum weiteren Verlauf der parlamentarischen Debatte äußern. Wenn Sie schon die Mehrwertsteuer beim Gas anfassen, warum nicht auch den Steuersatz bei Fernwärme? Der beträgt 19 Prozent und könnte auch auf 7 Prozent runtergesetzt werden; denn die Fernwärme wird überwiegend aus Gas gespeist. Damit würden Sie 6 Millionen Haushalte – vor allen Dingen in Ostdeutschland; denn in Ostdeutschland gibt es noch ein gutes Fernwärmesystem – entlasten. Das wäre doch einmal ein Beitrag. Insofern freue ich mich auf die weitere Debatte.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Dass der Kanzler auch noch schlecht in Mathe ist, das hat mich schon überrascht.

Markus Herbrand, FDP:

Wir haben Entlastungen von über 30 Milliarden bereitgestellt



Markus Herbrand (*1971)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Es gäbe einiges richtigzustellen aus der Debatte. Ich möchte mich zunächst an die Kollegen der CDU wenden. Herr Kollege Middelberg, bei al-

lem Respekt: Wenn Sie uns Gießkannenpolitik vorwerfen, dann empfehle ich Ihnen die Lektüre Ihrer Anträge zum Inflationsausgleich. Mehr Gießkanne geht überhaupt nicht.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, wir leben in Zeiten größter Unsicherheit: mindestens 8-prozentige Inflation, ein sinkendes Wirtschaftswachstum. Das sorgt für Angst und Unsicherheit und raubt den Menschen auch die individuelle Freiheit. Deshalb hat die Ampel schon geliefert. In zwei Entlastungspaketen haben wir Entlastungen von über 30 Milliarden Euro bereitgestellt. Neben einmaligen Effekten – die Energiepreispause beispielsweise wurde eingeführt – haben

wir natürlich dauerhafte Entlastungen beschlossen. Es wurde schon gesagt: Der Grundfreibetrag ist rückwirkend angepasst worden. Jetzt passen wir ihn noch einmal an. Die Energieumlage, die Einspeiseumlage, ist dauerhaft abgeschafft worden.

Jetzt das Inflationsausgleichsgesetz: Ich danke dem Bundesfinanzminister dafür, dass er den Entwurf dieses Gesetzes sehr zügig eingebracht hat. Wir gleichen damit zusätzliche Belastungen aus, die sich aus den inflationären Bewegungen

Absolut profitieren immer diejenigen am meisten, die höher verdienen. Das ist so.

und Wirkungen der Steuer ergeben. Bund, Länder und Gemeinden verzichten zusammen auf einen hohen Milliardenbetrag an zusätzlichen Mehreinnahmen. Weil das alles immer so technisch klingt – kalte Progression –, kurz erklärt: Es geht um den Facharbeiter, der, wenn er in einem Jahr 40 000 Euro verdient, im nächsten Jahr aber nur noch die Kaufkraft von 37 000 Euro hat, weiter besteuert wird, als hätte er 40 000 Euro. Das wollen wir ausgleichen.

Wir bauen auch eine Gerechtigkeitskomponente ein. Der Tarifausgleich wird – und zwar erstmalig – dort nicht vorgenommen, wo die sogenannte Reichensteuer beginnt. In der Vergangenheit ist das immer geschehen. Diesmal verzichten wir darauf.

Es muss aber auch deutlich gemacht werden, sehr geehrte Damen und Herren, dass jeder, der diese Regelung jetzt nicht mitträgt,

verantwortet, dass die Menschen dieses Landes im unteren und mittleren Einkommensbereich zusätzlich belastet werden in den kommenden Jahren. Das wollen wir verhindern.

Geben Sie mir noch kurz die Gelegenheit, auch auf die Kritik einzugehen: Absolut profitieren immer diejenigen am meisten, die höher verdienen. Das ist selbstverständlich in unserem progressiven Steuertarif angelegt. Das ist so. Sie können nicht progressiv besteuern und linear entlasten. Das macht keinen Sinn.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Alois Rainer, CSU:

Sie müssen die Probleme endlich bei der Wurzel packen



Alois Rainer (*1965)
Wahlkreis Straubing

Sehr geehrte Ampelkoalitionäre! Sie können nichts dafür, dass in der Ukraine Krieg herrscht. Da kennen wir den Aggressor: Putin. Sie sind aber dafür verantwortlich, für Alternativen zu sorgen und unser Land nicht in ein finanz- und energiepolitisches Chaos zu steuern.

Dass Entlastungen möglich sind, zeigen Sie mit dem Inflationsausgleichsgesetz. Positiv hervorzuheben sind hier unter anderem die Anhebung des Kinderfreibetrages und des Kindergeldes. Gut, dass das umgesetzt wird.

Mit der geplanten Änderung des Einkommensteuertarifs haben Sie sowohl die Arbeitgeberverbände als auch die Gewerkschaften gegen sich aufgebracht; aber gut. Rentnerinnen und Rentner sowie Studie-

rende haben Sie nun im dritten Entlastungspaket immerhin auch berücksichtigt. Das ist gut. Ich hoffe, dass diese Entlastung auch richtig ankommt.

Meine Damen und Herren, mit der befristeten Senkung der Mehrwertsteuer auf 7 Prozent für Gaslieferungen sind Sie einer unserer Forderungen endlich nachgekommen. Das begrüßen wir. Wenn Sie es jetzt auch noch schaffen, die Stromsteuer zu senken und die allgemeine Belastung mit dieser unsäglichen Gasumlage abzuschaffen, dann würde dies allen Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land zugutekommen.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen der Ampel, was Sie wieder vollständig vergessen haben, sind die kleinen und mittelständischen Unternehmen in unserem Land, die kaum von den Neuerungen profitieren.

Wenn ich die Ankündigungen höre, dann ist das schon alles sehr, sehr spannend.

Zur Inflationsbekämpfung gehört nun einmal in erster Linie auch bei uns die Senkung der Energiepreise. Die Gasumlage wirkt sich auf die Unternehmen aus, wirkt

sich auf private Haushalte aus, wirkt sich auch auf das produzierende Gewerbe aus. Die Senkung der Mehrwertsteuer ist gut – das habe ich schon gesagt –, aber die Unternehmen profitieren einfach nicht davon, weil sie sie in der Vorsteuer schon geltend machen können. Das hat also unternehmenstechnisch keine Wirksamkeit. Die Gasumlage, wie vorhin schon gesagt, wird am Ende der Tage bei jeder Verbraucherin und bei jedem Verbraucher mit erhöhten Preisen ankommen. Betriebswirtschaftlich muss sie auch einmal umgelegt werden. Wenn ich die Kosten nicht umlege oder aufhöre, zu produzieren, dann ist irgendwann einmal Schluss mit der Firma. Deshalb sollte man sie umlegen.

Die Senkung der Mehrwertsteuer ist gut, aber die Unternehmen profitieren einfach nicht davon.

Ganz spannend finde ich, dass die Verstaatlichung von Uniper dazu führt, dass der Bundeswirtschaftsminister zuerst gesagt hat, dass er finanzverfassungsrechtliche Zweifel an der Gasumlage hat, weil nunmehr ein verstaatlichtes Unternehmen von der Zwangsgasumlage profitieren würde. Kurz darauf verkündet er aber, dass die Gasumlage trotz der Verstaatlichung von Uniper kom-

men würde. Ja, was denn jetzt? Wo wollen wir denn am Ende der Tage hin? Ich sage Ihnen eins: Ich war 35 Jahre selbstständig, habe zum Jahreswechsel letzten Jahres meinen Betrieb übergeben. Ich habe in den 35 Jahren meiner Selbstständigkeit noch nie so ein politisches Wirrwarr erlebt, wie wir es zur jetzigen Zeit erleben.

Ich sage aus eigener Erfahrung: Die Betriebe müssen planen können. Wir müssen jetzt Energieverträge abschließen, um die Stromversorgung für das kommende Jahr zu sichern, um die Gasversorgung für das kommende Jahr zu sichern. Kein Mensch weiß, ob er jetzt einen Stromvertrag mit den erhöhten Strompreisen abschließen soll oder wie lange er noch warten soll. Und wenn er länger warten muss, dann

wird er in eine Notversorgung getrieben, die von Haus aus das Vielfache mehr kostet. Deshalb sage ich: Ich verstehe nicht, warum die FDP solche Dinge mitmacht. Ihr wisst es doch besser. Drückt etwas auf die Tube, damit es schneller geht, damit in dieser Koalition auch für die Betriebe etwas vorangeht.

Sie müssten es eigentlich besser wissen: Die Politik „linke Tasche, rechte Tasche“ reicht nicht aus. Sie müssen die Probleme endlich bei der Wurzel packen. Und Sie wissen auch, wie es geht; davon bin ich überzeugt. Nur rein ideologische und rein parteipolitische Gründe bremsen Sie, hier tätig zu

werden.

Das Angebot an Energie muss vergrößert werden, in allen Bereichen, in jeder Erzeugungsform. Frau Kollegin, also über Bayern ist vorhin schon genug diskutiert worden. Es ist schon viel gesagt worden, was die Situation in Bayern anbetrifft. Ich lade Sie ein: Kommen Sie in meine Kommune! Meine Kommune ist energieautark. Das ist Politik. In Bayern haben wir eine gute Energiepolitik; das ist vorhin schon angesprochen worden.

Erhöhen Sie das Angebot! Steigen Sie in die temporäre Verlängerung der Erzeugung von Atomstrom ein! Öffnen Sie den Biogasdeckel! Eines gebe ich Ihnen noch mit auf den Weg: Schauen Sie einmal, dass die Windräder weiterlaufen, auch wenn

seltene Vögel unterwegs sind! Dann werden die Windräder nämlich gestoppt, liebe Kolleginnen und Kollegen. So könnten wir auch ein Stück weit mehr Strom haben. Und abschließend: Ändern Sie endlich – das wissen Sie auch – das Merit-Order-System! Dann kommen wir zu einer guten Lösung. Wenn Sie das machen, haben Sie uns an Ihrer Seite.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich verstehe nicht, warum die FDP solche Dinge mitmacht. Ihr wisst es doch besser.

Frauke Heiligenstadt, SPD:

Wir entlasten mit dem Gesetz rund 48 Millionen Menschen



Frauke Heiligenstadt (*1966)
Wahlkreis 52

Der Progressionsbericht liegt in der Endfassung noch nicht vor. Trotzdem ist die Bundesregierung nicht untätig und hat im Vorgriff auf die zu erwartenden Werte des in Kürze vorliegenden Progressionsberichtes den Vorschlag für neue Tarifeckwerte bei der Einkommensteuer mit diesem Gesetzentwurf vorgelegt. Ich hatte bei vorangegangenen Wortbeiträgen, insbesondere der Kollegen der Oppositionsfractionen, manchmal das Gefühl: Sie reden gar nicht über den Gesetzentwurf, der hier zur Beratung vorliegt, sondern über irgendwelche anderen Themen.

Ich komme auf den Gesetzentwurf zurück, der uns jetzt zur Beratung vorliegt. Mit der Verschiebung der Eckwerte erreichen wir, dass eine höhere Lohnentwicklung bei den Menschen direkt ankommt. Hinzu kommt, dass wir den Grundfreibetrag anheben werden. So werden wir den Grundfreibetrag im Einkommensteuertarif für 2023 auf 10 632 und für 2024 auf 10 932 Euro anheben. Das führt zu einer Entlastung insbesondere der Menschen mit niedrigem Einkommen.

Außerdem wollen wir die Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen in unserem Land besonders in den Fokus nehmen. Das ist nicht nur Auffassung der Regierung, sondern insbesondere der SPD-Bundestagsfraktion. Der Vorsitzende des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes weist in einem Artikel der „FAZ“ vom 13. September 2022 auf eine besonders prekäre Situation der Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen hin. Er macht deutlich, dass bis zu 60 Prozent der deut-

lichen Haushalte ihre gesamten verfügbaren Einkünfte zukünftig monatlich für die reinen Lebenshaltungskosten werden aufwenden müssen. Die weiter steigenden Kosten stellen sie vor ungeahnte Herausforderungen. Ich fasse diese Aussage so zusammen: Haushalte, die momentan weniger als 3 600 Euro netto als Haushaltsgesamteinkommen zur Verfügung haben, können nichts mehr auf die hohe Kante legen. – Das betrifft in unserem Land einen Großteil der Menschen. Und deshalb kümmern wir uns auch um die Anliegen der Menschen mit mittlerem und kleinem Einkommen. Es ist deshalb richtig, dass wir mit dem dritten Entlastungspaket und den vorangegangenen beiden Paketen mit in Summe fast 100 Milliarden Euro verschiede-

Wir wollen die Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen in den Fokus nehmen.

ne Maßnahmen zur Entlastung der Haushalte auf den Weg gebracht haben. Dabei ist es der Koalition und insbesondere meiner Fraktion ganz besonders wichtig, dass wir die Menschen mit mittlerem und kleinem Einkommen entlasten.

Mit dem vorgelegten Inflationsausgleichsgesetz entlasten wir rund 48 Millionen Menschen in der Bundesrepublik. Das sind nicht nur Reiche, liebe Kolleginnen und Kollegen; das sind vor allen Dingen Menschen mit mittlerem und kleinem Einkommen. Wir zahlen die Energiepreispauschale aus, wir erhöhen die Fernpendlerpauschale, wir zahlen den Kinderbonus und auch Heizkostenzuschüsse. Weiterhin ist die Wohngeldreform in Arbeit und das neue Bürgergeld in Vorbereitung. – Meine Damen und Herren, das sind die umfangreichsten Entlastungen, die wir seit Bestehen der Bundesrepublik auf den Weg gebracht haben. Und das ist wichtig für die Menschen in unserem Land.

Die gestrige Anhörung im Finanzausschuss zu einem Antrag der Union zur Bekämpfung der Inflation und der kalten Progression hat allerdings auch gezeigt, dass eine reine Verschiebung der Tarifeckwerte und eine Erhöhung des Grundfreibetrages nicht ausreichen. Um die Benachteiligung der Bezieher niedriger Einkommen gegenüber den Beziehern höherer Einkommen durch die Inflation auszugleichen, braucht es

weitere Maßnahmen. Deshalb ist es meiner Fraktion besonders wichtig, mit Direktzahlungen Haushalte zu entlasten, insbesondere Familien. Dazu gehört zum Beispiel die Erhöhung des Kindergeldes. Das Kindergeld wird ab 1. Januar nächsten Jahres schrittweise für das erste und zweite Kind um 18 Euro sowie für das dritte Kind um 12 Euro monatlich erhöht, und damit werden für das erste, zweite und dritte Kind im Jahr 2024 jeweils einheitlich 237 Euro monatlich gezahlt. Eine vierköpfige Familie mit einem Bruttoeinkommen von circa 56 000 Euro, um eine Beispielrechnung zu nennen, wird mit Kindergeld und entsprechender Tarifeckwertebetrachtung eine Entlastung von rund 680 Euro haben. Das ist nicht nichts, liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition. Außerdem erhöhen wir den Kinderfreibetrag und den Unterhalts höchstbetrag bei der Einkommensteuer. Ich nenne das zielgerichtete Entlastung, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Die Erhöhung des Kindergeldes

gilt auch für einkommensschwache Familien, wenn sie zum Beispiel gar keine Einkommensteuer bezahlen.

Ich weise nur der Vollständigkeit halber darauf hin, dass geringverdiener, auch soweit sie keine Einkommensteuer zahlen, durch die Entlastungspakete, die geplante Stärkung des Wohngeldes, das geplante Bürgergeld und die Erhöhung des Mindestlohnes ab Beginn des nächsten Monats deutlich unterstützt werden. Das ist soziale Politik für die Menschen in unserem Land, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Ich betone aber nochmals: Die SPD steht dafür ein, dass insbesondere die Menschen entlastet werden, die am meisten von der Inflation betroffen sind, und das sind eben die Menschen mit kleinem Einkommen. Wir stehen an der Seite dieser Menschen in diesem Land. Wir lassen niemanden allein; denn das ist für uns eine Frage der Gerechtigkeit.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in meinen letzten Redebeiträgen in diesem Hohen Haus habe ich mich gelegentlich auch mit den Vorschlägen der größten Oppositionsfraction aus-

einandergesetzt. Sehr geehrter Herr Rainer und sehr geehrter Herr Middelberg, nach der gestrigen Anhörung im Finanzausschuss zu Ihrem Inflationsausgleichsantrag sage ich Ihnen allerdings ganz ehrlich: Ziehen Sie Ihren Antrag am besten zurück! Eine größere Klatsche als bei dieser Anhörung konnten Sie nicht bekommen. Ich will Sie da nicht weiter quälen, indem ich die Hinweise der hochrangigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der gestrigen Anhörung noch mal vortrage. Aber vielleicht nur so viel: Wenn schon Ihre Analyse fehlerhaft ist – das haben Sie sogar schriftlich bekommen –, dann sind auch die von Ihnen gezogenen Schlussfolgerungen falsch.

Deshalb macht es gar keinen Sinn, hier noch einmal über Ihre Forderungen zu diskutieren. Es macht auch keinen Sinn, dass Sie sie ständig wiederholen. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Wir lassen niemanden allein; denn das ist für uns eine Frage der Gerechtigkeit.

Klaus Stöber, AfD:

Diese Regierung wird diesen Winter nicht überleben



Klaus Stöber (*1961)
Wahlkreis 190

Die Regierung schnürt ja ein Entlastungspaket nach dem anderen. Aber was Sie natürlich nicht verraten: Dieses Entlastungspaket ist kein Geschenk. Sie finanzieren das ja aus unseren Steuern. „Linke Tasche, rechte Tasche“, das macht die SPD besonders gut.

Wenn ich mir den Vorschlag angucke, die Umsatzsteuer auf Gas zu reduzieren, dann fällt mir auf:

Sie bekämpfen doch nicht die Ursachen; Sie bekämpfen die Symptome dieser Krise. Die Ursache ist Ihre desolante Energiepolitik, und die Ursache ist auch die vollkommen gescheiterte Sanktionspolitik gegenüber Russland. Das hat jetzt nichts mit Putin zu tun. Ich sage Ihnen mal in aller Deutlichkeit: Für mich ist Putin kein Demokrat. Für mich ist auch der Überfall Russlands ein völkerrechtswidriger Krieg. Aber nach dem gleichen Maßstab müssten Sie sagen: Auch der Überfall der USA auf Vietnam oder den Irak war ein völkerrechtswidriger Krieg.

Sie entlasten private Verbraucher, aber gleichzeitig packen Sie mit der Gasumlage eine neue Belastung obendrauf. Die Belastung durch die Gasumlage ist viel höher als das, was die Bürger durch die Reduzierung der

Umsatzsteuer einsparen.

Der Konzern Uniper, ein finnischer Staatskonzern, profitiert besonders von dieser Gasumlage. Einer der Aufsichtsratsmitglieder – das wissen Sie vielleicht – ist Herr Philipp Rösler: ehemaliger Vorsitzender der FDP, langjähriger Wirtschaftsminister. Herr Lindner, vielleicht erklären Sie uns bei Gelegenheit, ob Sie mit ihm in den letzten acht Wochen öfters telefoniert haben.

Eines steht doch fest: Mit der Uniper-Übernahme, der Verstaatlichung des Uniper-Konzerns, werden doch die Kosten noch viel höher. Bisher haben wir nur von einem Ausgleich

des Verlustes von rund 12 Milliarden Euro gesprochen. Jetzt müssen wir noch einen Kaufpreis von 9 Milliarden Euro finanzieren und

Sie finanzieren aus Steuern. »Linke Tasche, rechte Tasche« macht die SPD besonders gut.

8 Milliarden Euro an den Staat Finnland zurückzahlen, weil Finnland diesem Unternehmen ein Darlehen gewährt hat. Also, wir kommen jetzt auf fast 30 Milliarden Euro. Da kann man schon einmal darüber nachdenken, dass wir wahrscheinlich im Dezember wieder hier sitzen und über eine Erhöhung der Gasumlage sprechen werden.

Ich sage Ihnen: Die Umsatzsteuersenkung kommt vielleicht bei den privaten Verbrauchern an, aber nicht bei den Unterneh-

men. Ich war letzte Woche bei einem Unternehmen in Suhl, einer Gesenkschmiede – sehr energieintensiv –, deren monatlicher Abschlag sich von 15 000 Euro auf 50 000 Euro erhöht, und das nur beim Strom. Und in meinem Heimatort haben zum 30. September zwei Bäcker ihre Geschäfte ge-

Diese Regierung hat es in einem Jahr geschafft, uns in die größte Krise seit 1928 zu stürzen.

schlossen. Herr Habeck würde sagen: Die sind nicht pleitegegangen, die haben einfach nur zugemacht. – Das stimmt in diesem Fall auch. Ja, sie haben rechtzeitig zugemacht. Aber damit gehen nicht nur Arbeitsplätze verloren, damit gehen auch Identität und Tradition in unserem Ort verloren. Ob das

durch diese ganzen Aktionen gerechtfertigt ist, möchte ich in Zweifel ziehen.

Eines will ich Ihnen auch sagen: Diese Regierung hat es in nur einem Jahr geschafft, uns in die größte Krise seit 1928 zu stürzen. Die Proteste auf den Straßen werden dazu führen, dass diese Regierung diesen Winter nicht überleben wird.

Herr Merz, ein Wort noch an Sie: Sie hatten die Montagsdemonstrationen kritisiert.

Ich kann Ihnen eines sagen:

Das sind keine Rechten, die dort demonstrieren. Das sind ganz einfache Bürger, die die Nase voll haben von dieser Regierung. Danke schön.

(Beifall bei der AfD sowie des Abg. Robert Farle [fraktionslos] – Michael Schrodi [SPD]: Die Jahre 1933 bis 1945 kennen Sie nicht, nur 1928! Das ist eine Frechheit! – Gegenruf des Abg. Kay Gottschalk [AfD]: Geschlagene Hunde bellen, liebe Sozialdemokraten!)

Katharina Beck, Bündnis 90/Die Grünen:

Die aktuelle soziale Lage in Deutschland ist leider bestürzend



Katharina Beck (*1982)
Landesliste Hamburg

Das Inflationsausgleichsgesetz und damit auch der Abbau der kalten Progression ist ein großer Bestandteil des 65 Milliarden Euro schweren Entlastungspakets III. Es geht hier um die hohen Preissteigerungen und die Antwort des Staates darauf, wie er den Menschen helfen kann, diese abzufedern. Ich wundere mich über Ihr Staats- und Steuerverständnis, Herr Middelberg, das doch sehr abwertend formuliert war. Hier geht es darum, Menschen wirklich zu helfen, und nicht darum, dass sich der Staat irgendwie bereichert.

Es ist wichtig, dabei ein Augenmerk auf das immense soziale Ausmaß dieser aktuellen Krise und der damit einhergehenden Inflation zu legen, einer Krise, die – das möchte ich hier ganz klar sagen – von Putin und Russland ausgelöst wurde. Aber die Ursache für unsere Probleme und die hohen Preise liegt auch in der verheerend naiven Energiepolitik unserer Vorgängerregierung, die uns bis zur Unerträglichkeit von ebendiesem Putin und seinem Gas abhängig gemacht hat.

Die Ampel arbeitet jetzt mit aller Kraft gemeinsam daran, uns unabhängig zu machen und die

Ursachen für die hohen Preise, die Resultate Ihrer schlechten Energiepolitik, zu bekämpfen. Dass trotz des Lieferstopps im Gasbereich die Füllstände bei über 90 Prozent liegen, ist ein krasses Verdienst unseres Wirtschafts- und Energieministers Robert Habeck und unserer gesamten Ampelregierung. Der massive Ausbau der Erneuerbaren, der Freiheitsenergien, wird mittelfristig auch zu Preissenkungen führen und uns zukunftsfähig aufstellen.

Die aktuelle soziale Lage in Deutschland ist leider bestürzend. Laut einer INSA-Befragung verzichten bereits 16 Prozent der Menschen in Deutschland aufgrund der hohen Inflation auf regelmäßige Mahlzeiten, weitere 13 Prozent denken darüber nach. Schauen Sie sich hier ein-

mal um, und stellen Sie sich vor, jeder Dritte hier im Raum hätte aufgrund von Geldknappheit Probleme oder Sorgen, geregelt zu essen. In Deutschland ist das leider aktuell Realität. Die Lebensmittelpreise sind explodiert. Hinzu kommen die noch stärker explodierenden Energiekosten, die vielen Existenzsorgen bereiten.

Am härtesten trifft dies die rund 40 Prozent der Deutschen, die überhaupt keine Rücklagen haben, circa 33 Millionen Menschen. Es trifft die Menschen mit kleineren und mittleren Einkommen, die bisher zum Teil aufgrund der hohen Mietkosten kaum etwas zurück-

Schon vor der Krise ging es nicht allen gut. Die Ungleichheit in diesem Land ist strukturell.

legen konnten, weil Sie die Mieten so haben explodieren lassen. Aufgrund ihres Einkommens haben sie keinen Spielraum, die steigenden Preise abzufedern. Deswegen fokussieren wir uns als Ampel auf die Bezieher kleinerer und mittlerer Einkommen und entlasten sie mit einem Gesamtpaket, das sehr gut ist.

Die Wahrheit ist leider: Schon vor der Krise ging es nicht allen gut. Die Ungleichheit in diesem Land ist strukturell. Wir haben die Regierung zu einem Zeitpunkt übernommen, in dem jedes fünfte Kind in Deutschland in Armut lebte, jedes fünfte Kind in dem Land, das das viertreichste der Welt ist. Man kann wirklich erschüttert sein, dass Sie das Land so hinterlassen haben.

Die Ampel handelt mit großer Verantwortung. Das dritte Entlastungspaket umfasst 65 Milliarden Euro, zusätzlich zu den 30 Milliarden Euro aus den ersten beiden Paketen. Hinzu

kommen Wirtschaftshilfen in immensum Ausmaß; denn Deutschland muss auch zukunftsfähig bleiben. Gleichwohl – das muss ganz klar gesagt werden –: Diese Krise ist so groß, dass wir als Politik nicht alles abfedern können. Unsere Priorität muss auf der Abfederung der größten Härten liegen.

Es ist bekannt, dass wir Grüne im Sommer die Vorschläge zum Abbau der kalten Progression kritisiert haben; denn dies hätte dazu geführt, dass Geringverdienende viermal so wenig entlastet worden wären wie Vielverdienende. Zusammen mit den anderen Maßnahmen im Paket ist das Ergebnis, dass am unteren Ende tatsächlich viel entlastet wird. Zum Beispiel wird eine Alleinerziehende mit einem Kind mit nur 1 000 Euro Einkommen im Monat – auf Basis der Berechnungen der Universität Nürnberg – mit 869 Euro über das Jahr entlastet. Und eine Alleinerziehende mit einem Einkommen von 6 500 Euro pro Monat wird mit 765 Euro im Jahr entlastet. Bei den Beziehern geringer, niedriger und mittlerer Einkommen ist noch etwas zu tun, aber die Richtung stimmt.

Dazu tragen beispielsweise die im Koalitionsausschuss verhandelte Anhebung des Kindergelds um 18 Euro und auch die erneute Anhebung des Grundfreibetrags bei. Beides ist schon Teil dieses Gesetzentwurfs.

Wichtig ist, dass wir bald die Anhebung des Kinderzuschlags auf den Weg bringen und die wirklich notwendige Kindergrundsicherung gut aufstellen.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP)



Das Inflationsausgleichsgesetz soll die Bürgerinnen und Bürger entlasten.

© picture alliance / Zoonar | Designit

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Johannes Steiniger (CDU), Tim Klüssendorf (SPD), Sebastian Schäfer (Bündnis 90/Die Grünen) und Klaus Stöber (AfD).

Debatte zum Antrag „Frieden und Freiheit in Europa verteidigen“ / 54. Sitzung des 20. Deutschen Bundestages am 23. September 2022

Dr. Johann David Wadephul, CDU:

Man entscheidet nicht in Talkshows, sondern im Bundestag



Johann David Wadephul (*1963)
Landesliste Schleswig-Holstein

Der schreckliche Aggressionskrieg Russlands gegen die Ukraine hat eine neue Phase erreicht, indem Präsident Putin es für notwendig gehalten hat, eine Teilmobilisierung der russischen Streitkräfte zu verkünden, und vor allen Dingen Referenden angekündigt hat für die von Russland rechtswidrig okkupierten Territorien. Ich bin Bundeskanzler Olaf Scholz dankbar für seine Rede vor den Vereinten Nationen und für die klaren Worte, die er und auch Außenministerin Annalena Baerbock in New York gefunden haben, mit denen das klar verurteilt wurde.

Die deutsche Position, die Position der Bundesregierung, wird von der CDU/CSU-Fraktion vollinhaltlich unterstützt. Das ist russischer Imperialismus. Das darf sich nicht durchsetzen. Wir stehen an der Seite der Ukrainerinnen und Ukrainer, und die gesamte internationale Ordnung ist aufgefordert, diese erneute russische Aggression zurückzuweisen und die Rechtsordnung zu verteidigen.

Mir ist diese Gemeinsamkeit wichtig; denn wir werden jetzt über eine Differenz miteinander diskutieren aufgrund eines erneuten Antrages der CDU/CSU-Fraktion, der bemerkenswerterweise notwendig geworden ist, obwohl der Deutsche Bundestag schon am 28. April dieses Jahres einen eindeutigen Beschluss gefasst hat. Der lautet nämlich, schwere Waffen an die Ukraine zu liefern. Dazu gehören alle gepanzerten Fahrzeuge, die auch in Deutschland verfügbar sind. Und es ist bemerkenswert genug – dieser Beschluss, Herr Kühnert, enthält keine Klausel, dass davon Schützenpanzer oder Kampfpanzer ausgenommen werden –, dass die Bundesregierung

einen Beschluss des Deutschen Bundestages nicht umsetzt und wir hier zum zweiten Mal beantragen müssen, darüber zu diskutieren. Das ist ein Ding an sich.

Dazu möchte ich folgende Bemerkungen machen. Der erste Punkt ist: Es fehlt seitens der Bundesregierung, des Bundeskanzlers insbesondere, nicht nur für uns, sondern ganz offenkundig ja auch für Sie – das erläutern Sie ja auch öffentlich häufig genug – jede Begründung dafür, warum die Bundesregierung die Lieferung bzw. die Ermöglichung der Lieferung von Panzern und Schützenpanzern an die Ukraine verweigert. Und das allein ist in einer derartig schwierigen Situation ein schwerer Fehler des Bundeskanzlers. Wenn er Unterschiede macht, dann muss er sie auch erläutern, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es ist darüber hinaus an den Haaren herbeigezogen, zwischen dem Schützenpanzer Marder und dem Gepard, der erfreulicherweise geliefert wurde bzw. dessen Lieferung ermöglicht wurde, einen derartigen Unterschied zu machen. Es könnte – das hat der frühere Vorsitzende des Verteidigungsaus-

schusses und ehemalige Wehrbeauftragte Dr. Hans-Peter Bartels, aus Ihrer Fraktion, diese Woche noch einmal deutlich gemacht – eine dreistellige Zahl von Schützenpanzern Marder ohne Schwächung der Bundeswehr sofort geliefert werden. Und es ist Ihre Verantwortung, dass das nicht geschieht. Das sind Panzer, die der Ukraine fehlen. Deutschland könnte deren Lieferung ermöglichen, ohne die Bundeswehr zu schwächen. Das nicht zu tun, ist ein schwerer Fehler, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Der zweite Punkt ist, dass insbesondere die Kolleginnen und Kollegen aus den Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und FDP nicht müde werden, Woche für Woche zu betonen, dass sie ja dafür seien. In dem Punkt, Herr Kühnert, haben Sie ja recht: In Talkshows werden derartige Entscheidungen nicht getroffen, sondern hier im Deutschen Bundestag. Deswegen sage ich in

aller Ernsthaftigkeit: Alle diejenigen, die auch diese Woche wieder in Interviews, in Tweets und Veröffentlichungen, die Sie überall gemacht haben, immer wieder dafür eingetreten sind, dass Panzer und Schützenpanzer geliefert werden sollen, sind aufgefordert, hier und heute dazuzustimmen. Hier werden die politischen Entscheidungen getroffen, nicht in Talkshows. Hier wird die politische Entscheidung getroffen, ob Deutschland so etwas macht oder nicht macht. Dafür gibt es die Freiheit des Gewissens.

Die Sache ist mittlerweile ernst genug. Sie alle wissen, worum es geht. Denn das hat mittlerweile eine erhebliche europapolitische Komponente. Wenn Sie mit Kolleginnen und Kollegen aller Couleur aus mittel- und osteuropäischen Staaten, aber auch – das sage ich als Norddeutscher – aus skandinavischen Staaten sprechen, werden Sie feststellen: Diese deutsche Politik verursacht mittlerweile eine tiefe Spaltung Europas. Deutschland ist aufgefordert, Europa zusammenzuführen und es nicht zu spalten, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Letztlich ist es natürlich die Lage in der Ukraine selber – und das nicht nur jetzt durch die russische

Teilmobilisierung, sondern auch schon bisher. Jeder Schutz durch Panzer, der den Soldaten der Ukraine fehlt, sorgt für Opfer, sorgt für Verletzungen, sorgt für Todesfälle. Wenn man es ernst meint damit, dass man sagt: „Wir wollen, dass es keinen Diktatfrieden gibt“, und wenn man es ernst meint damit, dass man sagt: „Wir stehen vollständig hinter der Ukraine“, und wenn man es ernst meint damit, dass man sagt: „Wir bewundern den Mut und die Tapferkeit der Soldaten der Ukraine“, und wenn man es ernst meint damit, dass man erschrocken ist über das, was die Russen alles machen – es gibt Massengräber nicht nur in Butscha, sondern mittlerweile auch in Isjum –, und wir alle sagen: „Nie wieder! Deutschland muss dafür sorgen, dass so etwas nie wieder geschieht“, dann muss man hier jetzt einen entscheidenden Schritt weitergehen.

Und dann frage ich: Wann, wenn nicht jetzt, nachdem wir diese Taten festgestellt haben? Wo, wenn nicht hier im Deutschen Bundestag? Und: Wer, wenn nicht wir? Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages fordern die Bundesregierung auf, jetzt diese Lieferungen zu ermöglichen, damit die Ukraine sich und auch unsere Freiheit verteidigen kann.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Deutschland könnte eine Lieferung ermöglichen, ohne die Bundeswehr zu schwächen

Gabriela Heinrich, SPD:

Der Kurs der Regierung ist besonnen, klar und weitsichtig



Gabriela Heinrich (*1963)
Landesliste Bayern

Dreißig Flakpanzer Gepard, 10 Panzerhaubitzen 2000, 3 Mehrfachraketenwerfer Mars II, 2 700 Fliegerfäuste Strela, 21,8 Millionen Schuss Handwaffenmunition und

100 000 Handgranaten wurden aus Deutschland geliefert. Diese Aufzählung ließe sich mit insgesamt 61 Einträgen fortsetzen; das mache ich aber nicht. Damit arbeitet die ukrainische Armee, und damit konnte sie jüngst große Gebiete zurückerobert. Dabei war sie offensichtlich so erfolgreich, dass Putin sich zur Teilmobilisierung und zu überhasteten Referenden gezwungen sieht. Die Lieferung von 4 weiteren Panzerhaubitzen 2000, 50 Dingo-Fahrzeugen und 16 Brückenlegepanzern wird neben vielem mehr gerade vorbereitet und durchgeführt.

Von der CDU/CSU-Fraktion, Herr Wadephul, werden diese Lieferungen als „Almosen“ bezeichnet. Und das hat mit der Wirklichkeit nichts, aber auch gar nichts

mehr zu tun. Zurückzuweisen ist das vor allen Dingen deshalb, weil wir modernstes Gerät liefern und liefern werden, und das wissen Sie auch. Die Ukraine selbst bestätigt, dass deutsche Waffen für die Erfolge maßgeblich waren. Vielleicht sollten Sie sich in der eigenen Fraktion auch einmal fragen, weshalb Sie diesen wichtigen deutschen Beitrag entgegen der Einschätzung der Ukraine ständig klein- und schlechtreden wollen.

Deutschland liefert. Mit den Vereinigten Staaten von Amerika und dem Vereinigten Königreich

sind wir der größte Waffenlieferant der Ukraine, und wir sind der größte Lieferant innerhalb der EU. Das ist doch die europäische Führungsrolle, die Sie einfordern. Was dabei besonders wichtig ist – deshalb habe ich die USA, Großbritannien und die EU hier genannt –: Deutschland liefert im Verbund mit unseren westlichen Partnern. Wenn die Union so laut nach Kampfpanzern ruft, dann ruft sie in Wirklichkeit nach einem deutschen Alleingang und eben nicht nach einer Initiative; denn weder die Amerikaner noch die Franzosen haben bisher erkennen lassen, dass sie Kampfpanzer westlicher Bauart liefern wollen. Olaf Scholz hat seit Beginn dieses Krieges deutlich gemacht, dass er

stets im Verbund mit den westlichen Partnern handeln wird. Wir stehen gemeinsam fest an der Seite der Ukraine. Wir wollen, dass sich die Ukraine gegen den Ver-

Die Ansprechpartner von Olaf Scholz sitzen in Paris, Brüssel und Washington, im Weißen Haus.

brecher Putin verteidigen kann und bestehen wird. Der Kurs der Bundesregierung ist genau das, was Sie in der Union vermissen lassen: besonnen, klar und weit-sichtig.

Die Regierung ist sich hier einig. Christian Lindner hat dazu gesagt: Wir machen alles abgestimmt mit unseren Partnern, Freunden und Verbündeten, vor allem auch den USA. Auch die Außenministerin hat vor Alleingängen bei der Lieferung von Kampfpanzern gewarnt. Sie hat gesagt, dass wir diesen Schritt nur gemeinsam mit unseren internationalen Partnern gehen können. Übrigens unterstützen

auch die Bürgerinnen und Bürger diesen Kurs. Laut einer neuen forsa-Umfrage stimmt die Mehrheit der Deutschen der Linie der Bundesregierung zu, auch und gerade im Hinblick auf Kampfpanzer.

Ich halte fest: Wir werden weiter liefern. Und ich möchte drei Prinzipien nennen, nach denen wir liefern werden und auch schon geliefert haben. Erstens: immer mit der Besonnenheit, nicht selbst in den

Krieg einzutreten. Zweitens: immer mit der Maßgabe, dass die Fähigkeit der Bundeswehr zur Bündnis- und Landesverteidigung gegeben sein muss. Drittens: Diese Waffenlieferungen erfolgen ebenso wie die Sanktionen in enger Abstimmung mit unseren europäischen und transatlantischen

Was besonders wichtig ist: Wir liefern im Verbund mit unseren westlichen Partnern.

Partnern.

Herr Wadephul, Sie haben den Antrag erwähnt, den wir Ende April gemeinsam verabschiedet

haben. Kommt Ihnen der dritte Punkt da nicht bekannt vor? Wir haben ihn in diesem Haus verabschiedet, gemeinsam. Wir hatten uns auf die umfassende Unterstützung der Ukraine geeinigt. Sie haben das seitens CDU und CSU so mitgetragen und auch betont, dass wir uns dabei mit unseren Partnern abstimmen. Und genau das machen wir. Die Ansprechpartner von Olaf Scholz sitzen in Paris, in Brüssel und in Washington, im Weißen Haus. – Ich sagte: Weißes Haus.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, eines darf hier nicht fehlen: Bei all dem Leid, bei all der Zerstörung erreichen uns gute

Nachrichten – soweit man dies als gut bezeichnen kann in einem Krieg – aus der Ukraine. Mit bewundernswertem Kampfgeist, mit viel Mut, mit militärischem Geschick und eben auch mit deutschen Waffen ist es der ukrainischen Armee gelungen, große Gebiete im Osten des Landes zu befreien. Den Ukrainerinnen und Ukrainern gebührt unser höchster Respekt für diese Leistung. Wir werden sie dabei weiter tatkräftig unterstützen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Dr. Alexander Gauland, AfD:

Wir rutschen in einem Konflikt, der nicht der unsere ist



Alexander Gauland (*1941)
Landesliste Brandenburg

Selten sind die geheiligten Prinzipien unseres Selbstverständnisses nach 1945 so gnadenlos auf dem Altar einer falschen Realpolitik geop-

fert worden: Wir liefern keine Waffen in Spannungsgebiete. Wir verteidigen allein uns und unsere NATO-Partner. Und zuletzt noch: Sanktionen dürfen uns nicht mehr schaden als den zu Sanktionierenden. – Alles verweht, alles Schnee von gestern.

Wir sind in einer Auseinandersetzung, die uns nicht betrifft, längst Partei geworden, und wir werden es jeden Tag mehr. Wir rutschen auf einer schiefen Ebene in die Teilnahme an einem Konflikt, der nicht der unsere ist. Es ist einfach nicht wahr, dass in der Ukraine auch unsere Freiheit verteidigt wird, dass Herr Putin, so der ukrainische Präsident, die Berli-

ner Mauer wieder errichten will.

Ja, die Ukraine verteidigt sich in einem postzaristischen und postsowjetischen Konflikt. Ja, der Krieg ist völkerrechtswidrig und Putins Ziel einer Wiederherstellung der alten Größe Russlands aus der Zeit gefallen. Aber es ist nicht unser Konflikt. Er berührt keine deutschen Interessen, die Folgen allerdings sehr wohl. Wir spüren unsere Sanktionen gegen Russland am meisten. Wenn Öl und Gas unbezahlbar werden, dann, weil wir,

wie Frau Wagenknecht zu Recht von dieser Stelle aus festgestellt hat, einen Wirtschaftskrieg gegen Russland führen und uns weigern, Nord Stream 2 in Betrieb zu nehmen. Wir haben uns, meine Damen und Herren, auf eine Seite gestellt und müssen nun leider mit den Folgen leben.

Die Union will nun noch einen Schritt weiter gehen und uns mit der Lieferung schwerer Waffen zur Kriegspartei machen. Das ist schon deshalb verantwortungslos, weil es unsere Aufgabe wäre, auf allen diplomatischen Kanälen den Krieg einzugrenzen, um ihn zu beenden, gerade nach den neuesten Entwicklungen, der Teilmobilisierung.

Der Bundeskanzler hat von hier aus gesagt, Putin dürfe diesen Krieg nicht gewinnen. Ich füge hinzu: Er darf

ihn auch nicht verlieren; denn eine Atommacht hat leider Mittel, diese Niederlage abzuwenden. Die Sorge von Präsident Biden ist daher berechtigt, und wir sollten sie ernst nehmen. Deshalb dürfen wir die Flammen nicht anfachen, sondern müssen sie austreten helfen. Die Lieferung schwerer Waffen tut das Gegenteil, meine Damen und Herren.

Von Otto von Bismarck stammt die Beobachtung – Zitat –:

Es ist leicht für einen Staatsmann ..., mit dem populären Winde in die Kriegstrompete zu stoßen und sich dabei an seinem Kaminfeuer zu wärmen ..., aber wehe dem Staatsmann, der sich in dieser Zeit nicht nach einem Grunde zu Kriegen umsieht, der auch nach dem Kriege noch stichhaltig ist.

Herr Wadephul, der Ihre ist es leider nicht. Ich bedanke mich.

(Beifall bei der AfD sowie des Abg. Robert Farle [fraktionslos])

Deshalb dürfen wir die Flammen nicht anfachen, sondern müssen sie austreten helfen.



Die Waffenlieferungen der Bundesregierung werden kritisch beäugt und heizen Grundsatzdiskussionen an.

Omid Nouripour, Bündnis 90/Die Grünen:

Unsere Solidarität mit der Ukraine bleibt ungebrochen



© Grüne im Bundestag, S. Kaminski

Omid Nouripour (*1975)
Wahlkreis Frankfurt am Main II

Die Ansage Putins, dass es jetzt eine Teilmobilmachung gibt, bringt einiges an Veränderungen mit sich: Erstens ist das eine schlechte Nachricht für Frieden in Europa. Zweitens – von all den falschen Dingen, die Sie gerade gesagt haben, Herr Gauland, hat mich das am meisten wahnsinnig gemacht – ist das eine Absage an Verhandlungen; denn was da passiert, ist eine Vorbereitung für den Frühling, eine Vorbereitung für einen langen Krieg. Das ist nicht die Vorbereitung von Verhandlungen. Das muss man einfach zur Kenntnis nehmen. Drittens zeigt das, wie groß der Druck auf Putin und den Kreml ist nach all den Verlusten, die sie jetzt erlitten haben. Der zentrale Grund für diese Verluste ist der Heldenmut der Ukrainerinnen und Ukrainer. Den darf man nicht unterschätzen, den muss man unterstützen. Deshalb ist es zynisch, dass seit acht Monaten Leute Briefe schreiben und Appelle formulieren, in denen die Ukraine aufgefordert wird, einfach die Waffen fallen zu lassen. Das ist der reinste Zynismus. Die Argumente dieser Leute werden jetzt, in diesem Augenblick, widerlegt.

Gerade weil wir sehen, was im Kreml passiert, ist es erst recht notwendig, dass wir einen langen Atem haben bei der Unterstützung der Ukraine – und den werden wir haben; das ist unsere Verpflichtung. Auch der Schutz des Völkerrechts ist unsere Verpflichtung. Das tun wir auch in der Ukraine. Man sieht: Die Waffensysteme helfen, die Waffensysteme helfen, Leben zu schützen. Es ist deshalb richtig, das weiterhin zu machen.

Ich muss aber sagen: Es ist ein bisschen ermüdend, immer wieder über neue und einzelne Waffensysteme zu sprechen. Wir müssen über Fähigkeiten sprechen und über den Bedarf der Ukraine und dann innerhalb des Bündnis-

ses miteinander entscheiden. Ganz ehrlich: Ob das Panzerhaubitzen sind, Schützenpanzer oder Kampfpanzer, am Ende muss die Balance stimmen zwischen einer Abwägung innerhalb des Bündnisses und dem Bedarf der Ukraine. Das ist eine Abwägung jeden einzelnen Tag. Das machen wir in der Bundesregierung, so wie es andere Partnerstaaten auch machen.

Herr Wadephul, ich war letzte Woche in den USA. Ich kann Ihnen sagen, da werden exakt dieselben Debatten geführt. Die Abwägungen dort sind genau dieselben, ebenso wie auch in Frankreich. Richtig ist: Wir müssen schneller werden, wir müssen substanzieller werden, alle miteinander. Aber das werden wir zusammen im Bündnis tun müssen; das ist überhaupt keine Frage. Anders geht das nicht.

Herr Wadephul, Sie haben vorhin einen Satz gesagt, der mich ein bisschen hat aufhorchen lassen. Sie haben gesagt: Es ist klar, dass wir vollständig auf der Seite der Ukraine stehen müssen. – Ja, das stimmt; wir teilen das. Aber es gibt ein paar Fragen, die sich da-

raus ergeben: Wann stellt sich jemand von Ihnen hierhin und sagt mal was zum „Correctiv“-Bericht über Mitglieder Ihrer Partei, die privatwirtschaftlich an Nord Stream verdient haben, was uns in diese Lage gebracht hat? – Okay, kommen wir zum Thema zurück. „Vollständig auf der Seite der Ukraine stehen“, das war doch Ihr Thema. Heute gab es im Haushaltsausschuss eine Abstimmung über einen Fonds. Bei diesem Fonds ging es um Kredite für Unternehmen auch im Westen der Ukraine. Es ging um 25 Millionen Euro. Es ging darum, dass Unternehmen Kredite bekommen zur Ernährungssicherheit, die so neuralgisch ist in diesen Tagen. Erklären Sie doch mal, wie Sie vollständig auf der Seite der Ukraine stehen wollen, wenn Ihre Leute mit dem Argument, das Geld werde in Deutschland gebraucht, diese Kre-

dite heute im Haushaltsausschuss abgelehnt haben! Das ist doch einfach nicht redlich, was Sie gerade veranstalten. Das ist schlicht nicht redlich. Das ist heute im Haushaltsausschuss des Hohen Hauses genau so passiert. – Nein, das ist keine Ablenkung. Das war das konkrete Abstimmungsverhalten der Union heute im Haushaltsausschuss.

Richtig ist, dass wir in der Koalition miteinander daran arbeiten, dass wir so viel wie möglich im Rahmen des Bündnisses helfen. Richtig ist, dass wir das, wo es geht, mit den demokratischen Parteien zusammen machen und machen müssen. Richtig ist, dass wir präzise argumentieren müssen bei der Frage, was geht und was nicht geht. Das haben die Menschen in der Ukraine verdient.

Es gibt auch Argumente, denen ich nicht folgen kann. Das Argument, unsere Waffen führten zur Eskalation, setzt ja voraus, dass die russische Seite Ausreden braucht für die Eskalation. Das ist grotesk. Natürlich braucht sie keine Ausreden. Die Aggression ist da. Und die Waffensysteme schützen.

Richtig ist, dass man gerade da, wo der Ringtausch nicht funktioniert, schauen muss, welche Bestände der Bundeswehr und der

Industrie helfen. Es ist ja offensichtlich, dass uns im NATO-Hauptquartier klar und deutlich gemacht wurde, dass es hilfreich wäre, dort zu helfen. Und richtig ist, dass das alles bekannt ist und dass die Bundesregierung in Gesprächen mit unseren Partnerstaaten alles tut, was notwendig ist, damit das auch geschieht.

Unsere Solidarität mit der Ukraine bleibt ungebrochen. – Herr Wadephul, jetzt mal ganz ehrlich: Wir hatten heute die Debatten zur Energiesicherheit. Nach all dem, was die Union dazu beigetragen hat, dass wir im Bereich Energiesicherheit da sind, wo wir sind, gerade von Ihnen Belehrungen zu bekommen im Hinblick auf die Solidarität mit der Ukraine, die wir ja brauchen, macht uns, ehrlich gesagt, sprachlos. Wir brauchen Ihre Anträge nicht. Wir Grüne standen von der ersten Sekunde an, nicht nur bei Nord Stream 2, sondern auch auf dem Maidan, an der Seite der Menschen in der Ukraine. Das werden wir auch weiterhin tun, unabhängig davon, was Sie hier beantragen oder nicht beantragen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP – Peter Beyer [CDU/CSU]: Kein Wort zum Antrag, kein einziges Wort! – Dr. Johann David Wadephul [CDU/CSU]: Thema weitgehend verfehlt!)

diesen schweren Waffen. Zu diesem Thema müssen Sie ja nicht auf uns, aber doch zumindest auf die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages hören. Diese kommen nämlich zu dem Schluss, dass man mit der Ausbildung an diesen schweren Waffen den gesicherten Bereich der Nichtkriegsführung verlassen würde, was also bedeutet, dass Deutschland droht, sich mit weiteren Waffenlieferungen und der dazugehörigen Ausbildung zunehmend zur Kriegspartei zu machen. Auch das ist absolut verantwortungslos.

Meine Damen und Herren von der Bundesregierung und der Union, wenn Sie ernsthaft an einer Beendigung dieses Krieges interessiert sind, erfordert dies endlich eine verbale, aber auch eine materielle Abrüstung. Deshalb: Hören Sie endlich auf, mit Ihrer Politik diesen Krieg immer weiter in die Länge zu ziehen, und setzen Sie sich statt für Panzeroffensiven doch endlich für Diplomatieoffensiven ein!

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Thomas Ehrhorn [AfD])

Wir müssen schneller werden, müssen substanzieller werden, alle miteinander.

Ali Al-Dailami, Die Linke:

Setzen Sie sich doch endlich für Diplomatieoffensiven ein!



© DIE LINKE im Bundestag

Ali Al-Dailami (*1981)
Landesliste Hessen

Seit Beginn des Ukrainekrieges vergeht kaum eine Woche, in der nicht jemand aus der Bundesregierung oder auch der Union um die Ecke kommt und fordert, dass man mehr und am besten auch immer schwerere Waffen an die Ukraine liefern solle. Und so jagte in den letzten Monaten ein Tabubruch den nächsten. Erst lieferte man 5 000 Ge-

fechtshelme. Es folgten Kleinfeuerwaffen und Stinger-Raketen. Schließlich wurden Haubitzen und Mehrfachraketenwerfer geliefert. Und nun diskutiert man über die Lieferung von Kampfpanzern. Was für ein Wahnsinn, möchte man meinen!

Sie fordern in Ihrem Antrag auch Waffen aus den Beständen der Bundeswehr. Doch der Vorsitzende des Deutschen Bundeswehrverbandes hat unlängst vor weiteren Waffenlieferungen an die Ukraine aus ebendiesen Beständen gewarnt und die damit einhergehende Schwächung der Bundeswehr sogar als „Kannibalisierung unserer Truppe“ bezeichnet. Das mag aus der Perspektive der Bundeswehr auch zutreffen. Doch ich sage Ihnen: Es geht auch darum, die real existierende Kannibalisierung in der Ukraine zu stoppen, und das erreicht man nicht durch mehr und immer schwerere Waffen, meine Damen

und Herren.

Letztes Wochenende wurde bekannt, dass die Bundesregierung die nächste Lieferung schwerer Waffen durchgewunken hat. 18 Panzerhaubitzen soll es geben. Die Waffenschmiede Krauss-Maffei Wegmann sagt Danke und freut sich über ganze 216 Millionen Euro. Doch interessanter ist ein anderes Detail, nämlich dass die Auslieferung frühestens in zweieinhalb Jahren beginnt. Das sind mittlerweile die Dimensionen, mit denen hier hantiert wird. Und genau das ist das Ergebnis der katastrophalen Politik der Waffenlieferungen, nämlich eine Verlängerung dieses abscheulichen Krieges um viele, viele Jahre. Auch die Union setzt mit ihrem Antrag nun alles daran, dass dies so eintritt. Das nenne ich verantwortungslos, meine Damen und Herren.

Auch fordern Sie die Ausbildung ukrainischer Soldaten an

Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, FDP:

Wir müssen alles Mögliche tun, um die Ukraine zu unterstützen



Marie-Agnes Strack-Zimmermann (*1958)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Als die CDU/CSU angekündigt hat, hier im Hause einen Antrag zum Thema „Waffenlieferungen an die Ukraine“ zu stellen, blieb die Welt des politischen Berlins schlagartig stehen. Alle hielten den Atem an. Was würde uns erwarten? Wie würde die Ampel jetzt abstimmen? Eine Zeitung hat dann gewissermaßen – um im Bild zu bleiben – die Bombe platzen lassen und geschrieben:

Der Antrag legt die fehlende Einigkeit innerhalb der Ampel offen. Denn vor allem Liberale und Grüne fordern schon lange mehr deutsches Engagement.

Ich kann nur sagen: Messer-

scharf beobachtet und recherchiert! In der Tat diskutieren wir seit dem 24. Februar darüber, welches der richtige Weg ist, und zwar, wie es sich in einer Regierung gehört, in Verantwortung und übrigens nicht locker vom Hocker. Wir sind uns alle einig, dass wir an der Seite der Ukraine stehen, wirtschaftlich, humanitär und auch militärisch; denn an jedem Tag töten russische Soldaten unschuldige Menschen, jeden Tag zerstören, vergewaltigen, verschleppen sie und werden Menschenrechte mit Stiefeln getreten.

Ja, meine Damen und Herren, wir als Freie Demokraten sind der Meinung, dass wir in der jetzigen militärischen Lage, in der die ukrainische Armee Stück für Stück ihr Territorium zurückholt, mindestens den Transportpanzer Fuchs und den Schützenpanzer Marder liefern müssen und, wenn es die Lage erfordert, gegebenenfalls auch den Kampfpanzer Leopard, gerne übrigens auch im Verbund mit anderen europäischen Partnern, wie von Michael Roth vorgeschlagen. Es spricht auch nichts dagegen, auch nicht bei den Verbündeten, weder in der EU noch in der

NATO.

Und ja, wir sind der Überzeugung, dass wir in Deutschland unsere internationale Rolle neu definieren müssen. „Zeitenwende“ heißt nicht nur, mehr für die Bundeswehr zu tun. Es heißt auch, Führung zu übernehmen und nicht zu warten, bis die Partner uns unbequeme Entscheidungen abnehmen. So wahr, so gut.

Lieber Herr Wadehul, glauben Sie im Ernst, dass, wenn es eine andere Koalition in diesem Hause gäbe, darüber nicht diskutiert würde? Sie haben doch 16 Jahre lang die Kanzlerin gestellt. – Ja, dumm gelaufen. – Sie haben 16 Jahre lang das Verteidigungsministerium geführt. Was ist übrig geblieben außer Ihrer Hybris? Dass Sie die eigentliche Soldatenpartei sind!

Bewaffnete Drohnen, Nachfolge von Tornado und schwerem Transporthubschrauber – alles nicht gekommen. Leere Waffendepots, kaputte Infrastruktur, und jede Bundeswehrreform

wurde zu Tode diskutiert. Was ist übrig geblieben? Der Traum eines deutschen Flugzeugträgers, eine satte Berateraffäre und eine völlig aus dem Ruder gelaufene „Gorch Fock“. Sie haben ein Desaster hinterlassen.

Lieber Herr Hahn, Ihre CSU-Verkehrsminister haben Straßen und Brücken so vergammeln lassen, dass die NATO, wenn sie hier in Deutschland übt, das kaum machen kann, weil die Brücken in die Knie gehen, wenn die Panzer drüberfahren. Und wenn wir uns jetzt den Kopf darüber zerbrechen, woher wir die Waffen nehmen sollen, dann ist das Ihre Schuld. Sie haben zu verantworten, dass der Bestand der Bundeswehr so miserabel ist, dass lange nicht so viel vorhanden ist, wie wir heute bräuchten.

Wir haben am 28. April gemeinsam einen Antrag auf den Weg gebracht und unsere Regierung unter anderem aufgefordert, auch schwere Waffen bereitzustellen.

Da haben Sie Verantwortung mitgetragen. Und ich sage Ihnen: Die Bundesbürger erwarten, dass Sie in dieser historischen Situation nicht kleinkariert opponieren, sondern dass wir hier zusammen – außer rechts und links – dieses Problem lösen. Und wenn heute Sie sagen, wir hätten nichts ge-

liefert – Sie haben gerade die Kollegin Heinrich gehört –, dann erwidere ich: Sie wissen genau, was wir alles geliefert haben. Sie wissen auch, dass die Ukrainer weiter ausgebildet werden und dass die 100 Milliarden Euro auch dafür da sind, die Ressourcen weiter aufzufüllen.

Meine Damen und Herren, was 1 800 Kilometer von hier geschieht, ist unfassbar. Die berühmte rote Linie ist die Linie, um die es geht: Freiheit, Demokratie, in Menschenwürde leben. Diese Linie ist überschritten worden, und deswegen, meine Damen und Herren, stehen wir in der Tat auf der Seite der Ukraine. Wir müssen alles Mögliche tun, um die ukrainische Armee zu unterstützen, damit sie gewinnt und Wladimir Putin keine Chance hat.

Wir werden, wie Sie es 16 Jahre lang getan haben, wenn wir Anträge gestellt haben, Ihren Antrag in unseren Ausschuss überweisen, und dann werden wir im Detail darüber diskutieren. Dann können Sie – mit Verlaub – Ihre soldatische Hose herunterlassen und sagen, was Sie für Ideen haben, statt diese kleinkarierten Anträge einzubringen.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Kerstin Vieregge [CDU/CSU]: Dann ist wieder ein Monat vergangen! – Thorsten Frei [CDU/CSU]: Peinlicher Auftritt! – Peter Beyer [CDU/CSU]: Bis dahin sind wieder Tausende Menschen gestorben!)

Florian Hahn, CSU:

Beliefen wir die Ukraine endlich vollständig mit Waffen!



Florian Hahn (*1974)
Wahlkreis München-Land

Frau Strack-Zimmermann, ich weiß nicht, wen Sie mit der soldatischen Hose gemeint haben; aber das Thema ist ehrlicherweise viel zu ernst.

Eines muss uns doch klar sein: Wenn sich Putin durchsetzt, ist kein friedliches, kein freiheitli-

ches Leben in Wohlstand in Europa möglich. Das muss uns klar sein, und das sollte auch Ihnen klar sein. Deswegen ringen wir darum, in welchem Umfang wir der Ukraine helfen.

Bei der Unterstützung der Ukraine geht es – das muss klar sein – nicht nur um die Menschen und das Land Ukraine, sondern auch um unsere Werte und unsere Interessen. Deshalb sind wir gerade nach der angekündigten Teilmobilmachung davon überzeugt, dass wir eine Generalmobilmachung der Unterstützung für die Ukraine brauchen, und zwar genau jetzt. Deswegen stellen wir diesen Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Der Kanzler hat mit Blick auf die Erfolge, die die Ukraine in der Vergangenheit errungen hat,

selber gesagt: Gerade die Waffen, die geliefert wurden, haben einen Unterschied gemacht. – Na also. Um diese Erfolge zu manifestieren, sollten wir jetzt weiter liefern und endlich auch Waffensysteme liefern, die die Ukraine bereits direkt nach Kriegsbeginn angefordert hat. Das sind beispielsweise die Schützenpanzer Marder und die Kampfpanzer Leopard 1.

Frau Kollegin Heinrich, Sie haben aufgezählt, wie viel schon geliefert wurde. Wir bestreiten nicht, dass das, was Sie aufgezählt haben, auch geliefert wurde. Wir bestreiten auch nicht, dass das schon eine

ganze Menge ist. Aber ich bestreite eines – und ich kann Ihnen nur raten, sich mal mit der Statistik zu beschäftigen –: Gemessen am BIP ist Deutschland die Nummer 18 der Welt bei der Unterstützung der Ukraine und nicht die Nummer 3, wie Sie es beschreiben. Es gibt Länder, die sich, wenn Sie so wollen, komplett blankmachen, obwohl sie eine direkte Grenze zur Russischen Föderation haben, wie Estland, weil auch sie davon überzeugt sind, dass jetzt der Zeitpunkt ist, die Ukraine verstärkt zu unterstützen, damit Putin keinen Erfolg hat.

Die Ukraine braucht mehr, und wir können mehr liefern. Wir müssen das auch tun.

Sie haben hier in einer leicht selbstgefälligen Art, wenn ich das so sagen darf, die Unterstützungsleistungen aufgezählt. Zur Komplettierung möchte ich sagen: Das war immer nur möglich, wenn ein entsprechender Druck entstanden ist, Druck vonseiten der Bündnispartner und Druck durch das Parlament.

Ich erinnere daran: Vor der ersten Sitzung in Ramstein haben Sie gesagt: Wir liefern gar keine schweren Waffen. – Dann haben Sie auf einmal den Gepard-Panzer ausgepackt, weil Sie, Frau Bundesministerin, definiert haben, das sei kein Panzer. Genauso war es bei den Dingos. Der Bundeskanzler hat gesagt: Dingos können wir auf keinen Fall liefern, das ist nicht möglich. – Auf einmal standen bei der zweiten Sitzung in Ramstein 50 Dingos zur Verfügung. Fakt ist: Die Ukraine braucht mehr, und wir können mehr liefern. Deswegen müssen wir das auch tun.

Zu dem Argument „keine Alleingänge“, das Sie, Frau Heinrich, auch gebracht haben, kann ich nur sagen: Es gibt diese offiziellen Absprachen nicht. Falls es diese Absprachen gibt, dann frage ich: Mit wem denn? – Sie haben drei Hauptstädte aufgeführt und gesagt, Sie würden nur mit Vertretern dieser Länder sprechen.

Ich kann nur sagen: Das

Fortsetzung auf nächster Seite

Bündnis besteht aus mehr Partnern. Das Baltikum gehört auch dazu. und Ausreden.

Lieber Kollege Nouripour, Ihnen ist nichts anderes eingefallen, als die Ablehnung dieses

Antrags damit zu begründen, dass wir heute in der Energiedebatte und bei einer Debatte im Haushaltsausschuss zu einem völlig anderen Thema nicht einer Meinung waren. Sie, Frau

Strack Zimmermann haben gesagt, weil wir 16 Jahre regiert haben, könnten Sie diesem Antrag, der mit den letzten 16 Jahren nichts zu tun hat, nicht zustimmen. Das ist wirklich armselig.

Das sind Ausreden.

Deswegen: Geben Sie sich einen Ruck! Bringen Sie Ihren Bundeskanzler und diese Bundesregierung endlich dazu, die Ukraine vollständig mit Waffen

zu beliefern, so wie wir es können!

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dietmar Nietan, SPD:

Wir erleben hier parteipolitische, taktisch motivierte Spielchen



© Susie Knoll

Dietmar Nietan (*1964)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Liebe Kolleginnen und Kollegen, am 17. September konnte man in der „New York Times“ Folgendes lesen: Präsident Biden widersetzt sich bisher einer Lieferung des Army Tactical Missile Systems in die Ukraine, weil er – Zitat – „davon überzeugt ist, dass er Putin in den letzten sieben Monaten er-

folgreich signalisiert hat, dass er keinen breiteren Krieg mit den Russen will – er will nur, dass sie aus der Ukraine verschwinden.“ Weiter heißt es:

„Wir versuchen, den dritten Weltkrieg zu vermeiden“, erinnert Präsident Biden immer wieder seinen Stab und wiederholt damit eine Aussage, die er auch öffentlich gemacht hat.

Ich will es mal so sagen: Nach der Lesart des CDU/CSU-Antrages müssten wir jetzt hier diskutieren, ob Herr Biden ein Zauderer ist. Allerdings, liebe Kolleginnen und Kollegen, wissen wir natürlich, dass die USA die größte Armee haben. Wir haben aber eine Armee, die in den letzten 16 Jahren so ausgestattet worden ist, wie sie sich uns heute präsentiert.

Wenn mir Bundeswehrgeneräle sagen, dass eine deutliche Ausweitung der Waffenlieferun-

gen, beispielsweise mit modernen Panzern, die Bundeswehr sehr schnell in eine Situation bringen würde, in der sie ihre Pflichten zur Landesverteidigung und zur Bündnisunterstützung nicht mehr ordnungsgemäß erfüllen könnte; wenn mir die Bundeswehrgeneräle sagen, dass viele Waffensysteme, die jetzt noch bei der Industrie einlagern, gar nicht in dem Zustand sind, dass sie schnell in der Ukraine eingesetzt werden können, weil die Industrie aufgrund der unzureichenden Beschaffungspolitik des BMVg in den letzten Jahren gar nicht in der Lage ist, ihre Kapazitäten schnell auszuweiten, dann will ich mal deutlich sagen: Hier und heute rufen diejenigen „Haltet den Dieb!“, die die Misere hinsichtlich unserer Verteidigungsfähigkeit und Waffenlieferfähigkeit in erster Linie mit zu verantworten haben, und

das sind Sie mit Ihren Verteidigungsministern der Union.

Vielleicht gehen Sie besser mal in sich und analysieren Ihre Fehler aus 16 Jahren Unionsverantwortung im BMVg.

Aber damit wir uns nicht falsch verstehen: Natürlich gehört es zu den Aufgaben der Opposition, auch in angespannten, krisenhaften Zeiten wie diesen die Regierung zu kontrollieren und zu kritisieren. Aber in diesen Zeiten, in denen es auch für unser Land um so viel geht, sollte die Kritik der Opposition konstruktiv sein.

Gerade weil der Kampf um die Freiheit in der Ukraine ein langer Marathonlauf ist, muss es doch um ganz andere Fragen gehen, beispielsweise um die Frage, wie wir Waffenlieferungen, Ausbildung und Ausrüstung optimal in moderne Kooperations- und Koordinierungsstrukturen im Kreis der Freunde der Ukraine etablieren können, oder um die Frage, was zu tun ist, um mit unseren Partnern in NATO und

EU langfristig die Absicherung des Nachschubs mit Waffen, Ersatzteilen und Munition sicherzustellen. Es geht um eine nachhaltige Strategie, wie wir sicherstellen, dass uns während dieses anstrengenden Marathonlaufs nicht, bildlich gesprochen, die Puste ausgeht.

»You'll never walk alone« muss aber auch für die Menschen in Deutschland gelten.

Das wären spannende Punkte für einen kritischen Antrag der Opposition gewesen. Stattdessen erleben wir hier parteipolitische, taktisch motivierte Spielchen.

Wenn es stimmt, dass die Verteidigung der Freiheit der Ukraine und letztlich auch unserer Freiheit uns einiges abverlangen wird; wenn es stimmt, dass dieser Kampf lange dauern wird, also ein Marathonlauf ist, dann ist doch die alles entscheidende Frage, wie es gelingt, die Breite der Bevölkerung bei diesem Marathonlauf auch immer wieder mitzunehmen, den Menschen in unserem Land zu zeigen, dass ihre Sorgen und Nöte der Maßstab unserer Politik sind, ihnen die Gewissheit zu geben, dass wir jetzt alle einen Preis für unsere Freiheit zahlen müssen, dass wir aber als Staat und Politik diejenigen, die als Bürgerinnen und Bürger, aber auch als kleine mittelständische Unternehmen diesen Preis alleine nicht zahlen können, ganz konkret helfen werden.

„You'll never walk alone“ gilt für unsere Freunde in der Ukraine. „You'll never walk alone“ muss aber auch für die Menschen in Deutschland gelten. Darauf müssen sie sich verlassen können. Da sollte man sich schon fragen, ob kleinkariertes politisches, taktisches Geplänkel jetzt angebracht ist oder das Zusammenrücken der Demokratinnen und Demokraten im Kampf für unsere Freiheit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Peter Beyer [CDU/CSU]: Wir setzen die Beschlüsse des Bundestages aus dem April um!)



Der Deutsche Bundestag berät sich bezüglich der Waffenlieferungen für die ukrainische Armee.

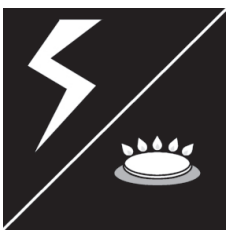
©picture alliance / Geisler-Fotopress | Jean MW

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. In der Debatte sprach zudem der Abgeordnete Robert Farle (fraktionslos).

leicht
erklärt!

Energie-Preise

Probleme und Lösungs-Ideen



Schon seit vielen Monaten steigen die Preise für Strom, Erdgas und andere Energie.

Im folgenden Text geht es deswegen um die Energie-Preise.

Folgende Fragen werden zum Beispiel beantwortet:

- Warum steigen die Energie-Preise im Moment an?
- Welche Probleme macht das?
- Was will man dagegen unternehmen?

Was ist mit „Energie“ gemeint?

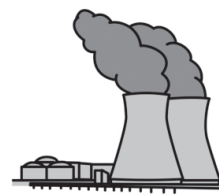
Für viele Dinge in unserem Alltag benötigen wir Energie.

Zum Beispiel: Licht machen, Wärme erzeugen, Fahrzeuge betreiben.

Diese Energie bekommen wir aus verschiedenen Energie-Quellen.

Energie-Quellen sind zum Beispiel: Erdgas, Erdöl, Kohle, Wind, die Sonne.

Die Energie aus diesen Quellen wird auf verschiedene Arten genutzt.



Zum Beispiel kann man Erdgas oder Kohle verbrennen, um damit zu heizen.

Mit den Energie-Quellen kann man aber auch in Kraft-Werken Strom herstellen.

Mit dem Strom kann man dann verschiedene Geräte betreiben.

Höhere Energie-Preise

In den letzten Monaten ist Energie sehr viel teurer geworden.

Zum Teil muss man dafür oft das Vielfache zahlen wie noch vor einem Jahr.

Für diese Preis-Erhöhungen gibt es nicht nur einen einzigen Grund. Sondern viele verschiedene.

Einige davon werden jetzt beschrieben.



Höherer Energie-Verbrauch

In der Corona-Zeit waren viele Firmen und Geschäfte geschlossen.



In den letzten Monaten war Corona nicht mehr so schlimm.

Die Geschäfte und Firmen konnten ihre Arbeit wieder aufnehmen.

Darum brauchen sie jetzt wieder mehr Erdgas und Strom.

Wenn viel Erdgas oder Strom gebraucht wird, dann werden die Preise normalerweise höher.



Preis für Abgase

Beim Verbrennen von Erdgas, Erdöl und vielen anderen Energie-Quellen entstehen Abgase.

Sie kommen zum Beispiel aus dem Auspuff von Autos.

Oder aus den Schorn-Steinen von Fabriken.

Abgase sind schlecht für die Umwelt.

Viele Länder auf der Welt haben darum entschieden: Es sollen weniger Abgase erzeugt werden.

Um das zu erreichen, werden verschiedene Dinge gemacht.

Zum Beispiel: Wer bestimmte Abgase erzeugt, muss dem Staat zum Ausgleich Geld zahlen.

Das betrifft zum Beispiel Firmen, die Energie verkaufen.

Das Geld holen sich die Firmen zum Teil von ihren Kunden zurück. Sie erhöhen die Preise.

Darum wird die Energie teurer.

Zu wenig Erdgas und Erdöl

Deutschland kauft Erdgas und Erdöl vor allem in anderen Ländern.

Der größte Lieferant war bisher Russland.

Seitdem Russland die Ukraine angegriffen hat, liefert es weniger Erdgas und Erdöl nach Deutschland.

Und wenn es von etwas zu wenig gibt, wird es teurer.



Wie entsteht der Strom-Preis?

Der Strom-Preis ist in den letzten Monaten stark gestiegen.

Ein wichtiger Grund dafür ist die Art, wie der Strom-Preis festgelegt wird.

Für einen großen Teil unseres Stroms passiert das nämlich so:

Unser Strom wird aus verschiedenen Quellen erzeugt.

Zum Beispiel: Sonnen-Energie, Wind-Energie, Atom-Energie oder Erdgas.

Diese Erzeugungs-Arten kosten unterschiedlich viel Geld.

Mit manchen kann man Strom recht günstig herstellen.

Mit anderen ist es teurer.

Nun gibt es aber eine besondere Regel.

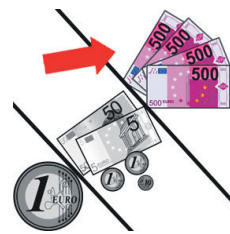
Die besagt: Jeder Strom-Erzeuger bekommt für seinen Strom den teuersten Preis von allen Strom-Erzeugern.

Zum Beispiel:

Strom aus Wind-Energie hat einen niedrigen Preis.

Strom aus Erdgas hat einen höheren Preis.

Dann wird auch der Strom aus Wind-Energie zum höheren Preis verkauft.



Im Moment ist der Preis für Erdgas ja sehr hoch.

Darum kostet es viel Geld, wenn man Strom aus Erdgas herstellt.

Und deswegen bezahlt man auch viel Geld für Strom aus anderen Quellen.



Probleme durch die hohen Energie-Preise

Die hohen Preise für Energie führen zu verschiedenen Problemen.

Zum einen für jeden einzelnen Bürger. Zum anderen auch für Firmen.





Nicht mehr jeder kann sich Energie und Strom leisten.

Bürger und Firmen können dann vielleicht ihre Rechnungen nicht mehr zahlen.

Firmen müssen vielleicht sogar schließen.

Was kann man gegen diese Probleme machen?



Gegen diese Probleme kann man verschiedene Dinge tun.

Einige Ideen werden nun vorgestellt.

Bei diesen Ideen geht es vor allem um Hilfe für die Bürger.

Zuschuss vom Staat



Eine Möglichkeit der Hilfe ist: Der Staat unterstützt die Bürger mit Geld-Zahlungen.

Die Bundes-Regierung hat beschlossen, dass viele Menschen in Deutschland einen Zuschuss für die Energie-Kosten bekommen sollen.

Dieser Zuschuss ist zunächst einmalig.

Der Name von dem Zuschuss ist: Energie-Pauschale.

Im September bekommen Angestellte und Arbeiter 300 Euro mehr Gehalt vom Arbeit-Geber.

Der Arbeit-Geber kann sich das Geld dann vom Staat zurückholen.

Andere arbeitende Personen bekommen den Zuschuss zum Beispiel, indem sie weniger Steuern zahlen müssen.

Im Dezember bekommen dann Rentner 300 Euro mehr Rente.

Außerdem gibt es Pläne, dass Studenten 200 Euro bekommen sollen.



Viele Menschen werden nicht die volle Geld-Summe bekommen.

Denn: Auf das Geld müssen sie noch Steuern zahlen.

Sie müssen also einen Teil davon wieder an den Staat abgeben.

Viele Menschen finden es erst einmal gut, dass der Staat die Bürger mit Geld unterstützt.

Die Energie-Pauschale wird aber auch kritisiert.



Zum einen finden viele, dass die Summe zu niedrig ist.

Vor allem, wenn man noch Steuern darauf zahlen muss.

Zum anderen ist eine Kritik, dass es die Energie-Pauschale nur einmal geben soll.

Höchst-Preis für Energie

Ein weiterer Vorschlag ist:

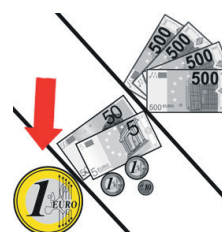
Für jeden Haushalt in Deutschland wird eine bestimmte Grund-Menge an Strom und Erdgas festgelegt.

Diese Grund-Menge bekommt der Haushalt für einen festen, niedrigen Preis.

Das nennt man: Energiepreis-Deckel.

Wenn jemand mehr Strom oder Erdgas verbraucht, dann muss er dafür den normalen Preis bezahlen.

Das kann also sehr viel teurer werden.

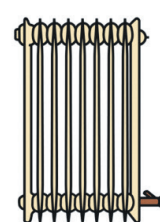


Weniger Energie verbrauchen

Eine Möglichkeit, etwas gegen die hohen Energie-Preise zu machen, ist: Weniger Energie verbrauchen.

Das können Firmen und auch jede einzelne Person versuchen.

Zu diesem Thema gab es vor Kurzem schon eine Ausgabe von „leicht erklärt!“



Und zwar Ausgabe Nummer 206:
Erdgas-Mangel.
Das war die Beilage von „Das
Parlament 34-35/2022“.

Wie kann der Staat das bezahlen?



Es gibt also verschiedene Ideen, wie man Bürger bei den Energie-Kosten helfen kann.

Wenn der Staat das macht, dann kostet das Geld.

Eine Frage ist: Woher soll er das Geld nehmen?

Auch dafür gibt es verschiedene Ideen.

Eine davon lautet: Man holt sich das Geld von den Energie-Firmen.

Denn: Die verdienen im Moment mit ihrer Energie ja oft sehr viel Geld.

Während viele Menschen und andere Firmen einen Nachteil haben, haben sie also einen Vorteil.

Manche Menschen sagen: Das ist nicht gerecht.

Darum fordern sie: Die Energie-Firmen sollen einen Teil ihrer zusätzlichen Verdienste an den Staat abgeben.

Und zwar in Form einer Steuer.

So eine Steuer nennt man: Übergewinn-Steuer.

Kurz zusammengefasst

Seit vielen Monaten steigen die Preise für Energie.

Niemand weiß, wie es damit weitergehen wird.

Es gibt dafür verschiedene Gründe.

Zum Beispiel:

- Höherer Energie-Verbrauch
- Geld-Abgabe für Abgase
- Weniger Lieferungen von Erdgas und Erdöl aus Russland

Für viele Menschen und Firmen sind die hohen Preise ein Problem.

Sie können sie nicht so einfach bezahlen.

Es gibt verschiedene Ideen, wie man den Menschen und den Firmen helfen kann.

Zum Beispiel:

- Zuschüsse für die Energie-Kosten
Zum Beispiel die Energie-Pauschale.
- Höchst-Preis für Energie

Diese Dinge kosten den Staat Geld.

Er muss also überlegen, woher er dieses Geld nimmt.

Eine Möglichkeit dafür ist eine zusätzliche Steuer für Energie-Firmen.

Denn die verdienen im Moment viel Geld.

Eine solche Steuer nennt man: Übergewinn-Steuer.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter:
www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



**Nachrichten
Werk**

www.nachrichtenwerk.de

Einen Ratgeber mit den Regeln der Leichten Sprache finden Sie auf der Internet-Seite des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.

Titelbild: © picture alliance / Zoonar / JIRI HERA. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukvve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 39/2022
Die nächste Ausgabe erscheint am 4. Oktober 2022.